Nr. 236. 14. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1897 unter Nr. 7437. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 9. Oktober 1897. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Politische Uebersicht.

Berlin, 8. Oktober.*)

Zur Marinefrage. Eine hiesige Korrespondenz, die amtliche Berührungen hat, schreibt;

„Die Regierung legt zuverlässigem Vernehmen nach ganz besonderen Werth darauf, den nach ihrer Ansicht für die Wehrkraft zur See und für den Schutz der überseeischen Interessen erforderlichen Ausbau der Flotte auf eine für längere Zeit festgelegte gesetzliche Grundlage zu stellen, damit die Flotte zu ihrem inneren Ausbau Ruhe hat und die Reichsregierung der Nothwendigkeit enthoben ist, in jedem Jahre mit dem Reichstag um die Einzel-Forderungen zu feilschen und der Reichstags-Mehrheit von Fall zu Fall Konzessionen machen zu müssen. Von diesem Standpunkt aus hat das Staatsministerium in seiner Mittwochs-Sitzung, die unter dem Vorsitz des Fürsten Hohenlohe und in Anwesenheit des Staatssekretärs Tirpitz stattfand, die Marinevorlage behandelt und die preußischen Stimmen des Bundesraths im zustimmenden Sinne instruirt. Die Vorlage enthält, wie schon bekannt, einen Instandhaltungs- und Flottenvermehrungs-Plan für die nächsten sieben Jahre, der einen Kostenaufwand von rund 410 Millionen Mark (einschließlich der Artillerie- und Torpedo-Armirung, also 50—60 Mill. jährlich) beansprucht. Es sollen nur Schlachtschiffe nach dem „besten Typ", der sich auf grund der Erfahrungen im japanisch-chinesischen Kriege herausgebildet hat, erbaut werden, mit allen den Eigenschaften, die sich in einem Panzerschiffe 1. Klasse (Typ „Kaiser Friedrich" und „Kaiser Wilhelm II.") vereinigen. Dadurch findet auch eine wohlthätige Vereinfachung der Schiffstypen statt. Diese Panzerschiffe werden ein Deplacement von 11—12 000 Tonnen haben, also noch hinter den Panzern 1. Klasse anderer Marinen mit 14—15 000 Tonnen zurückbleiben."

Diese Mittheilungen scheinen durchaus auf Richtigkeit Anspruch machen zu dürfen. Das vielfach abgeleugnete Marine-Septennat wird wirklich auf der Bildfläche erscheinen. Die Volksvertretung soll auf Vorrath bewilligen, während natürlich die Regierungen in wenigen Jahren neue Forderungen stellen können.

Wenn die Regierung eine Festlegung auf sieben Jahre vom Reichstage verlangt, so provozirt sie gewaltsam den Zusammenstoß mit ihm und verschlechtert die Aussichten ihrer eigenen Pläne ganz bedeutend. —

Freisinnige Zukunftsstaats-Schmerzen. Die „Vossische Zeitung" zerbricht sich in einem Leitartikel den Kopf darüber, wie man es im „Zukunftsstaat" anfangen werde, um „dem Flügelschlag einer freien Seele Raum zu gewähren." Es seien dann doch alle Arbeitsmittel verstaatlicht, auch die Druckerpressen; wer etwas gedruckt haben wolle, müsse es also dem Staate vorlegen, und dieser „Staat" werde natürlich nur das drucken und veröffentlichen lassen, was ihm passe. Dadurch würde natürlich jede geistige Freiheit ertödtet. Dann heißt es weiter:

„Gesetzt, man stellte einige Druckerpressen auf, die jedermann zugänglich sind, wie das Wasser aus der Quelle, so müßten diese wahllos alles drucken, was ihnen zugeführt würde, und das wäre kaum minder schrecklich, als wenn nichts gedruckt würde. Und wer sollte diese Pressen bedienen, wer ihnen die Lettern liefern? Der Staat hat ja jedem die Arbeit vorgeschrieben, die er zum allgemeinen Wohl zu liefern hat. Kurzum, es bleibt dabei, daß im sozialdemokratischen Staate nur gedruckt wird, was der Staat selbst drucken läßt."

Wir müssen leider darauf verzichten, der besorgten Tante auf dieses schwierige Gebiet zu folgen. Wir Sozialdemokraten sind zwar dafür verschrieen, Utopisten und Zukunftsstaats-Propheten zu sein; aber so kühn, wie die „Vossische Zeitung" sind wir doch nicht, die schon heute vorauszusagen weiß, wie die Menschen des Zukunftsstaats die Vervielfältigung ihrer literarischen Erzeugnisse regeln werden.

Wir haben auch leider nicht Zeit, über diese sicherlich sehr interessanten Probleme so eifrig nachzudenken. Der „Gegenwartsstaat" sorgt eben dafür, daß wir unsere ganze Thatkraft der praktischen Gegenwartspolitik widmen müssen. Wir beschränken uns deswegen schlecht und recht darauf, auf die Ueberführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesammtheit hinzuwirken, damit die Volksmasse nicht mehr für eine wucherische Kapitalistenklasse, sondern nur für sich selbst zu arbeiten braucht. Wir hoffen jedoch, daß die Zukunftsstaats-Menschen sich dankbar der „Vossischen Zeitung", Jahrgang 1897, Nr. 470, erinnern und Einrichtungen treffen werden, ihre geistige Freiheit zu sichern. Wir hoffen dies um so bestimmter, als ja wohl der von der „Vossischen Zeitung" so gefürchtete „Staat" der Zukunft eben aus der Volksgesammtheit bestehen und daß es keine über dieser schwebende tyrannisirende Macht geben wird. Wir denken, unter solchen Umständen werden die Zukunftsstaats-Menschen wohl ihre Einrichtungen so treffen und auch treffen können, wie es für sie am vortheilhaftesten ist. —

* * *

Deutsches Reich.

— Der Bundesrath hat, wie wir schon mittheilten, gestern seine Sitzungen wieder aufgenommen. Er hat nach der „Berl. Corr." einem Ausschußantrage, betr. Ausnahmen vom Verbote der Sonntagsarbeit im Gewerbebetriebe die Zustimmung ertheilt. Den zuständigen Ausschüssen überwiesen wurden ein Antrag Badens, betr. Abänderung der Bestimmungen über die Sammlung von Saatenstands- und vorläufigen Ernte-nachrichten, ein Nachtragsantrag Preußens, betr. die Ausführung des Börsengesetzes vom 22 Juli 1896, das Abkommen zur Regelung einiger Fragen des internationalen Privatrechts vom 14. November 1896, der Entwurf einer Verordnung über die Ausführung der am 9. September 1886 zu Bern abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Bildung eines internationalen Verbandes zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst, der Entwurf eines Gesetzes für Elsaß-Lothringen wegen Abänderung des Sparkassen-Gesetzes vom 14. Juli 1895 und die allgemeine Rechnung über den Landeshaushalt von Elsaß-Lothringen für das Etatsjahr 1893/94. Die Reichstagsbeschlüsse zu Petitionen, betr. Anrechnung von Militärdienstzeit auf das Besoldungs-Dienstalter und zu einer Petition wegen Bekämpfung des Mädchenhandels, wurden dem Reichskanzler überwiesen. Von der Uebersicht der Ergebnisse des Heeresergänzungs-Geschäfts für das Jahr 1896 und der Vorlage betr. die Thronfolge im Fürstenthum Lippe wurde Kenntniß genommen. Endlich wurde die Wahl eines stellvertretenden Mitgliedes im Börsenausschusse angenommen und über mehrere Eingaben Beschluß gefaßt. —

— Mit dem Hamburger Parteitag beschäftigen sich viele Zeitungen, und manche können nicht den Abschluß des Parteitags erwarten, um ihre Verleumdungen an den Mann zu bringen. Wir werden hierauf nach Beendigung der Hamburger Verhandlungen zurückkommen. Erwähnt sei nur heute schon, daß dasjenige Blatt, welches bei Besprechung des Parteitages sich die allerschäbigsten Anzapfungen der Sozialdemokratie leistet, das Organ des Herrn Eugen Richter ist. —

— Sozialdemokratische Reichstags-Abgeordnete werden jetzt häufig vor die Gerichte gezogen wegen mündlicher oder schriftlicher Aeußerungen, die sie während der letzten Session des Reichstages begingen; besonders infolge der Gerichtsferien haben sich diese Prozesse so lange hinausgezogen. Schon hat das Reichsgericht kürzlich die Revision unseres Parteigenossen Reichstags-Abgeordneten Horn verworfen und dieser muß wegen Fabrikantenbeleidigung auf zehn Monate ins Gefängniß gehen. Heute hat sich das Reichsgericht mit zwei Strafsachen gegen Genossen Stadthagen beschäftigt. Hierüber erhalten wir folgendes Privat-Telegramm:

„Leipzig, 8. Oktober. Das Urtheil gegen Stadthagen, welches auf einen Monat Gefängniß wegen Beleidigung Magdeburger Richter und des Bürgermeisters von Staßfurt erkannt hatte, wurde aufgehoben und an das Landgericht II Berlin zurückverwiesen. Die Aufhebung erfolgte wegen inkorrekter Behandlung des von dem Angeklagten gegen die Richter angebrachten Ablehnungsgesuchs.

In der Strafsache wegen Beleidigung aller Richter, Beamten, Offiziere, in der auf ein Jahr Gefängniß erkannt war, soll das Urtheil am 15. Oktober verkündet werden."

Am 12. Oktober wird, wie schon mitgetheilt, auch der Liebknecht'sche Majestätsbeleidigungs-Prozeß verhandelt werden. —

— Wenn die Militär-Strafprozeß-Reform durch den Widerstand Bayerns nicht vorwärts kommt, so soll das bayerische Zentrum im Landtag die bayerische Regierung und den Prinzregenten drängen, von ihrem Widerstande abzustehen — also sagt heut übereinstimmend die „Post" und die „Natlib. Korresp." Diese Aufforderung an das bayerische Zentrum ist gewiß nicht ganz unberechtigt und es würde nichts schaden, wenn diese Frage recht bald in der bayerischen Kammer angeschnitten würde. Aber Vorsicht ist hier sehr von Nöthen. Ehe die Bayern nicht volle Gewißheit haben, daß die Reform auch so gestaltet werden soll, wie sie allgemein gefordert wird, werden sie sich hüten, dazu beizutragen, daß nach Aufgabe ihres Reservatrechts auch das bayerische Militärstrafverfahren bei der Einführung eines Reichsrechts auf diesem Gebiete etwaige Verschlechterungen erfahre. Eine solche Gefahr ist gewiß vorhanden. Darum sind die Rathschläge der „Post" und „Natl. Korresp." wohl zu überlegen. —

— Die „Hamburger Nachrichten" ziehen die Fühlhörner etwas ein. Sie bemerken wohl selbst, welchen Eindruck ihr ewiges Hinweisen auf den Konflikt machen muß. Jetzt wollen sie nichts gesagt haben, sie erklären: „Das sozialdemokratische Gerede vom Staatsstreich und Straßenkampf ist nichts weiter als eine bewußte Fälschung der Situation . . ." Si fecista noga, wenn du es gethan hast, so leugne es ab; erst vor einigen Tagen schrieb das Hamburger Blatt, der Ausbruch von Straßenkämpfen wäre „nicht ganz unerwünscht". War das nicht deutlich genug? Und überdies fordern die „Hamburger Nachrichten" auch heut wieder „Erlaß eines neuen Spezialgesetzes" gegen die Sozialdemokratie und „Beseitigung der geheimen Abstimmung bei der Reichstagswahl".

Meinen die „Hamburger Nachrichten", daß solche Absichten in Deutschland durchführbar seien ohne „Staatsstreich?" —

— Die Handhabung des Strafvollzuges hat zu vielen Beschwerden Veranlassung gegeben. Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" ist in der Lage, die einschläglichen Bestimmungen für Sachsen mitzutheilen. Der § 2000 der sächsischen Justiz-Ordnung befaßt sich mit den Vorschriften, die für den Transport von Personen, „sie mögen verhaftet, vorgeführt oder von einem Gefängnisse nach dem anderen übergeführt werden", gelten. Da heißt es in Absatz 5:

Fluchtversuchen und Durchstechereien ist mit allen Mitteln entgegenzutreten.

Im Nothfall (!) ist der Gefangene zu fesseln, namentlich

a) wenn er eines schweren Verbrechens beschuldigt oder zu Todesstrafe, Zuchthaus oder längerer Gefängnißhaft verurtheilt ist,

b) wenn er früher schon sich als gewaltthätig gezeigt oder einen Fluchtversuch unternommen hat, oder doch dazu geneigt erscheint,

c) wenn der Transport während der Dunkelheit ausgeführt werden muß.

Die Fesselung soll thunlichst unauffällig sein. Ob eine Handfessel genüge oder ob festeres Schließzeug anzuwenden sei, ist nach der Person des Gefangenen (Körperkraft, Gefährlichkeit) zu bemessen. Widerspricht der Gefangene der Fesselung oder der Art der angelegten Fesseln, so ist, wenn es angeht, die Entschließung der auftraggebenden Stelle einzuholen.

Gebrechliche, schwache, hochbetagte und andere Gefangenen, bei denen ein erfolgreicher Fluchtversuch ausgeschlossen erscheint, werden nur unter ganz besonderen Umständen gefesselt.

Die Flucht kann auch durch andere geeignete Mittel, z. B. durch Abnahme der Hosenträger erschwert werden.

Diese Bestimmungen zeigen deutlich, daß das gegen den Redakteur Schulze von der „Sächsischen Arbeiter-Ztg." angewendete Verfahren, von dem wir vor einigen Wochen Mittheilung machten, nicht unbedingt erforderlich war. Man hatte Schulze, obwohl die oben angegebenen Bedingungen auf ihn nicht anwendbar erscheinen, nicht nur mit einer Handfessel, sondern auch mit einer Fessel um den Leib herum gefesselt.

Aber abgesehen von der Anwendung in diesem Einzelfalle müssen diese Bestimmungen überhaupt als viel zu rigoros und der willkürlichen Behandlung Thür und Thor öffnend — was soll bedeuten: „zu einem Fluchtversuch geneigt"? und was ist „längere Gefängnißstrafe" — angesehen werden. Insbesondere ist durchaus dagegen zu protestiren, daß Personen, welche wegen politischer oder Preßvergehen angeklagt, verhaftet oder verurtheilt sind, solchen harten Bestimmungen in gleicher Weise unterworfen werden wie alle übrigen Strafgefangenen.

Die Kenntnißnahme der in Sachsen bestehenden Strafvollzugs-Vorschriften bestärkt das Verlangen nach einer reichsgesetzlichen Regelung des Strafvollzuges im Sinne einer modernen Kriminalistik. —

— Als Krüppel entlassen. Der Reservist Franz Dornieden aus Neugelrode bei Heiligenstadt ist jetzt als der letzte der bei Gerolstein verunglückten Mannschaften aus dem Garnisonlazareth in Trier entlassen worden. Dem Bedauernswerthen ist der rechte Fuß abgenommen und durch einen künstlichen ersetzt worden. Die dem Verunglückten zustehenden Entschädigungsansprüche sind endgültig noch nicht festgestellt worden. —

— Gegenüber der Erklärung des gemaßregelten Ortsvorstehers Schultze behauptet der Belziger Landrath v. Stülpnagel in einer Zuschrift an die „Kreuz-Ztg.", es sei eine Unwahrheit in jener Erklärung enthalten gewesen, denn Herr Schultze habe schriftlich und mündlich erklärt, er werde, falls ihm das Kündigungsrecht zustehe, der Frau Palm die Wohnung kündigen. Auch Berufung gegen das Erkenntniß des Kreisausschusses sei nicht eingelegt worden. —

Köln, 8. Oktober. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung wurde Oberbürgermeister Becker, dessen Amtsperiode mit dem 31. Mai 1898 abläuft, auf weitere 12 Jahre als Oberbürgermeister von Köln einstimmig wiedergewählt. Herr Becker war, wie man sich erinnern wird, vor einiger Zeit eines Falscheides bezichtigt worden, welche Angelegenheit viel Staub aufwirbelte und durch einen Vergleich zwischen Herrn Becker und dem Herrn, welcher ihn beschuldigt hatte, aus der Welt geschafft wurde. —

Das hiesige Landgericht hat auf grund der eingelegten Beschwerde die öffentliche Klage gegen den Schutzmann Kiefer angeordnet, der vor einigen Monaten ein unbescholtenes Mädchen auf offener Straße verhaftete. —

München, 7. Oktober. (Eig. Ber.) Bayerischer Landtag. Die Debatte über die Interpellation der Zentrumspartei betr. die großen Manöver wird fortgesetzt. Vollmar rügt besonders das Eingreifen des Reichsbundesfeldherrn, dessen plötzlichen Entschlüssen sich niemand zu widersetzen getraue. Die große Kavallerie-Attacke sei ein großer Fehler gewesen, die im Kriege gar nicht ausgeführt werden könnte. Die Söhne des Landes seien nicht dazu da, um für derartige Liebhabereien und Schaustücke Dienste zu leisten. Das Land fordere, daß jede Zumuthung und jede Ausdehnung der Macht von Berlin aus entschieden zurückgewiesen werde. Einer solchen Macht, gegenüber, die den Bruderkrieg von 1866, an den die Manöver in so zarter Weise erinnerten, schon jahrelang vorher vorbereitet hatte, um die kleinen Staaten zu unterwerfen, müsse man auf der Hut sein. Vielleicht werde es bald dahin kommen, daß die relative Selbständigkeit der Bundesstaaten noch das einzige Hinderniß einer Katastrophe im Reiche ist.

Im Reichstag wäre die Möglichkeit gegeben, Anträge zu stellen, um den Militarismus einzudämmen und keine Partei wäre so dazu in der Lage, wie die der Interpellanten. Das Zentrum solle einmal hart werden, — die Gelder für solche große Manöver streichen und den Militäretat verweigern. Dem Volke wäre es so recht, aber freilich da verschütte man's bei anderen Leuten. Möge es bald dahin kommen, daß das deutsche Volk hart wird!

Der Kriegsminister bedauerte in seiner Polemik gegen Vollmar, daß die Person des deutschen Kaisers in die Debatte gezogen wurde, wogegen Präsident v. Walter konstatirte, daß dies nicht geschehen sei, da er sonst die Glocke gerührt und es verhindert hätte.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten brachten im Landtag einen Antrag ein auf direkte Abgeordnetenwahl und Berechnung der auf die Wahlkreise treffenden Bevölkerungsziffern jeweils nach der letzten Volkszählung. —

England.

London, 6. Oktober. (Bericht des „W. T. B.") Aus Melbourne wird gemeldet, daß ein neues Gewehr, welches Mr. Ashton, ein Einwohner von Viktoria, konstruirt hat, Aufsehen erregende, erfolgreiche Versuche bestanden hat. Dieselben haben in Williamstown unter der Kontrolle der Regierung stattgefunden. Das neue Gewehr wurde einem Vergleichsschießen mit Martini-Henry und Lee-Metford-Gewehren unterzogen und soll diese weit übertroffen haben, namentlich was Feuergeschwindigkeit und Trefferprozente anbelangt. —

Türkei.

Konstantinopel, 8. Oktober. In einer im vorgestrigen Ministerrathe beschlossenen Note der Pforte wird unter Hinweis auf die Lage der kretensischen Mohamedaner die baldigste Regelung der Kretafrage verlangt. — Ein eben erlassenes Irade verfügt die Entsendung einer Kommission nach Kleinasien, welche für den Wiederaufbau der zerstörten armenischen Kirchen und Schulen zu sorgen hat. Als Mitglieder der Kommission fungiren vier Türken, ein gregorianischer Armenier, ein katholischer Armenier und ein Grieche. Das Patriarchat zeigt sich durch den Erlaß dieses Irades wenig befriedigt. In einem gestern abgehaltenen außerordentlichen Patriarchatsrathe wurde beschlossen, darauf hinzuwirken, daß der Kommission auch, wie bereits früher zugesagt, die Aufgabe der Linderung der allgemeinen Nothlage, ertheilt werde. Ferner wurde beschlossen, die wiederholte Bitte um Erlaubniß zur Eröffnung einer Subskription für die nothleidenden Armenier im In- und Auslande zu erneuern. —

*) Da der Umfang des Parteitagsberichtes wider alle Voraussicht groß geworden ist, so müssen wir den heutigen Leitartikel ausfallen lassen.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Fortsetzung aus der 1. Beilage.

Singer: Ich frage den Parteitag, ob er mit meinem Vorschlage einverstanden ist, daß in dieser Debatte jeder Redner nur einmal das Wort ergreifen darf. (Allseitige Zustimmung.) Ich konstatire das Einverständniß und schlage zweitens vor, daß wir die Debatte heute zu Ende führen. Wir würden dann eine Stunde länger tagen, die Diskussion um 6 Uhr schließen, die beiden Referenten bitten, kurz zu sein und dann abstimmen. Zwei namentliche Abstimmungen sind beantragt.

Inger-Solingen: 60 Redner sind eingeschrieben. Mindestens die Hälfte davon käuen blos wieder. (Heiterkeit und Unruhe.) Ich wünsche, daß wir heute Abend fertig werden.

Bebel (zur Geschäftsordnung): Wir werden gewiß alle möglichst bestrebt sein, die Debatte heute zu Ende zu führen. Aber wir dürfen uns im gegenwärtigen Stadium nicht auf eine bestimmte Stunde festlegen. Das können wir ja auch später in jedem Momente thun. (Zustimmung.)

Singer läßt über seinen Vorschlag abstimmen, der in der Minorität bleibt und konstatirt, daß die Mehrheit nicht gewillt ist, die Debatte heute zu Ende zu führen.

Im weiteren theilt er dem Parteitag folgendes mit: Der Vorstand der czecho-slavischen Sozialdemokratie richtet an den Parteitag ein Schreiben, worin er sagt, daß er den Verhandlungen des Kongresses mit großem Interesse folgt und hofft, daß sie der internationalen Sozialdemokratie von großem Nutzen sein werden. Dann aber legt er gegen den Ausspruch Pfannkuch's: Es kann keine polnischen Genossen innerhalb der deutschen Sozialdemokratie geben, entschieden Protest ein.

Singer: Ich hoffe, daß der Vorstand der czecho-slavischen Sozialdemokratie aus unseren weiteren Verhandlungen bereits ersehen haben wird, daß in dieser Frage volle Klärung bereits erfolgt ist. Der beste Beweis für das Einverständniß aller liegt in der Zurückziehung des Antrages Berfus (Zustimmung).

Geck-Offenburg: Durch eine unrichtige Wiedergabe meiner Ausführungen über die Abgrenzung des Agitationsgebietes der badischen Parteipresse wurde Genosse Dreesbach aus Mannheim mit recht veranlaßt, in Form einer Zuschrift zum Protokoll des Parteitages eine Richtigstellung zu geben. Er rennt aber offene Thüren ein; ich habe nichts Gegentheiliges behauptet. Ich berufe mich dafür auf das offizielle Protokoll und verweise auf das Zeugniß des anwesenden Vertreters von Mannheim, Kramer, daß meine Ausführungen am Dienstag zu einer Rektifikation keinen Anlaß geben.

Es ergeht die Einladung, heute oder morgen Mittag gemeinsam die Gräber von Geib und York zu besuchen.

Schluß 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung. 8¼ Uhr.

Den Vorsitz führt Singer.

Zur Resolution Bebel sind im Laufe der Debatte folgende Anträge eingelaufen:

in Ziffer 1 statt der Schlußworte:

„wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen ermöglichen"

zu setzen:

„wo die Verhältnisse eine solche den Parteigenossen rathsam erscheinen lassen."

Ziffer 2 ist in gleicher Weise zu ändern.

Wilh. Gewehr.

Hinter den Worten „Wahlen zum Landtag" in Punkt 4a ist einzuschalten:

„und den Gemeinden."

Ferner als Punkt b ist einzufügen:

„für die Beseitigung der Gesinde-Ordnung und aller die Koalitionsfreiheit der Arbeiter und Staatsangestellten beschränkenden Maßnahmen einzutreten."

Der jetzige Punkt b wird dadurch Punkt c.

Jobs. Heine.

Beantrage, bei Punkt 2 der Bebel'schen Resolution hinter dem Worte Verhältnisse zu setzen:

„Kompromisse mit anderen Parteien dürfen nicht abgeschlossen werden."

Alles andere noch Folgende zu streichen.

Mittag.

Unterzeichneter stellt folgenden Antrag zur Resolution des Genossen Bebel: Wenn nicht der Beschluß gefaßt wird, daß der Kölner Beschluß bestehen bleibt, folgende Abänderung der Resolution hinter dem Schlusse unter Nr. 2 „nach Maßgabe der lokalen Verhältnisse" ausdrücklich betont wird, „ohne jedes Kompromiß und Bündniß mit gegnerischen Parteien."

Ad. Baker-Strelitz.

Die Diskussion wird wieder eröffnet.

v. Elm: Auer hat uns erklärt, daß er an die Möglichkeit des Staatsstreichs glaube, und hält deshalb die Betheiligung an den Landtagswahlen für nothwendig, um durch eine starke oppositionelle Mehrheit die Möglichkeit des Staatsstreichs zu verhindern. Ja, wenn diese Möglichkeit nur vorhanden wäre! Wir werden vielleicht ein Dutzend Freisinnige mehr in den Landtag hineinbringen können; was bedeutet das gegenüber den 90 Nationalliberalen, die immer unsichere Kantonisten sind. Von den Nationalliberalen geht ja das Drängen auf eine Beseitigung des allgemeinen gleichen Wahlrechts im Reichstag hauptsächlich aus. Weshalb haben sie denn gegen die lex Recke im Landtag gestimmt? — doch nur deshalb, weil sie sie noch nicht für eine ausreichende Handhabe für den Kampf mit dem Umsturz hielten. Kommt die Regierung ihren Wünschen entgegen, dann werden sie über den Stock springen, wie so oft schon.

Unser Hauptkampf muß auf wirthschaftlichem Gebiete liegen. Wir müssen die Gewerkschaften stärken, müssen eine Organisation schaffen, so gewaltig wie in England. Freilich sagt man, für die gewerkschaftliche Bewegung ist eben ein freies Koalitionsrecht nothwendig. Aber wenn die Arbeiter nur das Koalitionsrecht, das sie gegenwärtig haben, benützen, dann werden sie sehr bald volle Koalitionsfreiheit besitzen. Nicht im Landtage wird der Konflikt zu Ende gekämpft werden, sondern im deutschen Reichstage. (Sehr richtig.)

Auer hat sich ja in der kurzen Zeit recht gut entwickelt! Ich bin nicht so entwickelungsfähig. Ich sage: keine eigenen Wahlmänner, keine eigenen Kandidaten, sondern nur ein Eintreten für bestimmte Mindestforderungen, aber nicht solche Mindestforderungen, die auf die erbärmliche Haltung der Freisinnigen zugeschnitten sind, wie in der Bebel'schen Resolution. Ich fordere das allgemeine gleiche Wahlrecht auch für die Gemeindewahlen und das Koalitionsrecht auch für die ländlichen Arbeiter. Wie sind die Freisinnigen in der Frage der Gesinde-Ordnung umgefallen! Ich bin also für die Betheiligung an den Landtagswahlen einzig und allein aus Gründen der Agitation, der Aufrüttelung der Volksmassen. Das würde auch eine gute Vorbereitung für die Reichstagswahlen sein. Für eine Politik der vollständigen Hoffnungslosigkeit aber wollen wir das Geld nicht zum Fenster hinauswerfen. (Beifall.)

Metzner-Berlin: Wie weit die Ansichten auseinandergehen, hat die heutige Debatte gezeigt. Die Hoffnungen auf den Erfolg theile ich nicht. Sollen wir den Kölner Beschluß nun aufheben? Er bindet den Genossen die Hände zu einer kräftigen Agitation. Aus seiner Aufhebung folgt aber noch nicht, daß wir in die preußischen Landtagswahlen eintreten. Das müssen die einzelnen Kreise entscheiden. Ein dementsprechender Beschluß sollte von diesem Parteitag gefaßt werden. In vielen Wahlkreisen ist man sich klar, daß ein Erfolg bei der Betheiligung nicht zu erzielen ist. Redner bezweifelt, daß die Freisinnigen die Versprechungen halten werden, die wir ihnen abfordern sollen. Deshalb nur Aufhebung des Kölner Beschlusses und Ueberlassung der Entscheidung, ob man sich an der Landtagswahl betheiligen soll, den einzelnen Wahlkreisen.

Bebel: Zehn Minuten sind eine kurze Zeit, das Viele zu widerlegen, was gegen mich gesagt wird. Dem Genossen v. Elm möchte ich sagen, daß es vollkommen unmöglich ist, daß die preußischen Landtagswahlen vor den Reichstagswahlen stattfinden werden. (Sehr richtig!) Sodann empfehle ich Ihnen dringend den von Singer aufgestellten Grundsatz zur Beachtung, dem einzigen, über den ich in dieser Frage mit ihm einer Meinung bin, diese Frage als eine Frage der deutschen Sozialdemokratie zu betrachten und den Parteitag endgiltig entscheiden zu lassen. Erlauben Sie mir einige Worte zu meiner Resolution. Parteigenossen, es geht nicht, daß wir den Kölner Beschluß einfach aufheben. Wenn wir die traurigen Erscheinungen vermeiden wollen, die sich in Sachsen leider gezeigt haben, dann müssen wir den Genossen eine feste Richtschnur geben, wie die Resolution es vorschlägt. Insbesondere ist es nicht damit abgethan, daß man sagt, wo es wünschenswerth ist, in den Wahlkampf einzutreten, möge man es thun. Es handelt sich ja zunächst nur um einen Versuch, mißlingt er, so sind wir jederzeit in der Lage, wieder zurückzutreten. Aber jetzt einen Versuch zu machen, das halte ich unter den gegebenen Verhältnissen für absolut nothwendig, insbesondere bitte ich auch diejenigen, welche glauben, daß sie Ziffer b meiner Resolution ablehnen müssen, das übrige aber nicht, auch diesen Punkt anzunehmen, um die Kräfte zusammenzuhalten. Wenn Sie das Kameel der Resolution nicht verschmähen, dann sollen Sie auch das kleine Mücklein verschlucken, das im Punkt b der Resolution enthalten ist.

Liebknecht hat sich eine große Zahl starker Widersprüche zu schulden kommen lassen, es wird Sache Auer's sein, in seinem Schlußwort das genügend aufzudecken, ich will nur auf einen Punkt hinweisen. Er sagt, es sei nicht wahr, daß sich die Verhältnisse in den letzten 5 Jahren so geändert haben. Ja, da muß ich doch darauf hinweisen, daß Liebknecht in dieser Beziehung genau das Gegentheil von dem sagt, was der „Vorwärts" seit Jahren sagt. Der „Vorwärts" druckt die Stimmen der bürgerlichen Presse ab, die beweisen, daß in weiten Kreisen des Bürgerthums ein Umschwung in bezug auf die äußeren Verhältnisse eingetreten ist. Und wie wollte man es dann erklären, daß nicht nur ich, sondern eine ganze Reihe von Genossen, die auf dem Kölner Parteitag meiner Ansicht waren, jetzt gleich mir anderer Meinung geworden sind? Das ist doch kein Zufall, da müssen doch tiefere Gründe vorhanden sein, und sie sind in der That vorhanden für jeden, der objektiv die Verhältnisse betrachtet. Ist es nicht wahr, daß wir seit Jahren eine Reihe von Ereignissen gesehen haben, die das Kopfschütteln aller denkenden Leute nicht nur im Inlande, sondern in allen Kulturstaaten erregt haben? Ist es nicht wahr, daß es heute kein Land giebt, dessen innere politische Zustände so sehr der Gegenstand der allgemeinen Aufmerksamkeit und der Kritik geworden sind, wie Deutschland? (Sehr richtig!) Es ist wirklich kein Grund vorhanden, darauf stolz zu sein. Ich erinnere nur an die eigenthümlichen Manövervorgänge bei der Umsturzvorlage, bei der Vereins- und Versammlungsvorlage, ich erinnere vor allem an das freche, schamlose und empörende Auftreten der Junker, die heute schon genug in Händen haben, aber noch immer mehr erbeuten und in noch immer höherem Maße auf Kosten des allgemeinen Volkswohls sich Genüsse verschaffen wollen. (Lebhafte Zustimmung.) Ich erinnere an die widerspruchsvolle Art, wie regiert wird. Niemand hat mehr vom Zickzackkurs gesprochen wie grade Freund Liebknecht, und dieser Kurs, der in den letzten Jahren immer widerspruchsvoller geworden ist, hat ja gerade die Stimmung erzeugt, die uns veranlaßt, in diesem Kampf zur Vernichtung des Junkerthums in Preußen auch unser Theil beizutragen. Es ist nicht die Lust, ein Mandat zu haben, oder elende Kompromißpolitik zu treiben, es ist einfach die Lust am Kampfe, die Kampfesfreudigkeit, die uns dazu nöthigt, es zum mindesten einmal zu versuchen. (Sehr richtig!) Diesen Versuch können wir unter allen Umständen einmal riskiren. Man hat darauf hingewiesen, daß ich mich in einen starken Widerspruch gesetzt habe zu meinen Aeußerungen in Köln. Ja, Genossen, glaubt Ihr denn, dessen erinnere ich mich nicht mehr? Glaubt Ihr denn, ich selbst hätte nicht, bevor ich meinen Artikel in der „Neuen Zeit" schrieb, erst selbst noch einmal meine Kölner Rede durchgelesen? Das habe ich gethan, und weil ich das gethan habe und anderer Meinung geworden bin, habe ich mich in erster Linie für moralisch verpflichtet gehalten, dieser Wandlung der Gesinnung vor der ganzen Partei Ausdruck zu geben und das durch die Einbringung der Resolution zu dokumentiren. Drei Jahrzehnte ist es die Taktik der Partei gewesen. Es war ganz selbstverständlich, daß wenn es galt, dieser in der Partei stark eingewurzelten Meinung Ausdruck zu geben, man dem auch einmal starke Ausdrücke gab, Ausdrücke, die wie man sich nachher sagte, besser unterblieben wären. Aber sie sind ganz logischer Folge damals gemacht worden. Nachdem nunmehr Ereignisse und Umstände eingetreten sind, die einen Gesinnungswandel, eine veränderte Auffassung der Verhältnisse herbeigeführt haben — nicht 24 mal am Tage, wie Freund Liebknecht seine Taktik unter Umständen zu ändern für seine Pflicht erklärte, aber im Laufe der Jahre einmal — da haben wir uns verpflichtet gefühlt, so zu handeln, wie wir gehandelt haben.

Nun ist uns ja wieder der Kompromiß ins Angesicht geschleudert worden. Parteigenossen, was ist denn ein Kompromiß? Ein Kompromiß ist es nicht, wenn wir, wie es hier geschehen soll, oder wie es bei den Stichwahlen zum Reichstag geschieht, wo wir einen Mann mit unseren Gesinnungen und unseren Prinzipien nicht zur Wahl bringen können, einen anderen wählen; sondern ein Kompromiß wäre dann da einzig und allein, wenn dabei politische Anschauungen und Grundsätze preisgegeben werden. (Lebhafte Zustimmung.) Wer muthet das aber unseren Parteigenossen zu? Wer glaubt denn, daß unsere Gegner uns das zumuthen könnten? Nein, wir sagen: wir sind bereit, allüberall, wo unsere Hilfe Euch in dem Kampfe gegen die Reaktion und das Junkerthum dienlich sein kann, Euch unsere Kräfte zur Verfügung zu stellen, weil wir leider nicht in der Lage sind, unsere eigenen Kräfte, die wir weit besser, weit tauglicher, weit zuverlässiger gebrauchen könnten, selbst zu gebrauchen. Und wenn wir auch diese große Hilfe geben — und es ist eine große Hilfe, eine weit größere Hilfe, als die meisten heute sich einbilden — wenn wir mit der an uns gewohnten Energie und Opferwilligkeit in den Wahlkampf eintreten, können wir auch umgekehrt von Euch verlangen, daß Ihr unbeschadet Eurer Grundsätze auch einem Mann aus unserer Mitte Eure Stimme gebt. Es ist ganz selbstverständlich, wenn ein solcher Vertrag offen vor der ganzen Welt abgeschlossen wird; und ich möchte den Mann sehen, der das Prinzipienverrath zu nennen wagte. (Lebhafter Beifall.) Und ich erinnere daran: es giebt ja innerhalb der gegnerischen Presse Stimmen, in der „Breslauer Morgen-Zeitung", in der „Nation", die sagen: Das Verhalten der Sozialdemokraten ist ein durchaus ehrenwerthes; und es wäre ein Unrecht und eines liberalen Mannes unwürdig, wenn wir ihre Unterstützung ohne jede Gegenleistung annehmen wollten. Ich halte es in diesem Fall durchaus für keine Schande, und ich bitte Sie dringend, lassen Sie sich durch alle derartigen Einwände nicht irre machen. Wie wir 30 Jahre zu der Fahne der Sozialdemokratie gehalten haben, werden wir bis an unser Lebensende zu ihr halten. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Ewald-Berlin, der als nächster Redner auf der Rednerliste steht, ist nicht anwesend.

Hoffmann (zur Geschäftsordnung): Ewald hat sich Mittags auf einige Stunden hingelegt. Er hat mit mir verabredet, daß, sollte er während seiner Abwesenheit herankommen, ich mit ihm tauschen sollte. Schoenlank und Bebel haben auch mit anderen getauscht.

Vorsitzender Singer: Die letztere Thatsache ist allerdings richtig. Aber es lag da eine gleichzeitige Meldung bei einer Redner vor. Ich bezweifle ja nicht, daß Genosse Ewald seine Zustimmung gegeben hat. Aber mit Rücksicht auf die den Parteien schuldige Unparteilichkeit kann ich eine einseitige Meldung nicht entgegen nehmen. (Zustimmung.)

Schröder-Spandau: Sowohl der Referent, wie alle Anhänger der Betheiligung, die hier gesprochen, haben erklärt, daß von einem Kompromiß nicht die Rede sein kann. Ist denn nun von unseren Grundanschauungen bei der Resolution Bebel nichts geopfert? Von den 15 Forderungen des zweiten Theils unseres Programms soll nur eine dem Kandidaten der bürgerlichen Parteien, für den wir stimmen, vorgelegt werden. Wo bleiben die vierzehn anderen? Sie sind fortgelassen, weil kein bürgerlicher Kandidat dafür zu haben wäre. Glauben Sie, daß diese praktische, diese staatsmännische Politik, wie sie sich auch in Schippel's Rede ausgesprochen, die tausende von Hafenarbeitern zu begeistern vermag, deren Begeisterung wir gestern bei der Hafenfahrt gesehen haben. Die Freisinnigen ein Bollwerk gegen die Reaktion? Nein, in dem Maße, als die Entwicklung fortschreitet, opfern sie ein Freiheitsrecht nach dem andern, um Schutz für die Ausbeutung zu erhalten. Und welche Entwicklung vollzieht sich in unserer eigenen Partei? Unsere Forderungen sind nicht mehr Sozialismus. Nur wählen, wählen und wieder wählen und Politik treiben, das wird jetzt gepredigt. Die wirthschaftliche Entwickelung, nicht die großen staatsmännischen Reden haben uns die Massen zugeführt. Wenn wir aber so fortfahren wollen, wie es jetzt geschieht, dann lassen wir nur die großen Phrasen von der einzig revolutionären Partei und erklären, wir sind eine politische Partei wie alle anderen, vielleicht ein wenig radikaler, aber mehr nicht. (Sehr gut!)

(Privatdepeschen des „Vorwärts".)

Dr. Schoenlank: Das Referat Auer's zeichnete sich viel weniger durch die Neuheit der Argumente aus, als durch die Art, wie er seine Argumente begründete, wie er die Dinge beleuchtete. Ich muß sagen: vom ästhetischen Standpunkte aus war diese Rede äußerst erfreulich, sie war ein Meisterwerk der Rhetorik. Er hat die ganze Skala der Empfindungen und Gefühle auf und ab erklingen lassen, er hat alle Saiten angeschlagen und wenn Auer auch nicht der Rattenfänger von Hameln ist, so ist er mindestens der Rattenfänger von Hamburg. (Große Heiterkeit.) In seiner ehrlichen und biederen Art hat uns Auer erzählt, wie er seine Ansichten gründlich geändert hat. Zum Schluß gab er zu, daß der Vater seines Gedanken Arons ist. Auer ist also der Adoptivvater des Kindes von Leo Arons. (Heiterkeit.) Aber mit diesem Kinde ist er nicht gerade sehr väterlich umgegangen; er hat gehandelt wie der Erzvater Abraham, der den Ismael und die Hagar in die Wüste getrieben, die Sarah aber behalten hat. Er unterhielt uns über Vorgänge im Reich, über Kometen-Kurs, Zickzack-Kurs und dann wollte er auf einmal den Eindruck bei uns erwecken, als wenn wir dagegen Wandel schaffen könnten durch einen Einfluß auf die Landtagswahlen, statt durch Schaffung eines Reichsparlaments, das Zickzack- und Kometen-Kurs zu verhindern im stande ist. Gewiß ist es ganz schön, sich zu betheiligen, wenn man Erfolge haben kann. Aber Auer selbst glaubt ja an solche nicht, er hat selbst erklärt im „Vorwärts" und in der Auseinandersetzung, die in den „Sozialistischen Monatsheften" stattgefunden hat, als Partei könnten wir nicht einen einzigen Deputirten herauskriegen; denn was für das sächsische Wahlrecht gilt, gilt für das weit plutokratische preußische noch mehr, für das System der öffentlichen Wahlen, das für Hunderttausende ein ehrliches Bekenntniß unmöglich macht, das zehntausende von Beamten an der Wahl verhindert, viele tausende von Arbeitern in den großen Bergwerken u. s. w., die schon bei den Reichstags-Wahlen von den Arbeitgebern in der brutalsten Weise terrorisirt werden. Wir scheiden also aus, wir sollen aber Vorspann leisten für die bürgerlichen Parteien, und Genossen, was für Parteien! Genossen, ach, Auer sagt, für demokratische Männer. Doch wo sind solche? Die Zeit ist vorüber, wo es einen radikalen demokratischen Liberalismus gab. Johann Jacoby, sagt Auer, und Guido Weiß! Heute heißen sie Pachnicke, Rickert, Richter und Barth. (Sehr richtig!) Und was ist der Liberalismus von heute? Er ist die konzentrirte Säure des Kapitalismus, und da verlangt man von uns, daß wir für diese Leute eintreten — nicht in den Stichwahlen, wie für den Reichstag, nein, gleich von vornherein, für diese Leute, die ihre sozialpolitische Unfähigkeit bewiesen haben, die Gegner jeder Sozialpolitik sind. Und dann behaupte ich, die Genossen sind über das Dreiklassen-Wahlsystem nicht informirt, sonst wäre die Stimmung gegen die Betheiligung eine allgemeine.

Der Redner muß abbrechen, da seine Redezeit abgelaufen ist. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Hengsbach-Köln zur Geschäftsordnung: Es ist mir aufgefallen, daß Schoenlank und schon vorher Hoch abbrechen mußte, obgleich noch einige Minuten an den zehn Minuten fehlten. Ich habe genau nachgesehen.

Vorsitzender Singer: Ich muß das Bureau — nicht mich persönlich — dem Redner gegenüber dagegen verwahren, daß es Parteilichkeit walten läßt. Außerdem muß ich sagen, daß diejenigen, die mit etwas Aufmerksamkeit den Verhandlungen folgen, kaum in der Lage sein werden, die Behauptung aufzustellen, daß nicht mit gleichem Maße gemessen wird.

Hengsbach: Ich habe dem Bureau nicht Parteilichkeit vorgeworfen; ich konnte das umso weniger, als Schoenlank auf dem Standpunkte des Vorsitzenden steht.

Robert Schmidt-Berlin: Wir sind gewohnt, ruhig die Aussichten abzuwägen, wenn unsere Partei eine neue politische Aktion einleitet. Thun wir es auch hier. Die Anhänger der Wahlbetheiligung haben ihre Hoffnung, daß wir Mandate erringen oder der Partei viel nützen werden, sehr herabgedrückt. Sie haben heute deshalb die ideelle Seite der Wahlbetheiligung in den Vordergrund gestellt, dazu gehört die Erweiterung unseres Kampfgebietes, wie es Genossin Zetkin genannt hat. Ich habe bisher das Gebiet unserer Agitation noch nie als zu klein empfunden. Massenhaft bringt uns jeder Tag neue Mittel für die Agitation, da brauchen wir nicht nach neuen Kampfgebieten zu spähen. Der Klassenkampf durchdringt bei uns die ganze Agitation. Bei einer politischen Aktion ist es nothwendig, daß der Glaube an ihren Nutzen vorhanden ist, an die Möglichkeit, aus eigener Kraft Vertreter in den Landtag zu bringen. Es ist ja möglich, daß eine ferne Zukunft uns diese Möglichkeit gewährt. Augenblicklich ist sie nicht vorhanden. Es hat mich ja sehr sympathisch berührt, daß diesmal der größte Skeptiker in der Partei einen Appell an den Glauben gerichtet hat. (Heiterkeit.) Es giebt aber Dinge, die man nicht glauben kann. Diese Aussichtslosigkeit raubt der Betheiligung das begeisternde Moment. Wenn wirklich ein Staatsstreich mit Hilfe des Landtages versucht werden soll, dann können wir es nicht verhindern. Der Schwerpunkt wird aber doch immer im Reichstage liegen; er ist der einflußreichste Faktor. Reden wir nicht mit solcher Gleichgiltigkeit von der Protestbewegung. Die österreichischen Genossen haben ganz bedeutende Erfolge damit errungen und bei der Umsturzvorlage hat die Protestbewegung im Lande manchem bürgerlichen Abgeordneten erst den Rücken steifen müssen; also auch außerhalb des Parlaments bleibt uns ein weites großes Kampfgebiet. Zu den anderen Landtagen gelten andere Wahlsysteme, da können wir aus eigner Kraft Vertreter durchbringen. Es war doch sehr bezeichnend, daß ein bayerischer Genosse, die doch in dem Rufe sind, rechts zu stehen, sich mit aller Entschiedenheit gegen jeden Kompromiß mit bürgerlichen Parteien erklärt hat. Wenn wir den geringsten Erfolg erzielen wollen, müssen wir einen Handel mit unseren Gegnern abschließen, die aber nehmen zwar unsere Stimmen gern, stimmen aber nicht für uns. Wenn die Wahlen vorüber sind und nicht ein einziger Sozialdemokrat gewählt ist, müssen wir uns sagen, es ist nichts erreicht! Für eine aussichtslose Aktion sollte man die Partei nicht begeistern. Das preußische Parlament ist und bleibt eine Ständekammer der Besitzenden; das Proletariat kommt dort nicht zu Wort. (Sehr richtig!)

Schrader-Osnabrück: Es ist bezeichnend, daß die Anhänger der Wahlbetheiligung in der Frage, wie wir uns betheiligen sollen, so weit auseinandergehen. Für die Ansicht, von vornherein für die linksstehenden bürgerlichen Oppositionsparteien einzutreten, scheint sich ja jetzt die Mehrheit der Befürworter der Betheiligung zu begeistern. Es ist in

der Debatte das Wort gefallen, Mißtrauen ist eine demokratische Tugend und kein anderer als Bebel hat gerade in Köln darauf hingewiesen, wie sehr wir berechtigt sind, Mißtrauen gegen die Freisinnigen zu hegen. In den damaligen Ausführungen hat Bebel die sog. Oppositionsparteien treffend gekennzeichnet. Ich bin heute noch der Meinung, würden Zentrum und Freisinnige die Mehrheit im Landtage haben, sie würden bei einer Abstimmung darüber, ob das allgemeine gleiche Wahlrecht eingeführt werden solle, sich der Abstimmung entziehen, um nur ja zu verhüten, daß eine solche Vorlage Gesetz wird. Nach den bisherigen Erfahrungen haben wir keine Veranlassung, uns mit den bürgerlichen Parteien einzulassen, wir würden doch nur getäuscht. Auch auf einen Versuch dürfen wir uns nicht einlassen, sondern wir müssen von vornherein gegen die Betheiligung stimmen.

Kolbe-Karlsruhe: Wir in Baden haben bei den gegenwärtigen Landtagswahlen das, wovor Sie sich fürchten, bereits gethan; wir fürchteten eigentlich, daß wir hier elend heruntergerissen würden, denn wir haben schon Kompromisse geschlossen, und wir haben auch schon da, wo keine Aussicht für uns bestand, von vornherein für die Freisinnigen und das Zentrum gestimmt. Das war nothwendig, denn in Baden ist der Nationalliberalismus ebenso schlimm, wie in Preußen das Junkerthum. Brechen wir bei Zeiten die reaktionäre Macht und verhindern wir, daß den Arbeitern ihre Rechte noch mehr verkümmert werden. Erst wenn wir die Macht der Junker und der Nationalliberalen gebrochen haben, haben wir den Weg geebnet, auf dem das Proletariat vorwärts marschiren kann. (Lebhafter Beifall.)

Zur Geschäftsordnung fragt Hoffmann-Berlin IV an, wie es kommt, daß der Vorredner mit einem Delegirten aus Hannover in der Rednerliste getauscht habe, ohne daß letzterer dem Bureau davon Mittheilung gemacht habe.

Singer: Es ist verständiger, solche Fragen privatim an das Bureau zu richten und nicht die Verhandlungen dadurch zu verlängern. Im übrigen ist mir nichts davon bekannt. Sodann möchte ich noch darauf hinweisen, daß uns einige Schwierigkeiten dadurch bereitet werden, daß etwa 12 bis 15 Delegirte durch Versammlungen heute Abend engagirt sind. Die Genossen können sich, wenn sie ihre Pflicht erfüllen sollen, nicht dazu entschließen, den Kongreß vorher zu verlassen. Ich schlage deshalb vor, heute die Diskussion zu Ende zu führen, aber die Abstimmung erst morgen früh vorzunehmen. Dadurch werden wir allen Theilen gerecht.

Katzenstein: Wir dürfen diesen Punkt auf keinen Fall über das Knie brechen.

Singer: Ich habe mit keinem Worte verlangt, daß die Sache nicht zu Ende berathen wird. Werden wir heute nicht fertig, so wird morgen weiter geredet, das ist doch selbstverständlich.

Mit dem Vorschlage Singer's, die Abstimmung auf alle Fälle erst morgen stattfinden zu lassen, erklärt sich der Parteitag einverstanden.

Slomke-Bielefeld: Die Wahlenthaltung hat zur Folge gehabt, daß die Konservativen Mandate eroberten, die ihnen nicht zukommen. Sobald wir uns betheiligen, fliegen sie hinaus. Und das ist doch auch schon etwas werth. Wir sind deshalb für Betheiligung, aber nicht für eine theilweise, sondern für eine allgemeine, sei es auch nur aus Agitationsgründen. Nur gegen Punkt b der Bebel'schen Resolution bin ich. Auf einen Kuhhandel dürfen wir uns nicht einlassen. Wollen die Freisinnigen für uns stimmen, so mögen sie es thun, aber ohne daß wir einen Handel mit ihnen abschließen. Wir sind für die Wahlbetheiligung, um den erzreaktionären Muckern den Boden abzugraben.

Lange-Leipzig: Genosse Stolle hat uns Leipziger so hingestellt, daß kein Hund in der Welt mehr ein Stück Brot von uns nehmen würde. (Oho!) Noch in keinem Parlament der Welt sind unsere Vertreter so behandelt worden, wie im sächsischen, zu keiner Kommission wurden wir zugezogen; selbst Bebel hat in einer Volksversammlung gerathen, wir sollten die Mandate niederlegen, denn die Politik der sächsischen Regierung sei eine solche, daß sie dem Hund den Schwanz stückweise abschneidet. Die Antwort werden wir der Regierung bei der nächsten Reichstagswahl geben.

Was ist denn seit Köln geschehen? Die Vereinsgesetz-Vorlage giebt doch keine Veranlassung zu einer Aenderung der Taktik, denn die Nationalliberalen haben doch selbst erklärt, für ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokraten würden sie stimmen. Erfolge können wir ja doch nicht erreichen. Das lehren die letzten Wahlen in Sachsen. Andererseits aber sind zahlreiche Maßregelungen sicher; und was sind denn das für Freisinnige, denen wir zum Siege verhelfen sollen? Von Agitation kann auch keine Rede sein, wohl aber werden unsere Kräfte zersplittert; das ist dasselbe, als wenn man jemandem ein Schwert in die Hand giebt und ihm sagt, er solle mit der Scheide zuhauen. Ich bin für Beibehaltung der Kölner Resolution.

Ewald: Darüber, daß wir von den bürgerlichen Parteien nichts zu erwarten haben und daß auf sie kein Verlaß ist, sind wir uns wohl alle einig. In den Städten haben die Freisinnigen oder Nationalliberalen die Majorität, auf dem Lande würden sich kaum Wähler und noch weniger Wahlmänner finden, die für uns offen ihre Stimmen abgeben. Wenn wir uns betheiligen, so wird die Regierung ihre zahlreichen Arbeiter zur Wahlurne kommandiren. Die Leute, die zum Theil zu uns gehören, würden dann gegen uns stimmen. Wir würden also einen Gewissenszwang ausüben. Dazu kommt, daß wir unsere eigenen Anhänger zum Schwanz der Freisinnigen oder des Zentrums degradiren würden. Wenn wir ein revolutionäres Bürgerthum hätten, so ginge es noch. Hier aber sollen wir dieselben Freisinnigen unterstützen, die sich nicht scheuen, bei Reichstags-Wahlen für Konservative zu stimmen. Wir sollten die Betheiligung strikte ablehnen. Es geht ein Zug der Unzufriedenheit durch die Partei, und dieser Zug wird noch vermehrt, wenn wir uns an den Landtags-Wahlen betheiligen und mit bürgerlichen Parteien paktiren.

Frl. Baader-Berlin: Weder Auer noch Bebel glauben, daß wir aus eigener Kraft Kandidaten durchbringen. Wir sind ja nicht gegen die Betheiligung an den Landtagswahlen überhaupt, sondern nur gegen die Betheiligung an den Wahlen in Preußen wegen des schlechten Wahlsystems. Die Wahlbetheiligung hat auch nicht den agitatorischen Werth, den ihr die Genossin Zetkin beilegt. Es ist ja garnicht möglich, die Massen an die Wahlurne zu bringen. Nur eine ganz geringe Zahl von Wählern der dritten Klasse wird sich an der Wahl betheiligen können. Genossin Zetkin will die Wahlen zum Agitationsmittel benutzen; sie weiß aber selbst sehr wohl, daß wir das ungeheure Agitationsmaterial, das wir heute schon haben, garnicht bewältigen können. Agitiren wir lieber für die Abschaffung dieses Wahlsystems! Wir haben keinen Grund, uns an den Wahlen zu betheiligen und den Kölner Beschluß aufzuheben. Bebel redet von einem Versuch. Aber wir haben keine Veranlassung, Luftthiebe zu machen. Jeder Hieb, den wir austheilen, muß sitzen. Achten wir lieber mehr darauf, wie wichtige Vorlagen im preußischen Landtage zur Berathung kommen! Uns Frauen bleibt ja auch kein Weg, als täglich darauf hinzuweisen, wie man uns entrechtet, und ich meine, das ist auch eine Agitation, die die Köpfe revolutionirt. Die Vereinsgesetz-Vorlage ist nicht gefallen, weil sich eine Mehrheit im Abgeordnetenhause fand, sondern weil das Proletariat dagegen Front machte. Lassen wir den Kölner Beschluß bestehen. (Beifall.)

Eitzinger-Nürnberg: Wäre in Köln jemand aufgetreten, der einen Kompromiß das Wort geredet hätte, so würde man ihn so abgekanzelt haben, daß er ein zweites Mal nicht wieder gekommen wäre. Ich halte die Wahlbetheiligung nicht für eine Prinzipienverletzung, ich kenne den agitatorischen Werth der Betheiligung an den Landtagswahlen aus eigener Anschauung. Dort haben wir ein anderes Feld unserer Thätigkeit. In Bayern schließen wir keinen Kompromiß, denn dort ist das Bürgerthum ebenso reaktionär wie in Preußen das Junkerthum. Auch in Preußen wird es ohne Kompromisse gehen. Ich bitte Sie deshalb, heben Sie den Kölner Beschluß auf und betheiligen Sie sich an den Wahlen. Probiren Sie die Sache, dann kommt auch der Appetit.

Molkenbuhr-Hamburg: In großen Städten, wie Berlin und Breslau, wo schon seit Jahrzehnten außer der freisinnigen keine Partei ernsthaft in Frage kommt, richtet man selbstredend bei der Wahlagitation sein Augenmerk nur auf diese, und ihr Sündenregister ist so groß, daß dem ehrlichen Proletarier ein Ekel aufsteigen kann, wenn er denkt, er soll für sie stimmen. Anders liegt aber die Sache, wenn wir die Freisinnigen mit den Konservativen und dem Junkerthum vergleichen. Wenn Liebknecht fragt, was denn seit 1893 geschehen ist, so darf ich wohl darauf hinweisen, daß 1893 der Kurs Caprivi-Marschall obenauf war und daß dieser heute dem des Junkerthums gewichen ist. Die Junker, die in ihrer Beutepolitik unendlich weit gehen, bereichern sich nicht allein aus eigener Kraft aus der Tasche des Volkes, auch das Schlotjunkerthum bietet ihnen die Hand dazu, um gemeinsam mit den Krautjunkern den Raubzug auszuführen. Auch aus den preußischen Staatskassen werden den Junkern erhebliche Zuwendungen gemacht, und wenn wir dieser Ausplünderung des arbeitenden Volkes durch den Staat entgegentreten wollen, dann müssen wir eine Majorität im Landtage haben, die dagegen Front machen kann. Das hat bisher die freisinnige Partei noch immer gethan. Wenn wir für die Wahlbetheiligung eintreten, so geben wir uns nicht der Illusion hin, daß wir dadurch viel erreichen und daß die Freisinnigen für sozialdemokratische Forderungen eintreten. Aber das eine wissen wir, daß sie ihre Interessen verfolgen, die diametral entgegengesetzt sind denen des Junkerthums, und sie hindern dieses an seiner Beutepolitik. Ich sage: gerade unsere Agitation, gerade der Umschwung, der sich in der Ansicht der Partei über die Landtagswahlen vollzogen, hat mit dazu beigetragen, dem Liberalismus bei der lex Recke das Rückgrat zu steifen. (Sehr richtig!) In vielen Kreisen sind jetzt die Freisinnigen auf die Hilfe der Nationalliberalen angewiesen, wenn sie sich gegen die Junker behaupten wollen. Wenn wir uns an der Wahl betheiligen, machen wir die Freisinnigen liberaler. Die Fragen, die den Landtag berühren, sind tief einschneidender Natur. Sie berühren, wie die Schulfrage, direkt unser Programm. Weshalb sprechen wir so wenig von der wichtigen Schulfrage? Weil nur die Fragen für uns in den Vordergrund treten, wo wir mitwirken können. Neben der Schulfrage steht die Agrarfrage, die Eisenbahnfrage, sie alle gehen den Landtag an. Wir schaffen uns also in der That ein neues Agitationsfeld, wenn wir uns an den Landtagswahlen betheiligen. Wir können den Massen im einzelnen zeigen, welch schmähliche Klassenpolitik im Landtage getrieben wird. Wir bringen die Massen in Fluß und umsomehr haben wir Aussicht, das Dreiklassen-Wahlsystem abzuschaffen. (Bravo!)

Frau Zietz-Hamburg: Für uns Hamburger ist die Frage als Parteigenossen brennend, obgleich wir selbst am Wahlkampf ja nicht theilnehmen. Die Betheiligung an den Landtagswahlen halte ich für nöthig, schon aus dem einzigen Grunde, um die Reaktion abzuwehren. Die Herren im Landtag haben sich unter sich gefühlt und sich über unsere Wahlenthaltung sehr gefreut. Ich akzeptire das Wort Schoenlank's, daß Auer der Rattenfänger von Hamburg ist. Ich hoffe, daß seine Rede dazu führen wird, daß die Betheiligung mit großer Mehrheit angenommen wird. (Beifall.) Die Wahlen werden durch die Klarheit, die sie den Massen über den Charakter des elendesten aller Wahlsysteme bringen werden, ein gewaltiges Agitationsmittel sein. Gewiß sind die Umstände erschwerend, aber seit wann sind wir Sozialdemokraten Erfolgsanbeter? (Beifall.) Wenn wir die Oppositionsparteien unterstützen, ihnen unsere ganze Kraft zur Verfügung stellen, dann werden sie schon so viel politisches Anstandsgefühl haben, auch für die Wahl eines Sozialdemokraten zu sorgen. Die Hauptsache ist aber, daß wir ein mächtiges Agitationsmittel bekommen und der Reaktion einen Riegel vorschieben werden. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Knappe-Stettin: Ich war schon vor vier Jahren für Wahlbetheiligung. Ueber die Art derselben sind die Ansichten ja selbstverständlich verschieden. Daß die Gegner der Betheiligung nicht verschiedener Ansicht sind, ist aber auch ganz erklärlich, denn zum Nichtarbeiten braucht man nur einer Meinung zu sein. Ob wir den Uebermuth der Junker wirklich durch unsere Betheiligung werden brechen können, wird freilich erst erwiesen werden müssen; aber probiren geht immer über studiren. Die Vereinsvorlage ist nur deshalb im Abgeordnetenhause abgelehnt worden, weil der linke Flügel der Nationalliberalen stärker war als der rechte, der gerne dafür stimmen wollte und nur durch den bindenden Fraktionsbeschluß daran verhindert wurde. Es muß also unsere Aufgabe sein, den linken Flügel in den Parteien zu verstärken. In Berlin mag ja eine Wahlbetheiligung keinen Erfolg haben; aber anders ist es zum Beispiel in Pommern, zum Beispiel in der Nähe von Stettin; da ist es sehr leicht möglich, statt zweier Konservativen zwei Freisinnige in den Landtag hineinzubringen. Die Wahlbetheiligung nach der Resolution Bebel soll ein Baustein sein für einen Damm gegen die Reaktion, den wir mit unseren eigenen Bausteinen nicht aufführen können, weil wir sie nicht hinaustransportiren können. Wir wollen ja keine Berge damit versetzen, wir sagen ja auch nicht: es soll proletarische Politik getrieben werden unter der Führung Eugen Richter's, sondern wir benutzen diese Leute nur, um einen Schaden, der uns droht, zu verhindern. Unterschieben Sie uns doch nicht Motive, die wir nicht haben; achten Sie doch unsere Ueberzeugung, wie wir die Ihre achten. Jedenfalls beschließen Sie die Betheiligung. (Beifall.)

Faber-Frankfurt a. O.: Will man dafür sein, dann muß man wissen, wie es gemacht werden soll. Mit den Wahlmännerwahlen allein ist es nicht abgethan. Wir erzielen mit der Wahl zwischen zwei schlechten Parteien nur Korruption. Bei der Reichstagswahl haben wir den Freisinn bis auf ein kleines Häuflein vernichtet; und da sollen wir ihn bei der Landtagswahl stärken? Das bischen freies Bürgerthum, was noch übrig geblieben ist, bleibt auch nicht beim Freisinn; es kommt zu uns oder geht nach rechts. Für die Aufhebung des Kölner Beschlusses würde ich eventuell stimmen können, für die Resolution in ihrem ganzen Umfange kann ich nicht stimmen. Eine Verpflichtung zu wählen, kann ich nicht festsetzen.

Hoffmann-Berlin: Bis auf Ulrich hat jeder Redner zugegeben, daß wir aus eigener Kraft keinen Kandidaten durchbringen können. 3 mal 2 sind 6, und davon sind 2 nur unser. Sie können auch ebenso gut beschließen, einen Abgeordneten in den Mond zu schicken, er wird auch nicht hinaufkommen. Ganz besonders gewundert hat mich die Stellung des Abg. Bebel. Hier von derselben Tribüne hat er vorher bei seinem Referat über die Reichstagswahl gesagt: Die Nationalliberalen warten nur auf ein Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie; und jetzt verlangt er von uns, daß wir diese Leute wählen! (Beifall.) Vorher sagte er: Die Sozialdemokratie ist dem Bürgerthum tief verhaßt, und diesem Bürgerthum sollen wir jetzt zumuthen, unsere Interessen zu vertreten! (Beifall.) Ich hoffe, daß der Parteitag jeden Kompromiß ablehnen wird. Vorher haben Sie mit vollem Recht die Veröffentlichung der Liste der Vertrauensmänner abgelehnt, um sie nicht in die Hände der Behörden zu geben, und nun wollen Sie durch die öffentliche Wahl die gesammten Sozialdemokraten in die Hände der Herrschenden geben! (Beifall.) Die Freisinnigen müßten ja Narren sein, wenn sie nicht dieselben Kandidaten bei den Reichstagswahlen aufstellen wollten, wie bei den Landtagswahlen. Wenn nun solch' ein Freisinniger bei den Landtagswahlen das Blaue vom Himmel heruntervspricht, dann sollen wir unseren Genossen sagen: glaubt dem und wählt ihn, und nachher kommt derselbe Freisinnige, verspricht wieder das Blaue vom Himmel herunter, und dann sollen wir sagen: glaubt dem ja nicht, der hält nicht, war er verspricht! (Große Heiterkeit und Beifall.) Ich halte es für einen schweren Fehler von Schoenlank, daß er gegen die Wahlbetheiligung agitire; hätte er im Gegentheil dafür agitirt, dann würde die Resolution Bebel jetzt einstimmig abgelehnt werden (Heiterkeit); denn dann könnte nicht Stolle kommen und sagen! „Ja, wenn der Schoenlank nicht gewesen wäre . . .!"

Auer und Bebel aber rufe ich zu: Führet uns nicht in Versuchung! (Große Heiterkeit und Beifall, Händeklatschen.)

Ein Antrag auf Schluß der Diskussion wird von Patzer-Delmenhorst begründet, von Werner-Berlin bekämpft und abgelehnt, weil das Bureau zweifelhaft ist.

Geyer-Leipzig: Das Ergebniß der sächsischen Landtagswahlen ist von den Gegnern der Betheiligung hier benutzt worden, um gegen die Betheiligung zu agitiren, ich muß deshalb darauf erwidern: das Wahlrecht in Sachsen ist anders wie das preußische. Das gebe ich zu, aber gegen unsere Betheiligung an den sächsischen Wahlen sind bei uns dieselben Vorwürfe und Einwände geltend gemacht worden. So ist behauptet worden, wir würden nicht genug Wahlmänner finden. Das Gegentheil hat sich herausgestellt. Wir hatten geradezu Ueberfluß an Wahlmännern. Es hat sich bestätigt, daß, wenn die Wähler öffentlich auftreten sollen für die Sozialdemokratie, sie durchaus nicht so zaghaft sind, wie ihnen nachgesagt wird. (Sehr richtig!) Dabei laufen doch die Wahlmänner viel mehr Gefahr, als die große Masse der Wähler bei öffentlichem Eintreten für uns. (Sehr richtig.) Auch der zweite Einwand ist hinfällig, daß es uns nicht möglich sein würde, die Wähler an die Urne zu bringen. Es ist wahr, in einigen Kreisen haben unsere Wähler nicht so gestimmt, wie wir es erwartet haben, in anderen aber war die Betheiligung um so lebhafter. Und wenn wir zu klagen haben, so trägt die Schuld daran die Trennung der Partei durch Leipzig. (Sehr richtig.) Nur ein Drittel der Mandate wird in Sachsen jedes Mal erneuert. Wenn aber das ganze Land wählt, ist die Bewegung ganz anders. Trotzdem hatte die Wahl bei uns diesmal größere Bedeutung als je zuvor. Da wird behauptet, die Kosten seien zu hoch gewesen, das Geld sei vergeudet worden, die Kosten für Dresden seien höher gewesen als für die Reichstagswahl. Das ist alles unwahr! (Hört! hört!) Die Kosten — noch ist die Abrechnung gar nicht da — aber waren geringer, als wir erwartet haben. So wird mit Argumenten verfahren, um ihnen die Wahlbetheiligung mißliebig zu machen. (Bravo.) Ueber die Frage des Erfolges streiten wir uns in Sachsen noch. Für mich steht fest, daß die Partei Erfolge errungen hat, vor allem in agitatorischer Beziehung. Neue Genossen sind durch die Betheiligung gewonnen, die Organisation gefestigt worden, überall konnten wir die Hebung des Interesses an den Landesangelegenheiten konstatiren. Wenn wir keine Mandate errungen haben, so ist das weiter nicht verwunderlich. Die Partei führte zum ersten Male unter dem neuen Wahlgesetz die Schlacht, wir müssen erst lernen, unsern Kampf in die neuen Verhältnisse hinüberzuleiten. Für mich ist die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß wir auch in nicht allzu ferner Zeit das eine oder andere Mandat aus eigener Kraft in Sachsen erobern. Wären wir nicht zu den Wahlen gegangen, unsere Gegner hätten sich gefreut. Wenn die Sozialdemokratie in der Ecke steht, dann giebt es keinen Kampf. (Sehr richtig!) Wir hatten den moralischen Erfolg. Den preußischen Genossen darf die Entscheidung nicht allein überlassen bleiben. Wir alle sind an der Frage interessirt. Die stolze Verachtung der Dreiklassenwahl, die Noblesse der Enthaltsamkeit, führt zur Unthätigkeit, das schädlichste für eine Kampfpartei. Nehmen Sie Bebel's Antrag an! Hüten Sie sich aber, dem Beispiel der Leipziger zu folgen. Wenn Sie wollen, daß die Partei Erfolge hat, dann müssen Sie einig sein! (Lebhaftes Bravo!)

Bruhns-Breslau verzichtet aufs Wort.

Windhoff-Düsseldorf: Der Zug nach links, den die Anhänger der Betheiligung bei den bürgerlichen Parteien entdecken, rührt von der Nähe der Reichstags-Wahlen her. Unser Ziel war immer, eine große linksstehende und eine große rechtsstehende Partei zu bilden. Das geben wir jetzt auf, wenn wir uns betheiligen. Ein paar Freisinnige mehr können die Reaktion nicht hemmen. Ich ersuche Sie, die Resolution Bebel niederzustimmen.

Ein Schlußantrag, den Müller-Darmstadt begründet, Mittag-Halle bekämpft, wird angenommen.

Persönlich bemerkt Schoenlank: Ich muß im Rahmen einer persönlichen Bemerkung auf die unqualifizirbaren Aeußerungen von Stolle erwidern. (Zuruf von Bebel.) Aber August, Sie sind doch auch oft genug das Karnickel gewesen. (Große Heiterkeit.) Die Behauptung von Stolle ist durchaus unrichtig, die sächsischen Genossen, die sich für die Betheiligung entschieden haben, haben mit uns in Chemnitz ein von uns ehrlich gehaltenes Abkommen dahin getroffen, daß wir eine Art Urfehde schworen und den Genossen, die für Betheiligung waren, nicht entgegentreten. Wir haben in der Presse peinlichst jede Diskussion vermieden. Wir haben . . .

Singer unterbrechend: Ich muß darauf hinweisen, daß Schoenlank nicht das Recht hat, das Verhalten der Parteigenossen Leipzigs zu erklären.

Schoenlank: Es handelt sich um meine Person. Ich habe dafür gesorgt, daß keine Diskussion angeschnitten würde, ich habe nirgends agitirt, wie es vielleicht von anderer Seite geschehen sein könnte, ich habe strikte die geschworene Urfede gehalten, ich habe meinen Einfluß auf die sächsischen Genossen — (Glocke des Präsidenten).

Mein Gott, ich muß doch erwidern. (Heiterkeit.)

Singer: Ich bitte Sie, sich auf persönliche Erwiderungen zu beschränken.

Schoenlank: Ich bin doch beschuldigt worden, auf meinen Vorschlag haben die sächsischen Genossen, die sich betheiligt haben — (Glocke des Präsidenten). Also mir war angeboten, hier das Korreferat zu übernehmen. Ich habe darauf verzichtet, weil ich glaubte, in der Diskussion vielleicht 20 Minuten reden zu können. (Ruf: Das können Sie nachholen!) Nein das will ich nicht.

Redner verbreitet sich von neuem über die sächsischen Wahlen, wird aber wiederholt vom Präsidenten unterbrochen.

Schoenlank fortfahrend: Ich habe meine Pflicht erfüllt, wie ich es für nöthig hielt, im Auftrage und im Einverständniß mit meinen Parteigenossen. Wenn Stolle also von Gemeinheiten und Hetzereien gesprochen hat . . . (Glocke des Präsidenten.)

Singer: Ich denke, wir machen der Szene jetzt ein Ende.

Schoenlank: Ich wäre längst fertig, wenn Sie mich nicht immer unterbrechen würden.

Singer: Ich frage den Parteitag, ob er wünscht, daß Schoenlank in dieser Weise weiter redet. (Rufe: Nein, nein!)

Ich denke, das dürfte genügen.

Schoenlank verläßt unter großer Heiterkeit die Tribüne.

Das Schlußwort hat nunmehr Auer: Ich glaube, daß wir alle unter dem Eindrucke stehen, daß es langer Reden seitens der Schlußredner nicht mehr bedarf. Zunächst will ich einige Irrthümer berichtigen. Liebknecht meinte, ich hätte gesagt, es wäre plötzlich eine Erleuchtung über uns gekommen. So habe ich nicht gesagt, sondern: daß unsere negirende Haltung und die Bedeutung, die der Landtag unter Umständen für uns haben kann, plötzlich eine Beleuchtung erhalten hat durch die lex Recke und den Versuch, Reichsmaterien jetzt in dem Landtag eines Einzelstaates zum Austrag zu bringen. (Sehr wahr!) Wir brauchten keine Erleuchtung; wir waren früher schon so gescheidt wie jetzt. Oertel hat mich auch mißverstanden; ich habe nicht einen Kompromiß verlangt, Bebel hat ja zur genüge über diese Sache gesprochen; auch Börner aus Berlin hat unrecht, wenn er der Redaktion des „Vorwärts" vorwirft, über die Reden der Freunde der Wahlbetheiligung in den Versammlungen, in denen die Wahl der Delegirten zum brandenburgischen Provinziallandtag vorgenommen wurde, ausführlich, über die der Gegner kurz berichtet zu haben. Bebel hat meines Wissens überhaupt nicht eine einzige Versammlung abgehalten, es ist also auch nicht möglich gewesen,

daß Reden von ihm besonders bevorzugt worden seien, ich habe in der ganzen Zeit nur eine einzige Versammlung abgehalten, auch über sie ist sehr kurz berichtet worden. Und wenn er mir vorgehalten hat, ich hätte auch durch Artikel im „Vorwärts“ Einfluß zu üben gesucht, so lasse ich mir das Recht, meine Meinung mündlich oder schriftlich zu äußern, nicht bestreiten. Im übrigen habe ich nur einen einzigen Artikel für den „Vorwärts“ geschrieben, und Bebel hat meines Wissens für den „Vorwärts“ überhaupt keinen Artikel geschrieben, sondern es ist da nur sein Artikel aus der „Neuen Zeit“ abgedruckt worden. Also auch der Vorwurf gegen die Redaktion des „Vorwärts“ trifft nicht zu.

Singer meint, es habe sich nichts geändert, was uns veranlassen könnte, die sozialdemokratische Armee der bürgerlichen Opposition zur Verfügung zu stellen; das wollen wir nicht. Wir wollen nur dasselbe, was wir 1884 thaten, als wir aufforderten, für Virchow, gegen Stöcker zu stimmen. Mandatlüsternheit wird uns vorgeworfen. Welches ist denn der entscheidende Grund für alle Gegner der Wahlbetheiligung? Daß wir doch keine Mandate bekommen würden. Also dieser Vorwurf, wenn er für einen zutrifft — ich bestreite das für beide — so trifft er mehr für die Gegner zu. Dann ist ein Einwand gemacht, der ja immer Eindruck macht, die Genossen verstehen die Taktik nicht, bei den Landtagswahlen für und bei den Reichstagswahlen gegen denselben Freisinnigen zu stimmen. Ja, was unsere Genossen in dieser Beziehung verstehen und was man ihnen zumuthen darf, dafür hat uns doch Liebknecht in seiner Person ein geradezu glänzendes Beispiel gegeben. (Sehr gut!) Was hat er uns erzählt? Er ist als Gegner der Wahlbetheiligung nach Sachsen gegangen und hat dort „aus Bosheit“ (Heiterkeit) für die Wahlbetheiligung agitirt! Das erzählt uns der alte erfahrene Taktiker mit der ganzen Offenheit seines Wesens, wohl wissend, daß die Partei daran keinen Anstoß nehmen wird. Aber wenn man das thut, und dann als Gegner der Wahlbetheiligung im eigenen Blatt von einem Resultat schreibt, das bewundernswerth ist, von einem Triumph der Arbeitersache und zu schreiben, „ehrlos sei, wer seine Pflicht nicht thut!“ Wenn alle diese Widersprüche möglich sind, dann bin ich doch der Meinung, daß der Umstand, daß wir unter gewissen Verhältnissen unsern Genossen sagen: Parteigenossen, Anhänger unserer Grundsätze, wir sind unter der gegebenen Sachlage außer stande, aus eigener Kraft einen Kandidaten durchzubringen; wir können aber verhindern, daß Stöcker siegt und können an seiner Stelle Virchow zum Abgeordneten machen — ich meine, diese Taktik ist doch viel klarer, als die, die ich Ihnen von den sächsischen Wahlen gekennzeichnet habe.

Es ist gesagt: welchen Eindruck wird es machen, wenn es einmal heißt: dieser Schuft, dieser ehrlose Kerl! — und nachher wählen wir ihn — ja, ist es denn nothwendig, daß wir im politischen Kampf zu derartigen Mitteln greifen? Wenn solche Praktiken hie und da noch üblich sein sollten, in solcher durchaus unangemessenen Weise den Kampf zu führen, und sie auf diese Weise aufhören würden, so wäre das ein Erfolg, der immerhin auch etwas werth wäre. (Lebhafter Beifall.) Liebknecht meinte, wenn schon ein Kompromiß, dann lieber mit den Konservativen als den Antisemiten, das dürfte Liebknecht denn doch sehr schwer werden, denn mir sind zwar Antisemiten bekannt, die nicht Konservative sind, aber es dürfte wenig Konservative geben, die nicht Antisemiten sind (Heiterkeit) und den Ausspruch, daß die Liberalen gefährlicher sind als die Konservativen, dürfte er bei näherer Ueberlegung wohl auch nicht aufrecht erhalten. (Sehr wahr!) Gewiß kann zu einem solchen Trugschluß kommen, wer da meint, daß man von heute auf morgen in den Zukunftsstaat hineinspringen kann. Aber wer wie Liebknecht selbst der Meinung ist, daß die heutige Gesellschaft in die sozialistische hineinwächst, der wird auch nicht darüber im Zweifel sein können, daß wir nicht anders können, als die bürgerliche Entwickelung bis zu ihrem Ende auszuleben, und deshalb ist es ganz unsozialdemokratisch gedacht, eine konservative Politik einer liberalen vorzuziehen. (Lebhafter Beifall.)

Von der Korruption will ich nicht sprechen, das sind nur Schlagworte, die auf die Elite der deutschen Sozialdemokratie, die wir hier doch repräsentiren, eine Wirkung nicht haben können. Politik von Eugen Richter sollen wir treiben! Nein, aber Taktik ist es, Benutzung auch unserer Gegner, und wie richtig diese Taktik ist, dafür kann ich wohl keinen besseren Beweis anführen, als eine Aeußerung Liebknecht's aus den letzten Jahren sogar. In der Vorrede zum Leipziger Hochverrathsprozeß, die im März 1894 geschrieben ist, kommt er auf die Entwicklung unserer Partei zu sprechen und die Mittel, durch die unsere Erfolge vorbereitet worden sind. Es heißt da:

„Solche Bündnisse und Verhältnisse sind in der praktischen Politik unvermeidlich, und unter verständigen Menschen sind sie auch durchaus ehrlich, man geht zusammen, so lange es nützlich ist, und trennt sich, sobald die Bedingungen des Zusammengehens erfüllt oder nicht mehr vorhanden sind, natürlich darf man sich nicht übertölpeln lassen.“ (Heiterkeit.)

ja gewiß, man darf sich nicht übertölpeln lassen. Wenn aber unsere Partei, als sie noch klein und unerfahren war, sich unter der Führung von Bebel und Liebknecht sich nicht übertölpeln ließ, weshalb sollen wir jetzt, wo wir noch immer dieselben alten erprobten Führer und außerdem junge Kräfte, die auch schon ihre Erfahrungen haben, nicht das Vertrauen besitzen, daß wir auch diesmal das richtige treffen?

Der Kölner Beschluß, sagt Liebknecht, hat der Partei genützt, ich muß ihm die Aufgabe zuschieben, nachher den Beweis dafür zu erbringen; bei der ersten Rede ist er ihn schuldig geblieben, bei aller Dialektik, über die er verfügt, dürfte es ihm verdammt schwer werden. (Heiterkeit.) Ich warne sie dringend, sich von den Sirenenstimmen, sie möchten diese Sache nicht als Reichs-, nicht als Parteiangelegenheit betrachten, sondern als spezifisch preußische, verlocken zu lassen. Am eindringlichsten kam dieser Rath von einem bayerischen Delegirten. Nun, daß nicht immer schlechtes aus Bayern kommt, dafür bin ich selbst das beste Beispiel (Große Heiterkeit). Wo aber gutes herkommen kann, kann auch schlimmes herkommen (Heiterkeit) und ich glaube, da haben die Bayern ihnen ein Ei ins Nest legen wollen, von welchem sie vielleicht selbst sich noch nicht klar geworden sind, was da für ein Küken herauskommen wird. Nein, Parteigenossen, das wollen wir nicht, und ich gebe den Genossen den dringendsten Rath, sich die Sache noch einmal zu überlegen. Nicht darum handelt es sich, den preußischen Parteigenossen nicht das zu gewähren, was ihnen gebührt, was den Sachsen, Bayern u. s. w. zusteht; Wir wollen keine Parteigenossen erster und zweiter Klasse. Wir wollen aber nicht auseinandergehen, wenn die dringendste Nothwendigkeit dafür nicht vorhanden ist (Lebhafter Beifall) und hier ist sie nicht vorhanden. Aber trotz alledem möchte ich sie warnen, diese schiefe Bahn zu betreten. Sie haben es auch nicht nöthig! Denn ob wir hier alle zusammen oder ob die Preußen für sich allein beschließen, oder ob die Preußen für sich allein abstimmen, die Erledigung der Einzelheiten wird doch Sache späterer preußischer Provinzial-Landtage und Wahlkreis-Zusammenkünfte bleiben müssen. Darüber ist kein Zweifel. Und vergessen Sie nicht, was Preußen in Deutschland ist. Ich möchte Sie an das Wort Bismarck's erinnern: der preußische Partikularismus ist der gefährlichste und schlimmste. Wenn in anderen kleineren Bundesstaaten sich derartige Sonderbestrebungen geltend machen, so können wir die Achseln darüber zucken, solange im übrigen großen Deutschland und vor allem in Preußen das Gefühl der gemeinsamen Sache nicht verloren geht. Aber wenn wir erst in Preußen solchen Sonderbestrebungen Platz gewähren, dann kommt es dahin, wovor Bebel in Erfurt warnte, dann zerfallen wir in eine bayerische, württembergische, badische und preußische Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Davor wollen wir bewahrt bleiben.

Weiter hat man es so hingestellt, als ob durch die Theilnahme an den Landtagswahlen die Thätigkeit für die Reichstagswahlen beeinträchtigt wird. Dieser Einwand ist absolut falsch. Wo will jemand nachweisen, daß in Sachsen die Reichstags-Wahlkämpfe nicht mit ebenso großer Energie geführt werden, wie in Preußen? Auch hier trifft das Wort zu, das eine thun und das andere nicht lassen. Der Genosse, der davon sprach, daß auf die Genossen ein Zwang zur Betheiligung ausgeübt werden soll, hat die Verhandlungen nicht mit genügender Aufmerksamkeit verfolgt. Kein Mensch denkt daran. Die Wahlenthaltung kann man verlangen, aber die Betheiligung setzt Verhältnisse voraus, die stärker sind als der einzelne und deshalb kann von Wahlpflicht nicht die Rede sein. In der Resolution steht auch vom Wahlzwang nichts, es heißt da ausdrücklich, daß die Wahlbetheiligung da stattfinden soll, wo die Verhältnisse es gestatten. Da, wo für unsere Partei nichts herauskommt, wo wir unseren Zweck nicht erfüllen, wo die Betheiligung nach jeder Richtung aussichtslos ist, kann sie jederzeit unterbleiben.

Ueber die Resolution selbst kein Wort. Wenn ich zu mäkeln anfangen wollte, so ließe sich das eine oder andere daran aussetzen, aber heute erfolgt ja nur die prinzipielle Entscheidung: Bleiben wir bei dem Kölner Beschluß oder heben wir ihn auf? Die einzelnen Vorschriften der Resolution können im Laufe der Zeit Aenderungen erfahren. Es soll nur die allgemeine Richtung bezeichnet werden, in der wir zu gehen haben. Die viel angefochtene Kompromißfrage brauchte vielleicht nicht darin zu stehen, sie steht aber einmal darin, und wenn wir diesen Punkt jetzt ablehnen, so würden wir damit indirekt aussprechen, daß wir von den Gegnern unter keinen Umständen Gegenleistungen erwarten. Heute handelt es sich nur darum, daß die preußische Sozialdemokratie Anweisungen für die Wahl bekommen soll und deshalb bitte ich Sie, den Kölner Beschluß aufzuheben und die Bebel'sche Resolution schlankweg anzunehmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Korreferent Liebknecht: Ich stimme mit Auer darin überein, daß die Frage nicht von den preußischen Genossen allein, sondern von dem ganzen Parteitag entschieden werden muß. Wir sind nicht eine bayerische, preußische und sächsische Sozialdemokratie, sondern die Sozialdemokratie Deutschlands. Ich habe Auer insofern mißverstanden, als ich glaubte, er hätte von einer Erleuchtung gesprochen. Genosse Hoch meinte, ich hätte gesagt, daß wir durch die Betheiligung die Junker zu einem Staatsstreich provozirten. Ich habe aber nur gesagt, daß wenn durch uns eine unbequeme Majorität in den Landtag käme, das Junkerthum in seinen Staatsstreichgelüsten noch bestärkt würde. Gegen den Vorwurf, als hätte der „Vorwärts“ die Gegner der Wahlbetheiligung in seinen Berichten bevorzugt, verwahre ich mich. Es ist nur eigenthümlich, daß im vorigen Jahre erklärt wurde, der „Vorwärts“ müsse zu allen Fragen Stellung nehmen, und daß uns jetzt der Vorwurf der Stellungnahme gemacht wird, obgleich der „Vorwärts“ sich gerade in dieser Frage ganz neutral verhalten hat.

Auer ist über den Unterschied hinweggegangen zwischen einem Erfolg aus einem Bündniß mit anderen Parteien oder aus eigener Kraft. Darüber herrscht in der ganzen Partei keine Meinungsverschiedenheit, daß wir da, wo wir aus eigener Kraft siegen können, sei der Erfolg auch noch so klein, in den Kampf eintreten müssen. Auer hat eine Bemerkung von mir in eine wunderbare Beleuchtung gestellt. In Sachsen hatte unsere Partei 15 Sitze inne, die nicht ohne weiteres aufgegeben werden konnten. Im ersten Moment vertrat ich die Anschauung, es sei das beste, die Mandate niederzulegen. Ich bin aber zu der Ueberzeugung gekommen, daß die Wähler über die Mandate zu verfügen haben, und diese Erwägung hat auch in Sachsen platzgegriffen. Der sächsische Parteitag beschloß mit großer Mehrheit die Betheiligung, und ich hielt es für selbstverständlich, daß die Minderheit sich fügte. Dann hätte viel besser der Beweis erbracht werden können, wie völlig entrechtet wir sind und wie unmöglich es ist, auf grund jenes Gesetzes unsere Kandidaten durchzubringen, und dabei habe ich dann das vielbesprochene Wort gebraucht, daß ich nebenbei aus dem Gefühl einer gewissen Bosheit handelte; denn jemehr agitirt würde, desto mehr mußte der für mich feststehende Mißerfolg zu tage treten. Wenn ich sagte, ehrlos wer jetzt nicht wählt, wo der Kampf entbrannt ist, so war mir das verteufelt ernst. Ich habe ja ausgeführt, daß es für uns sich gar nicht darum handelte, Mandate zu erwerben, sondern daß wir ähnlich wie der Züricher „Sozialdemokrat“ 1887 nach den Faschingswahlen schrieb, um aller Entmuthigung die Spitze abzubrechen, zwar Mandate verloren haben, aber an Stimmenzahl gewachsen sind. Dieser Zuwachs wiege weitaus den Verlust der Mandate auf. Ich deutete gleichzeitig einen Massenprotest an, aber was ist aus diesem Massenprotest geworden? Wir haben noch nicht einmal in der dritten Klasse die Mehrheit der Mandate bekommen. Es ist ja eine Eigenthümlichkeit des Dreiklassen-Wahlsystems, daß infolge des schwerfälligen Apparats die Massen außerordentlich schwer zu begeistern sind. In Sachsen ist der Beweis dafür erbracht und in Preußen, wo die Wahl nicht geheim ist, kann von einer Massenbetheiligung noch weniger die Rede sein. Die Genossin Zetkin hat hier mit einer Größe gerechnet, die nur in ihrer Phantasie besteht. Auer macht mir einen Vorwurf daraus, daß ich gesagt habe, eine fortschrittliche Majorität sei viel gefährlicher, wie eine Junkermajorität. Ich begreife nicht, wie Auer in ein sittliches Pathos gerathen konnte bei einem Satz, der in anderer Form tausendmal ausgesprochen ist. Die Sozialdemokratie ist groß geworden durch das Ungeschick ihrer Gegner. Und wäre in Deutschland ein liberales Regiment möglich, so würden die Sozialdemokraten nicht dieselben Fortschritte machen können. Daher hatte ich vollständig recht, daß die Junkermajorität weit weniger gefährlich wäre. Nun sagt Auer, ich hätte in der Vorrede zum Leipziger Hochverrathsprozeß selbst gesagt, man könne mit dem Gegner einen Kompromiß schließen, aber die Parteien, um die es sich damals handelte, waren Embryo-Parteien, die nicht in die Waagschale fielen; und andererseits spielte der sächsische Partikularismus mit, die Sachsen fühlten sich durch die preußische Wirthschaft bedrückt; sollten wir denn das nicht benutzen, dann müßten wir ja Thoren sein. Das wäre ein Platonismus in der Politik, eine mönchshafte Entsagungstugend, über die unsere Partei doch wahrhaftig hinaus sein sollte. Das wäre eine Dummheit und nichts weiter. (Sehr richtig!)

Wenn wir hier einen Kompromiß schließen, wie er vorgeschlagen ist, dann geben wir einen Theil unserer Grundsätze auf, man mag es drehen und wenden, wie man will. Wir stellen an die Unterstützung, die wir gewähren, Bedingungen, die mit unserem Programm nicht voll in Harmonie stehen, und das halte ich nicht für richtig. Ja, das ist die Demoralisation der Truppe, nicht im moralischen Sinne des Wortes, aber sie wird verwirrt, die Kadres lösen sich und das bleibt bestehen. Wo sind die Vortheile. Man hat uns vorgerechnet — seinen eigenen Vorschlag scheint ja Auer ganz aufgegeben und sich auf Bebel zurückgezogen zu haben — daß sechs, sieben, im günstigsten Falle zehn Fortschrittler mehr gewählt werden. Was macht das aus? Ist das der starke Wall gegen die Reaktion? Bebel will die Entscheidung den einzelnen Wahlkreisen überlassen, sie sollen allein bestimmen. Wer aber wird darüber wachen? Ach, Genossen, in jedem Kreis wird man Aussichten entdecken. Die Genossen sind ja so optimistisch, das sehen wir bei jeder Reichstagswahl und der Vorstand wird überschüttet werden mit Anfragen, er wird gar nicht überblicken können, was die Genossen thun. Die Ueberwachung ist einfach nicht durchzuführen. Der Vorstand kann nicht die Kompromisse verhüten, die der Partei zum Schaden und zur Unehre gereichen (Sehr richtig!), und wäre auch seine Arbeitskraft zehnmal größer, als sie ist. So kann ich mich unter keinen Umständen für die Betheiligung der Partei an den Landtagswahlen erklären. Auer hat eine Herausforderung an mich gerichtet, er hat den Beweis von mir gefordert, daß der Kölner Beschluß der Partei genutzt. Nun, darauf ist die Antwort leicht. Der Kölner Beschuß stellt den Klassencharakter der Partei unzweifelhaft fest. Er schließt den Kompromiß aus, er sagt, daß unsere Partei mit den anderen Parteien keine Gemeinschaft haben kann und darf. Darin liegt sein außerordentlicher Werth in taktischer Beziehung, er ist der werthvollste, den die Partei jemals gefaßt hat. (Beifall.) Es fällt mir nicht ein, lange Reden zu halten. Die Dinge liegen klar, die Erfahrungen, die in anderen Einzelstaaten mit der Betheiligung an den Landtagswahlen gemacht worden sind, beweisen nichts, denn dort sind die Erfolge der Partei ohne Kompromiß erzielt worden. Das Beispiel Sachsens zeigt, daß wir aus eigener Kraft Kandidaten in den Landtag nicht bringen können, daß ein Massenaufgebot auf grund des Dreiklassen-Wahlsystems nicht erreicht werden kann. Und weiter: selbst wenn 6, 7, 10 Oppositionelle mehr in den preußischen Landtag kommen, wird damit der Reaktion ein Damm entgegengesetzt? Wahrhaftig nicht. Wird damit die Junkerherrschaft beseitigt? Wenn die Junker über Beschlüsse des Reichstags hinwegschreiten, dann schreiten sie über Beschlüsse eines Dreiklassenwahl-Parlamentes zehnmal leichter hinweg. Wir Gegner der Betheiligung sind alles weniger, als Gegner des politischen Kampfes, aber dieser politische Kampf wird geradezu abgeschwächt durch die Betheiligung an den Landtagswahlen. (Sehr richtig.) Wenn wir den Kampf durch passende Waffen ausfechten können, dann ist es unendlich besser, als sich in solchen Scheinkampf einzulassen, wo wir neben oder nach dem ursprünglichen Vorschlag Auer's gar hinter der Fortschrittspartei einher marschiren.

Genossen! Glauben Sie nicht, daß die Bourgeoisie heute das erreichen kann, wo die Sozialdemokratie so mächtig ist, was sie erreichen konnte, als die Sozialdemokratie noch so schwach war. Ich will ein Wort wiederholen, das 1868 fiel: Die Fortschrittspartei wird im Kampf gegen Bismarck unterliegen, weil sie den Sozialismus und die Revolution mehr fürchtet, als das Junkerthum und den Staatsstreich. Eine Partei, die bei der letzten Reichstagswahl aus eigener Kraft nicht im stande war, ein Mandat zu erobern, sie vermag auch nicht, dem Junkerthum einen Damm entgegenzusetzen. Aus solchem Holz ist sie nicht geschnitzt. Statt uns auf die Fortschrittspartei zu verlassen, müssen wir alles Vertrauen auf uns selbst setzen. Durch die Sozialdemokratie allein wird der Damm geschaffen, an dem die Macht der Reaktion zerschellen wird. Wir haben mächtige Faktoren, die für uns kämpfen. Die Bourgeoisie, der Freisinn muß gegen bestimmte absolutistische Neigungen Front machen. Darum brauchen wir nicht hinter ihr her zu marschiren und mit ihr Freundschaften und Bündnisse abzuschließen. Die Genossin Zetkin hat in ihrer schlagfertigen, und ich möchte sagen, sogar schlagwortfertigen Rede (Heiterkeit) damit geschlossen, wir wollen heute wagen und morgen schlagen. Das ist außerordentlich schön. Aber nicht die Fortschrittler ermöglichen uns, das Junkerthum zu schlagen. Diese Kraft liegt allein im Proletariat. Die Kraft nehme ich ihm, wenn ich der Partei den Klassencharakter nehme. Statt gekräftigt zu werden, wird das Proletariat entmannt. Und gerade damit wir schlagen können, lehnen Sie den Bebel'schen Antrag ab und glauben Sie dem Bebel von Köln mehr als dem Bebel von Hamburg. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Singer: Die Abstimmung kann nach unserem Beschluß erst morgen vorgenommen werden. Wir sind also am Ende.

Auer zur Geschäftsordnung: So gut, wie wir den Beschluß vorher gefaßt haben, können wir ihn auch wieder umstoßen!

Singer: Ich bin allerdings der Meinung, daß wir das den auf grund unseres Beschlusses abgereisten Delegirten schuldig sind, unser Wort zu halten. (Zustimmung.)

Singer verliest ein Telegramm, wonach in Hagen, der Hochburg Eugen Richter's, die Arbeiter bei den Gewerbegerichts-Wahlen sämmtliche Plätze der Arbeitnehmer erobert haben.

Damit schließt die Sitzung gegen 1/28 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Zu dem nunmehr als beendigt anzusehenden Former-ausstand nehmen verschiedene bürgerliche Blätter Stellung. Die „Vossin“ legt dem einen Referenten von gestern Abend, Litfin, den Unsinn in den Mund, er habe gesagt, daß vor dem Gewerbegericht „in hundert, ja tausend Fällen“ festgestellt worden sei, daß die Unternehmer schwarze Listen führen. Daß in einer mehrstündigen Verhandlung vor Gericht nicht hunderte, geschweige denn tausende von Fällen „festgestellt“ werden könnten, hat selbstverständlich Litfin nicht behauptet; aber sicher ist, daß die Organisation hunderte von solchen Maßregelungen festzustellen in der Lage ist. Vor dem Gewerbegericht sind von Litfin nur einige Fälle zur Charakterisirung des Systems angeführt worden. Daß die „versuchte Feststellung“ des einen Falles „vollständig mißglückt“ sein soll, „wie aus dem amtlichen Stenogramm über die Verhandlungen vor dem Gewerbegericht nachgewiesen werden kann“, hat der alten Tante Voß wohl ein Unternehmer ins Ohr getuschelt. Denn, daß einer der Unternehmer auf die Anklagen Litfin's aufstand und — kein Engel ist so rein — behauptete, er wisse nichts von schwarzen Listen, ist doch kein Beweis. Der Metallindustriellen-Verband ist dafür bekannt, daß er das System der schwarzen Listen in der rigorosesten Weise handhabt und es wäre gut, wenn der Verband der Metallarbeiter einmal dies Material sammelte und dem Publikum zugänglich machen wollte.

Den Streit, ob die Unternehmer vor dem Einigungsamte sich „protzenhaft“ benommen haben oder nicht, wollen wir mit der „Vossin“ nicht weiter führen. Das ist eben Sache des subjektiven Empfindens.

Die „Volks-Zeitung“ und die „Frankfurter Zeitung“ weisen beide darauf hin, daß, wenn die Unternehmer mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen in Verbindung treten würden, diese und so manche andere Differenz nicht zu solchen Dimensionen auswachsen würde. Das ist auch oft genug schon von uns betont worden und da die Unternehmer das stets ablehnen, trifft sie allerdings in letzter Linie die Schuld auch für den Borsig'schen Ausstand.

* * *

Bezüglich der gestrigen Abstimmung über die Einigungsvorschläge ist bis jetzt das Resultat aus 18 Gießereien bekannt, in welchen am Montag 356 Former die Arbeit aufnehmen werden. 56 Former bleiben somit noch ohne Beschäftigung. Aus acht Gießereien fehlt das Resultat.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Mülhausen i. E., 8. Oktober. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Strafkammer in Mülhausen verurtheilte den Reichstags-Abgeordneten Bueb wegen sieben Vergehen zu zehn Monaten Gefängniß.

Hamburg, 8. Oktober. (W. H.) Auf Antrag des Danziger Generalkommandos ist seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft gegen den Redakteur des „Hamburger Generalanzeigers“, Dr. Bruno Wagner, eine Untersuchung eingeleitet worden, und zwar wegen des Abdrucks einer Depesche aus Danzig, in der es für sittlich berechtigt erklärt wurde, wenn Militärposten auf Personen, die wegen geringfügiger Vergehen verhaftet worden sind und die Flucht ergreifen, nicht schießen. Die Strafverfolgung geschieht wegen Aufforderung des Militärs zum Ungehorsam gegen militärische Vorschriften. Der dolus eventualis und der ambulante Gerichtsstand der Presse dürften bei dieser Angelegenheit eine große Rolle spielen.

Triest, 8. Oktober. Bei Castelnuovo wurden zwei Männer und eine Frau erfroren aufgefunden. Auf dem Monte maggiore und in der Umgebung von Görz herrscht starker Schneesturm.

Paris, 8. Okt. (W. T. B.) Bei der Berathung des Heeres-Budgets verwarf die Budget-Kommission — unter dem Vorbehalt, daß der Minister noch gehört werden solle — mit 10 gegen 8 Stimmen die Vermehrung des Truppen-Kontingents.

London, 8. Oktober. (W. T. B.) Die Vereinigte Genossenschaft der Maschinenbauer fordert in einem heute erlassenen Manifest alle Mitglieder der „Trade Unions“ zu Geldunterstützungen auf.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Nr. 236. 14. Jahrgang. 1. Beilage des „Vorwärts" Berliner Volksblatt. Sonnabend, 9. Oktober 1897.

Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Fünfter Verhandlungstag.

Freitag, den 8. Oktober. — Vormittags-Sitzung. 9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Singer.

Verschiedene Begrüßungsschreiben sind eingelaufen.

Von der Mannheimer Aktien-Druckerei ist ein Schreiben, gezeichnet August Dreesbach, eingegangen, in dem ersucht wird, folgende Erklärung zur Kenntniß des Parteitags zu bringen:

„Nach dem stenographischen Bericht des „Vorwärts" über die Verhandlungen des Parteitages der deutschen Sozialdemokratie hat Genosse A. Geck bei der Empfehlung der Verstaatlichung seines „Volksfreundes" den Ausspruch gethan:

„Die Mannheimer „Volksstimme" ist nur ein Lokalblatt mit unbedeutender Abonnentenzahl."

Wir halten es für angezeigt, demgegenüber festzustellen, daß die „Volksstimme" einen Abonnentenstand von 5000 Abonnenten im badischen Unterlande hat. Außerdem ist die „Volksstimme" ein Tageblatt, während der „Volksfreund" nur dreimal wöchentlich erscheint."

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält zu einer Erklärung das Wort

Gerisch: In der vorgestrigen Verhandlung hat, während ich wegen einer Sitzung der Mandatsprüfungs-Kommission nicht anwesend war, Morawski nach dem Berichte des „Vorwärts" mir folgende Worte in den Mund gelegt, die ich bei einer Zusammenkunft mit den polnischen Genossen gethan haben soll:

„Dann seid Ihr keine Sozialdemokraten, wenn Ihr Polen seid".

Aus dem Zusammenhang gerissen ergiebt diese Aeußerung ein völlig falsches Bild meiner Ansicht. Es klingt so, als hätte ich den polnischen Genossen bestritten, Sozialdemokraten zu sein. Ich habe aber gesagt:

„Wenn Ihr statt die Arbeiter zur Erkenntniß ihrer Klassenlage zu bringen, die polnische Frage in den Vordergrund stellt, dann seid Ihr Polen und keine Sozialdemokraten." (Bravo!)

Es wird in die Tagesordnung eingetreten.

Die Delegirten des vierten Berliner Wahlkreises theilen mit, daß Antrag 69 irrthümlich an den Parteivorstand geschickt sei, während er nur eine Resolution der Parteiversammlung vorstelle. Der Antrag muß demnach als hinfällig und nicht gestellt betrachtet werden.

Das Wort erhält nunmehr

Korreferent Liebknecht: Genossinnen und Genossen. Ich werde mich bemühen, alles, was nicht absolut zur Sache gehört, bei seite zu lassen, damit wir womöglich heute noch mit der Diskussion zu Ende kommen können. Vor allen Dingen werde ich mich nicht mit dem Charakter des Dreiklassen-Wahlsystems beschäftigen; denn darüber sind wir alle einig und es wird nicht einer von uns sein, der nicht vollständig auf dem Boden von Köln steht. Die Frage ist nicht die: sollen wir das Dreiklassen-Wahlsystem brandmarken? — sondern: sollen wir, so lange es besteht, uns an der Wahl betheiligen? In einem Punkte stimme ich mit Auer vollkommen überein: Diese ganze Frage ist nicht eine Frage des Prinzips, sondern der Taktik. Das habt Ihr, Genossen, von vornherein alle anerkannt, und damit ist dieser ganzen Debatte jeder persönliche Charakter und jedes gehässige Moment genommen worden. Ich stehe nicht an zu erklären, daß die Art und Weise, wie diese die Interessen unserer Partei so tief berührende Frage behandelt ist, geradezu mustergiltig gewesen ist.

Wenn die Gegner sich schon gefreut haben, daß es zu heftigen Auseinandersetzungen kommen werde, so wird diese Freude sich bald in Leid verwandeln. Denn wenn ich auch überzeugt bin, daß so mancher mit dem Resultat, welches die Debatte haben wird, nicht ganz zufrieden sein wird, so steht das eine doch von vornherein fest, wie auch immer die Entscheidung ausfallen möge, die Disziplin in unserer Partei und das Vertrauen ist ein so großes, daß von einer Trennung der Partei, von einer Nichtbetheiligung an dem, was beschlossen ist, nicht die Rede sein kann. Wir haben ja an einem anderen Beispiel — ich muß das ja leider erwähnen — in Sachsen gesehen, wie gefährlich es ist, wenn in einer solchen Frage, wenn auch von einer noch so kleinen Minorität eine abweichende Taktik befolgt wird. Dessen sind wir alle sicher, und unsere Gegner werden aus den Debatten ersehen, daß, wenn auch unsere Meinungen weit auseinandergehen, doch die Partei einig ist in dem Bestreben, von welchem jeder von uns erfüllt ist, das zu thun, was im Interesse der Partei liegt. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß eine Debatte, wie sie bisher über die Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen geführt ist, von keiner anderen Partei in so objektiver Weise hätte geführt werden können. Und das erklärt sich daraus, daß unsere Partei, wenn das persönliche Moment hier naturgemäß auch vorhanden ist, es doch weit mehr als in jeder anderen Partei hinter dem allgemeinen Interesse zurücksteht. Bei uns hat es stets geheißen: Erst kommt die Sache und dann die Person.

Es ist nun in Köln vor vier Jahren einstimmig der Beschluß gefaßt worden, daß wir uns unter dem Dreiklassen-Wahlsystem nicht an den Landtagswahlen in Preußen betheiligen können. Seitdem ist nun ein Umschwung in einzelnen Kreisen der Partei eingetreten, es ist das Wort gebraucht — wenn ich nicht irre, von Auer — die Erleuchtung ist über manche bisher nicht erleuchtete Köpfe gekommen. Jedenfalls ist das eine Frage, die Jahre lang geruht hat und jetzt wieder im Vordergrunde steht. Hat denn die Lage seit Köln sich geändert? Es wird das von den Freunden der Wahlbetheiligung behauptet. Das leugne ich vollständig; die Lage hat sich im großen und ganzen absolut nicht geändert seit 1893. Jetzt sagt man zwar: Ja, das Junkerthum ist unendlich mächtig geworden, in der Kammer ist neulich blos mit einer Majorität von 8 Stimmen das kleine Sozialistengesetz für Preußen zurückgewiesen worden; das giebt zu denken. Ja, ist denn das etwa wahr, ist etwa das Junkerthum heute stärker, als es 1893 gewesen ist? Was ist denn Bismarck gewesen? Daß das Junkerthum jetzt immer im Vordergrunde steht, ist das etwa eine Erscheinung, die sich auf Deutschland beschränkt? Das Junkerthum ist ja etwas spezifisch preußisches, aber sehen wir nicht, daß überall da, wo der Klassenkampf mächtig ist, das zur Kapitalistenklasse entwickelte Bürgerthum die Sozialdemokratie fürchtet? Blicken wir doch zurück! Man sagt irrthümlicherweise, daß das französische „Bourgeois" mit dem deutschen Wort „Bürger" sich deckt, aber das Bürgerthum ist immer demokratisch gewesen, dies Bürgerthum hat in England die Revolution gemacht, es hat in Frankreich die Revolution gemacht und sich Vortheile dem Adel und der Geistlichkeit gegenüber erkämpft. Aber der heutige Kapitalismus, weil er die Unterdrückung der Arbeiterklasse zur Existenzbedingung hat, muß versuchen, auch diese Arbeiterklasse, die er ausbeutet, zu unterdrücken, und von dem Augenblick an, wo die arbeitende Klasse für sich die gleichen Rechte fordert, muß der Kapitalismus reaktionär werden. Ich erinnere Sie nur an die französische Revolution.

Und was hat unser Bürgerthum gethan? 1848 war es doch durch und durch demokratisch — es hat sich Bismarck in die Arme geworfen. Heute ist das Bürgerthum, soweit es kapitalistisch ist, der Hort der Reaktion; das liegt in den Verhältnissen begründet und würde auch der Fall sein, wenn wir kein preußisches Junkerthum hätten. Und ist denn der preußische Junker gefährlicher als der König Stumm? Bei der Rückständigkeit unseres Bürgerthums hat allerdings die Reaktion bei uns in Deutschland einen etwas plumperen Charakter angenommen als in anderen Ländern, aber im allgemeinen ist es dasselbe. Und glaubt Ihr, Genossen, wenn wir aus dem preußischen Landtag die Junker entfernen könnten, wenn statt einer Mehrheit von 8 Stimmen, mit der die lex Recke verworfen wurde, eine starke Majorität aus oppositionellen Elementen hineingebracht würde, glaubt Ihr, daß das für das Junkerthum oder diejenigen, die jetzt in Deutschland die reaktionäre Arbeit verrichten, ein Hinderniß wäre? Wo hat sich denn die Situation verändert? Etwa, daß die reaktionäre Arbeit jetzt in den Landtag verlegt wird? Hat nicht schon vorher immer die Regierung heute das Reich gegen die Einzelstaaten und morgen die Einzelstaaten gegen das Reich ausgespielt? Was würde denn eine oppositionelle Mehrheit zu bedeuten haben? Die Gefahr des Junkerthums liegt doch darin, daß es sich überhaupt um den ganzen Parlamentarismus nicht bekümmert; es erkennt ihn nicht an, es will das absolute Regiment, will dem König und dem Kaiser das Recht geben, über die Köpfe der Parlamentsmehrheit hinweg zu regieren. Das gefährliche bei uns in Deutschland ist, daß das parlamentarische Regiment nicht gesichert ist (Sehr wahr!), daß die Grenze zwischen der Macht der Regierung und des Reichstags nicht gezogen ist, daß der Reichstag bis zu einem gewissen Grade noch in der Luft steht. Der Staatsstreich droht uns, mit ihm müssen wir rechnen. Und wie steht es mit dem Landtag? Das Wort von dem elendesten aller Wahlsysteme sprach Bismarck, weil es ihm zur Zeit des Verfassungskonflikts eine radikale Mehrheit brachte, deren Widerstand er nicht überwinden konnte; und hat er nicht trotzdem die Armeereorganisation durchgeführt, hat er nicht trotzdem die Kriege begonnen? Und wenn wir heute eine radikale Majorität im Abgeordnetenhause mit oder ohne unsere Hilfe hätten, würde sich die Regierung etwa um sie kümmern und ihre Beschlüsse? (Sehr richtig!) Wir haben es eben mit Gegnern zu thun, die den Parlamentarismus nicht so ernst nehmen, wie wir. (Sehr gut!)

Die politische Situation hat sich also nicht geändert, wohl aber hat sich das Landtags-Wahlrecht verändert. Ist es aber besser geworden? Nein. Die Reform war eine Reform nach rückwärts. Die Miquel'sche Steuergesetzgebung hat den reaktionären und plutokratischen Charakter des Wahlrechts nur verschärft. Wenn es also damals unmöglich war, Vertreter der Sozialdemokratie in den Landtag zu bringen, so ist es jetzt doppelt und dreifach unmöglich geworden. Daran ist einfach nicht zu denken und sollte noch jemand zweifeln, nun, wir haben ja einen Versuch gemacht in Sachsen. Die Aenderung des Wahlrechts dort gab der sächsischen Regierung so sehr die Sicherheit, daß kein Sozialdemokrat mehr in den sächsischen Landtag gewählt werden könne, daß sie auf eine Bestimmung verzichtete, die im preußischen Landtags-Wahlgesetz enthalten ist, nämlich auf die, daß die Wahlhandlung öffentlich ist. In Preußen ist sie es. Der Wähler, der Arbeiter, muß nicht nur den Namen des Kandidaten nennen, den er als Wahlmann haben will, er muß mit seinem Arbeitgeber zusammen wählen, alle drei Klassen wählen zusammen, er muß vor dem Unternehmer Revue passiren. Unsere Genossen wissen, wie unangenehm das ist, wie viele unserer Wähler dadurch abgeschreckt werden. Die sächsische Regierung, so außerordentlich human, wie sie ist, verzichtet auf diese Erschwerung, und wir haben in Sachsen die Probe aufs Exempel gemacht. Die sächsischen Genossen hatten den Beschluß gefaßt, nicht gegen die Wahlrechtsverschlechterung dadurch zu protestiren, daß die Mandate hingeworfen werden, sondern den Versuch zu machen, unter der Herrschaft dieses Wahlrechts sozialdemokratische Abgeordnete in den sächsischen Landtag zu bringen.

Ich selbst war ursprünglich der Meinung, daß es besser sei, durch Wahlenthaltung zu protestiren; als aber die sächsische Landesversammlung den entgegengesetzten Beschluß faßte, da hat mich, wie ich gestehen will, der Beschluß nach genauer Ueberlegung sehr gefreut; und zwar deshalb, weil ich mir sagte: hätten wir nicht alle Kraft daran gesetzt, auch unter dem Scheinrecht Mandate zu erobern, dann hätte die sächsische Regierung gesagt: Ja, Ihr habt's ja nicht einmal probirt. (Sehr richtig!) Ich habe mich selbst an der letzten Wahlagitation in Sachsen betheiligt, habe alle meine Kraft in die Wagschaale geworfen. Ich gebe zu, daß ich einen Hintergedanken dabei hatte. Mit einer gewissen Bosheit sagte ich mir: Je größer unsere Anstrengungen hier sind, ohne daß ein Resultat erzielt wird, desto schwerer wirkt die Argumentation gegen die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen. (Sehr richtig.) Ich bedauere, daß die Kraftanstrengung unserer sächsischen Genossen von der „Leipziger Volkszeitung" als untergeordnet bezeichnet worden ist. (Sehr richtig.) Gerade die Sonderpolitik der Leipziger Genossen hat es unmöglich gemacht, die Agitation in Sachsen überall mit gleichmäßiger Energie zu betreiben. Ich habe die Energie der sächsischen Genossen bewundert und auch die Resultate, die auf dem neuen, dem unbekannten Kampfboden erreicht wurden. Freilich, in der ersten und zweiten Wählerklasse haben wir sogut wie keine Wahlmänner durchgesetzt, unsere Mandate sind verloren gegangen, bis auf eins, das an einem Faden hängt, in dem die Partei vermuthlich ein Haar finden wird. (Sehr richtig.) Es ist nur zu haben durch einen Kompromiß mit den Antisemiten. Und da sage ich: Wenn ich mich auf die Fallbrücke des Kompromisses begebe, dann lieber noch mit einem ehrlichen Konservativen, als mit dieser Demagogenpartei, die heute so, morgen so sagt, das Volk aber unter allen Umständen verrathen wird. (Bravo!)

Jeder, der das preußische Wahlrecht studirt, der die Ergebnisse der letzten sächsischen Landtagswahlen studirt, sieht ein, daß wir aus eigener Kraft einen Kandidaten nicht wählen können. Das wird jetzt auch zugegeben von den meisten, deshalb soll ein anderer Weg gegangen werden.

Zunächst einige Worte, die sich mit meiner eigenen Person beschäftigen. In den bürgerlichen Blättern wird mir eine besondere Verbissenheit gegen das Bürgerthum, ein starres Festhalten an alten Vorstellungen vorgeworfen, ich werde als Doktrinär bezeichnet, der jeder praktischen Politik entgegentritt. Wenn ein Vorwurf jemand gegenüber je unberechtigt war, so ist es dieser. Ich bin sehr früh in den politischen Kampf in Deutschland eingetreten. Auer hat mir eine Rede aus dem Jahre 1869 vorgehalten. Ich habe mich damals sehr geringschätzig über das allgemeine Stimmrecht ausgesprochen, über das allgemeine Stimmrecht wohl verstanden unter dem Absolutismus. Damals gab es noch den Norddeutschen Bund, eine offenbar provisorische Schöpfung. Das allgemeine Stimmrecht ist damals überschätzt worden von vielen. Ich habe mir die Motive Bismarcks für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts klar gemacht. Diese Politik Bismarcks war ihm empfohlen von dem bekannten Geheimrath Wagener und hatte zum Muster die Politik Napoleons III., der den modernen cäsaristischen Absolutismus begründet hat. Die französische Bourgeoisie hatte nach der Junischlacht das allgemeine Wahlrecht aufgehoben. Napoleon beseitigte diese Beschränkungen wieder, aber er hat dafür gesorgt, daß das allgemeine Wahlrecht nur ein Spielzeug in den Händen des Volkes wurde. In Frankreich konnte keine Wahl gegen den Willen der Regierung ausfallen, nur die offiziellen Kandidaten wurden gewählt mit wenigen Ausnahmen, die die Regierung selber zuließ. Das war ein Wahlrecht, wie es dem Fürsten Bismarck vorschwebte. Freilich, er hat sich geirrt. Aus dem Spielzeug ist eine mächtige Waffe in den Händen des Proletariats geworden; der Absolutismus hat in Deutschland niemals den konzentrirten und einheitlichen Charakter gehabt, wie in Frankreich. Der Standpunkt also hat sich nicht verändert. Ich habe mich damals geirrt, ich habe mich in meinem Leben noch hundertmal geirrt, und ich halte jeden Menschen, der seine Irrthümer nicht eingesteht und sich fortentwickelt, für minderwerthig. Was speziell die Frage der Taktik betrifft, so habe ich ja einmal das Wort gesprochen: wenn die Verhältnisse an einem Tage sich 24 mal ändern, so ändere ich meine Taktik 24 mal am Tage. Taktik ist eine Frage der Verhältnisse, sie allein haben zu entscheiden.

Also ich soll hier von einem schroffen Haß gegen die Bourgeoisie erfüllt, ich soll ein Feind der bürgerlichen Freiheit sein. Nun, ich war ja damals thätig, als die Regierung den Versuche machte, den Sozialismus vor den Karren der Bismarckschen Reaktion zu spannen: Wer ist es denn, der damals in erster Linie diese Versucht bekämpft hat? Wer ist es denn, der von Schweitzer hundertmal beschuldigt worden ist, die Geschäfte der Bourgeoisie zu besorgen? Ich bin bei allen Gelegenheiten für bürgerliche Freiheit eingetreten. Lesen sie doch einmal das Kommunistische Manifest; da heißt es:

„Ueberall, wo das Bürgerthum für demokratische Forderungen eintritt, ist es im Interesse der Arbeiterpartei, die Bourgeoisie zu unterstützen."

Das ist allezeit die Taktik der Partei gewesen, ich habe sie befürwortet, und sie wird stets die Taktik der Partei bleiben. Also dies Argument läßt sich gegen mich nicht anwenden.

Es sind nun zwei verschiedene Strömungen. Die einen sagen, wir müssen mit der Fortschritts- oder einer anderen Oppositionspartei ein Wahlbündniß schließen. Auf diesen Ausdruck hat man wohl verzichtet; mit einem Leichnam kann man sich nicht verbinden, und bei uns in Deutschland ist die Fortschrittspartei ein Leichnam. Es ist gesagt worden, wir sollen ihn zu neuem Leben galvanisiren, das Gleichgewicht wiederherstellen, das dadurch verschoben ist, daß die Sozialdemokratie der Fortschrittspartei ihre Landtagswähler abgenommen hat. Das ist ja aber doch ein außerordentlich großer Vortheil für uns gewesen! Darin liegt doch, daß wir allmälig die Fortschrittspartei gleich allen anderen kapitalistischen Parteien überwinden werden. Nun sie wieder zurückgeben, das heißt doch den Kampf, den wir geführt haben, für thöricht zu erklären. (Sehr richtig!) Man spricht von einem Kompromiß. Ich bin gewiß kein Gegner von Kompromissen. Vor 30 Jahren schon habe ich geschrieben, daß das ganze politische Leben eine Summe von Kompromissen ist zwischen verschiedenen Weltanschauungen, zwischen verschiedenen Interessen. In der französischen Revolution ist niemals tabula rasa gemacht worden; das ist eine Anschauung, die blos politische Kinder haben oder allenfalls unsere Regierung und Polizei. Für die Politik spielt das Gesetz vom Parallelogramm der Kräfte ebenso gut wie in der physischen Welt seine Rolle. Das erkenne ich vollständig an, und wenn ich aus einem Kompromiß mit einer anderen Partei irgend einen Vortheil sehen würde, so würde ich unbedingt zugreifen. Auer hat gestern gesagt, wir sollten für solche Fortschrittler eintreten wie Johann Jacoby und Guido Weiß. Ja, wo sind solche Fortschrittler heute? (Sehr wahr!) Jacoby ist Sozialdemokrat geworden und Guido Weiß ist mit seinem Herzen auch auf unserer Seite. Aber heute ist die Fortschrittspartei eine Partei, die nicht demokratisch ist, und ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich eine Fortschrittsmajorität, erreicht durch unsere Stimmen, für ein gefährlicheres Uebel halten würde, als eine Junkermajorität im Landtage, und ich will Ihnen auch gleich sagen, warum! Die Junkermajorität erregt die Massen, treibt sie in unser Lager, und eine fortschrittliche Majorität würde aus unserem Lager gar manchen entfernen. Je mehr der Kampf sich zuspitzt, desto größer ist unser Vortheil, eine Abschwächung des Kampfes wird auch eine Abschwächung der Gegensätze. (Sehr richtig!)

Aber wenn wir nun auch vermittelst eines Kompromisses eine Majorität von Fortschrittlern, meinetwegen auch einige Sozialdemokraten, in den Landtag bringen, welche Garantie haben wir denn gegen eine Vergewaltigung? — nicht die mindeste. Das Uebel sitzt eben weit tiefer; durch Ausnutzung des Dreiklassen-Wahlsystems kommen wir nicht über den Berg. Das Uebel sitzt tiefer; es liegt in der Unmöglichkeit für den Kapitalismus, auf friedlichem Wege, unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts das Staatsruder in der Hand zu behalten. Nehmen Sie das Wort Staatsstreich nicht leichthin! Nein, der Staatsstreich, er wird allmälig, wenn der Sozialismus die Majorität im deutschen Volke gewinnen sollte, unseren Gegnern in der einen oder anderen Form geradezu aufgezwungen. Darin liegt die Gefahr. (Beifall.) Muß sich nicht — gerade wie sich Moltke fragte, als die französische Armee immer stärker wurde: wollen wir nicht angreifen, ehe sie uns angreifen? — muß nicht da das Junkerthum, der Kapitalismus, der uns fürchtet, sich dieselbe Frage vorlegen? Damit haben wir zu rechnen und dagegen ist eine Majorität im Landtage gar kein Schutz. Und dann, was soll denn durch eine Majorität im Landtage überhaupt erreicht werden? Sobald die Majorität der Regierung unbequem wird, so wird sie beseitigt. Das Abgeordnetenhaus kann ebenso wie der Reichstag in unbeschränkter Weise aufgelöst werden. Das hat Bismarck schon zur Zeit des großen Konflikts gethan. Und wenn dann schließlich die bürgerlichen Elemente blos gestärkt sind durch die Sozialdemokratie, wenn das Bürgerthum blos durch sozialdemokratische Stimmen in den Landtag kommt, oder vielleicht aus Gnade und Barmherzigkeit noch einige Sozialdemokraten mit hineinkommen lassen, um deren Stimmen sich zu erkaufen — was haben wir denn damit erlangt? Ist denn das Bürgerthum eine größere Macht geworden? Weiß die Regierung denn nicht ebenso gut wie heute, daß die Fortschrittspartei abgewirthschaftet hat? (Sehr richtig!) Es ist doch nicht blos das Dreiklassenwahl-System, was das vollständige Abwirthschaften des bürgerlichen Liberalismus verursacht hat, denn in den Reichstag sind ja kaum mehr Fortschrittler gewählt, als in den Landtag. Wenn das Bürgerthum nicht gegen das Junkerthum vorgeht, dann ist absolut nichts erreicht, und wenn das Bürgerthum sich ermannt, wenn es so stimmt, wie 1862, 63 und 64, wenn wirklich ein Wiederaufleben vorhanden ist, dann sage ich ja nicht, daß das ein großer Vortheil ist, aber dann würde eine solche Majorität der Regierung jedenfalls mehr imponiren als eine Majorität, die durch unsere Hilfe erlangt ist; aber die Fortschrittspartei wird nicht dadurch lebensfähig, daß wir sie in den Landtag hineinbringen.

Es soll ein Kompromiß geschlossen werden. Ich sagte ja schon, gegen das Wort Kompromiß oder gegen diesen Begriff habe ich nichts einzuwenden, aber der Vorschlag, den Bernstein in der „Neuen Zeit" gemacht hat, wie man ihn auch nennen will — ein Handeln ist es und ein Schachern bleibts, und mögen Sie die Sache noch so verklausuliren, es wird nicht zu vermeiden sein, daß wenn wir auf ein Kompromiß eingehen, die schmählichsten Händel stattfinden. (Sehr richtig!) Wir sprachen gestern von Essen. Unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechts haben dort die Genossen sich dafür gewinnen lassen, für einen Kapitalisten allerersten Ranges gegen einen der Zentrumspartei angehörigen Arbeiter zu stimmen. Ja, wenn dies am grünen Holz geschieht, was wird dann erst am dürren Holz des Dreiklassen-Wahlsystems geschehen? (Sehr gut!) Dann wird gesagt: Die Sozialdemokratie ist so klug, die läßt sich nicht umgarnen. Ich wollte, das wäre wahr, aber es ist wohl keiner hier, der das glaubt. (Sehr richtig!) Beispiele sind gehässig, aber ich könnte so manches Beispiel anführen; das kommt vor von Seiten der besten Parteigenossen. Wo zum Beispiel der Kulturkampf zwischen Nationalliberalen und Zentrum tobt, da ist eine Ideenverwirrung in den Kreisen der Genossen vorhanden, die sehr leicht auch zu einer Verwirrung im Handeln und zu starker Korruption führen könnte. Ich wies schon vorher auf Sachsen hin, wo die Sozialdemokraten einen Handel mit den Antisemiten versucht haben, der, wie ich höre, noch nicht vollständig abgebrochen ist. Ja, das wird dann in unendlicher Masse kommen, und es wird sehr schwer sein, keine Korruption einreißen zu lassen, die zu einer Demoralisation führen müßte. Wir sollen Kompromisse machen mit den Freisinnigen. Bei den Landtagswahlen wird dann unseren Genossen gesagt: Für Eugen Richter habt Ihr zu stimmen, Ihr habt zu stimmen für Parisius und wie sie alle heißen, diese fortschrittlichen Größen. Nun kommt der Schlachtruf zur Reichstagswahl. Da heißt es: Rechtsum kehrt! Die Schlachtordnung ist geändert, jetzt

geht es gegen dieselben Leute. (Sehr gut!) Wer Soldat gewesen ist, der weiß: eine Schlacht, innerhalb deren die Schlachtordnung gewechselt werden muß, ist stets eine verlorene. Unsere Genossen wissen ja nicht mehr, wo hinaus, wenn sie einmal die Weisung bekommen: „Nieder mit den Fortschrittlern!" und ein anderes Mal Hand in Hand mit ihnen gehen sollen. Auch die bestgeschulte Armee hält das im Felde nicht aus, und unsere Partei würde schon durch eine derartige Politik zu leiden haben. (Sehr richtig!)

Die Gefahren eines Kompromisses werden ja auch von vielen unserer Genossen, die für Betheiligung sind, eingesehen, und sie sind deshalb zu einem anderen Vorschlage gekommen, der merkwürdigerweise von einem Genossen ausgeht, der ihn heute aufs heftigste bekämpfen wird. Aber der Vorschlag ist von anderer Seite wieder aufgenommen. Wir sollen von vornherein unsere Wähler, soweit sie überhaupt an die Wahlurne treten können, beauftragen, für einen Fortschrittler oder den Angehörigen einer anderen Partei zu stimmen, der sich auf gewisse Forderungen verpflichtet, ähnlich wie es bei den Stichwahlen zum Reichstage der Fall ist. Aber bei den Stichwahlen zum Reichstage sind wir in unserem eigenen Hause, da geben wir aus unseren eigenen Mitteln eine Unterstützung, hier aber haben wir zum Feind zu kommen, hier haben wir ihm die ganze Macht zu geben, die wir ihm bei den Reichstagswahlen zu entziehen suchen. Das ist doch etwas ganz anderes. Und die Fortschrittspartei ist keineswegs im stande, im Landtage das zu thun, was wir von ihr erwarten müssen; sie ist schwach geworden durch die Entwickelung des Kapitalismus. Das liegt in der Natur der Verhältnisse, und ich sehe hierin ja gerade einen ungeheuren Vortheil für unsere Partei. Sollen wir den Sieg über die Fortschrittspartei wieder aus der Hand geben? Ich sehe keinen Grund, daß wir das, was wir mühsam der Fortschrittspartei abgenommen haben, ihr wieder zurückgeben sollen. Das wäre die Politik jenes Arztes, der Leuten bei Nacht mit Säbeln Wunden beibrachte, damit er sie am andern Tage wieder heilen konnte. Nein, das ist doch wahrhaftig keine Taktik, welche unserer Partei irgendwie nützen kann.

Gerade von solchen, welche in der schärfsten Weise betonen, daß die Partei ihren proletarischen Charakter behalten müsse, ist gesagt worden, wir müssen uns an der Landtagswahl betheiligen, denn dadurch stärken wir die Partei. Der proletarische Charakter der Partei soll dadurch aufrecht erhalten werden, daß wir mit Eugen Richter Hand in Hand gehen? (Sehr gut!) Ich glaube, wer das geschrieben hat, bei dem haben die Finger nicht gewußt, was der Kopf dachte, oder der Kopf nicht bedacht, was die Finger schrieben. (Sehr gut!) Worin besteht die Stärke unserer Partei? Gerade in ihrem proletarischen Charakter, nicht im Sinne der schwieligen Faust, sondern in dem Sinne, daß wir erkannt haben, daß nur aus der unterdrückten Arbeiterklasse die Sozialdemokratie ihre Kraft ziehen kann. In diesem proletarischen Charakter liegt unsere ganze Kraft und wenn man nun fordert, wir sollen eine proletarische Politik schaffen — ja, wer das schreibt, der hat die Geschichte der Partei nicht gelesen. Aus unseren Protokollen von Anfang an geht hervor, wie alles ringt, eine wirkliche proletarische Politik herbeizuführen. Aber eine proletarische Politik im Verein mit Eugen Richter, das ist etwas unmögliches. Nein, Genossen, das geht nicht.

Dann noch eins. Ich habe in einer Berliner Versammlung, als man mir zurief, was soll denn aus dem Landtage werden, geantwortet: er mag verfaulen! Daraus hat man den Schluß gezogen, ich wollte den Rath geben, die Hände in den Schoß zu legen. Das ist doch mir wahrhaftig niemals eingefallen. Kämpfen wir nicht beständig gegen die Reaktion, suchen wir nicht die bürgerliche Gesellschaft, die noch eine kolossale Lebenskraft hat, zu vernichten? Das, was durch die Kompromißvorschläge erstrebt wird, ein Schlag gegen die Reaktion, gegen das Junkerthum, gegen den Absolutismus — ja kämpfen wir denn nicht beständig diesen Kampf? Aber der Schwerpunkt unseres Kampfes muß im Reichstage liegen. Was bedeutet dem gegenüber an moralischem Ansehen der preußische Landtag? Je schlechter er ist, desto mehr verliert er in der öffentlichen Achtung. Deshalb bekämpfen wir ja das Dreiklassen-Wahlsystem, und wenn gestern Auer sagte, der Kölner Beschluß, gegen das Dreiklassen-Wahlsystem zu agitiren, sei nicht durchgeführt — ja, ich habe schon damals, bevor über die Resolution abgestimmt wurde, gesagt, von einer solchen Agitation kann nichts werden, denn wir müssen unsere Agitation hauptsächlich in die Thätigkeit vor den Reichstagswahlen verlegen, und dadurch sind die anderen Körperschaften mehr in den Hintergrund treten.

Ich habe es schon bei anderer Gelegenheit ausgesprochen: Uns ist die Doppelaufgabe zugefallen, da unser Bürgerthum zu feige und schwach war, die bürgerliche Freiheit zu erkämpfen, neben dem sozialistischen Emanzipationskampf auch den Kampf zu führen für die bürgerliche Freiheit, das heißt wegzunehmen das, was in anderen Ländern das Bürgerthum bereits, ehe das Proletariat kam, weggeräumt hatte. Kampf unter allen Umständen, aber Kampf unter günstigen Bedingungen. Die Leute, die so außerordentlich klug sind, sagen, die beiden Gruppen der kapitalistischen Gesellschaft liegen im Kampf mit einander, und das muß ausgenutzt werden; ich meine, die Grundbesitzer, die Junker auf der einen, die Industriellen, die Handelsbourgeoisie auf der anderen Seite. Ja, das braucht man uns doch jetzt nicht zu sagen. Bebel hat im Reichstage direkt ausgeführt, wenn die beiden sich streiten, so haben wir den Vortheil davon, und ihnen zugerufen: Ihr möchtet Frieden haben gegen uns, aber Ihr könnt das nicht. Aber liegt denn darin eine Schwächung dieser Parteien? Betrachten Sie doch die Bourgeoisie in England! Dort haben die beiden großen Parteien, die eigentliche Grundbesitzerpartei und die des beweglichen Kapitals sich gegenseitig viel bekämpft, sie haben aber da, wo es sich um das direkte Klasseninteresse handelte, Frieden gehalten. Je mehr der Kapitalismus sich entwickelt, desto mehr werden beide Theile der kapitalistischen Produktionsweise einander gleich werden in ihren Interessen, also auf diesen Zwiespalt zu zählen, wäre Thorheit, und ihn zu benutzen, das braucht man uns jetzt nicht zu rathen, das haben wir alle Zeit gethan.

Ich muß also den Versuch, an den preußischen Landtagswahlen theilzunehmen, auf das entschiedenste bekämpfen. Wir haben bisher unseren Klassenstandpunkt bewahrt, wir sind dabei vorzüglich gefahren, wir haben unsern Stolz darin gesehen, gegen alle übrigen Parteien den Kampf aufzunehmen, wir haben unsere Schlachten gewonnen, wir sind, obgleich alle übrigen Parteien gegen uns einig waren, niemals zu Esel geworden, denn wir kannten unseren Feind, wir wußten: wer nicht für uns war, der war wider uns. Dort die kapitalistischen Parteien und hier der Sozialismus! Kampf gegen alle kapitalistischen Parteien! Das war die einfache Losung, so lange die Partei besteht. Sollen wir diese nun auf einmal aufgeben um eines Vortheils willen, der doch gar kein Vortheil ist; denn die innere Einheitlichkeit der Partei, das geschlossene Gerichtetsein auf das eine Ziel — das alles fällt dann fort. Wir sollen uns eine Brücke bahnen zu den anderen Parteien, aber wir sind stärker allein ohne den Fortschritt, und ich glaube, diese Brücke ist eine Fallbrücke. Allein wird die Partei am glücklichsten sein. Erinnern Sie sich der Bibelfabel vom Simson! Dieser Klassencharakter, dieses elementare Kraftbewußtsein der Partei, das ist ihre Stärke. Hüten wir uns vor den Delilas des Liberalismus und des Opportunismus! (Beifall.)

Ich bitte Sie, lassen Sie den Kölner Beschluß in allen seinen Theilen bestehen. (Beifall.) Ich habe sehr genau in mancher schlaflosen Nacht mich mit dieser Frage beschäftigt; es hat ja etwas Bestechendes, daß das Verbot aufgehoben werden soll, denn es soll ja ein gewisser Zwang damit ausgeübt sein. Nun, den Zwang will ich gern ertragen. Aber man sagt, wenn wir das Verbot aufheben, so darf ein gewissenhafter Sozialdemokrat in manchen Wahlkreisen, wo es nur von wenigen Stimmen abhängt, nicht den Ausschlag geben, trotzdem es in seiner Macht liegt. Wir können den Fortschrittlern vielleicht 8 bis 10 Abgeordnete durchbringen, aber Genossen, was bedeuten diese 8 oder 10 Stimmen mehr oder weniger? Ueber diese Mehrheit wird die preußische Reaktion wahrhaftig nicht stolpern. Und auf der anderen Seite, ziehen Sie die Konsequenzen! Erst neulich hatten wir eine lange Debatte darüber, welche Kreise bei Reichstags-Stichwahlen für uns aussichtsvoll sind. Wir haben uns nicht einigen können. Und nun bedenken Sie, wenn die verschiedenen Parteien kommen und sozialdemokratischen Stimmenfang treiben zu können glauben, so ist das ein unendlich größeres Uebel als die acht Mann mehr oder weniger, die wir hineinbrächten in die Reihen der Fortschrittspartei. Die Fortschrittspartei wird dadurch nicht stärker, aber die deutsche Sozialdemokratie wird schwächer werden. Es heißt ja in dem Kölner Beschluß, wir enthalten uns blos so lange der Wahl, wie das Dreiklassen-Wahlsystem in seiner jetzigen Gestalt besteht. Das ist doch kein Beschluß auf ewig. Die übrigen Theile der Resolution wird niemand heute für unrichtig erklären, sie enthalten die Kennzeichnung des Dreiklassen-Wahlsystems, dessen kapitalistischer Charakter heute nach der Miquel'schen Steuerreform noch weit deutlicher zu tage tritt als damals. Genossen! Es giebt ein gutes altes Wort, das heißt: Principiis obsta! Verwerfen Sie deshalb alle Anträge auf Abänderung des Kölner Beschlusses, der Beschluß hat der Partei genutzt, er wird ihr auch ferner nutzen. Nicht, daß ich hier wie Jeremias klagen will auf den zukünftigen Trümmern der Partei — unsere Partei ist lebenskräftig; sie kann auch mal einen verkehrten Beschluß vertragen, und das weiß ich: wenn heute das beschlossen wird, was ich für verkehrt halte, der nächste Parteitag wird es wieder aufheben. Ich glaube an die unverwüstliche Lebenskraft, an den gesunden Verstand der Partei, der, wenn mal ein Fehler gemacht ist, ihn von selbst korrigiren wird. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Singer schlägt mit Rücksicht darauf, daß sich 60 Redner zum Worte gemeldet haben, vor, der Parteitag möge das Bureau beauftragen, die Redezeit von zehn Minuten bei jedem Redner streng inne zu halten.

Gegen diesen Vorschlag erhebt sich kein Widerspruch.

Singer: Das Bureau hat sich auch mit der Frage befaßt, ob es nicht wünschenswerth sei, immer einen Redner für und einen gegen die Betheiligung sprechen zu lassen. Das wäre ja erwünscht, ist aber, da auf der Rednerliste nichts davon vermerkt ist, ob der betreffende für oder gegen ist, schwer durchführbar. Im übrigen glaube ich, die Genossen werden in dem Bestreben, trotz der Wichtigkeit dieser Frage darunter doch nicht alle übrigen Geschäfte des Parteitags leiden zu lassen, schließlich, wenn sie keine Gründe mehr vorzubringen haben, doch nicht auf der Wortmeldung bestehen. Ich denke also, wir verfahren auch bei dieser Debatte nach unserer bisherigen Geschäftsordnung.

Windhoff-Düsseldorf: Es wäre doch gut, wenn aus den einzelnen Kreisen immer nur ein Redner dafür und einer dagegen spricht. Aus Berlin haben sich allein acht Redner zum Worte gemeldet.

Singer: Ich bitte vor allen Dingen, daß wir unsere Zeit nicht mit Geschäftsordnungs-Debatten verbringen, denn sonst kommen wir nicht weiter. Es liegt ja auch kein Grund vor, in dieser Frage anders zu verfahren, wie sonst. (Sehr richtig!)

Emmel-Saargemünd regt die Abhaltung einer Abendsitzung an.

Singer: Das können wir uns ja noch vorbehalten; wir wollen erst sehen, welchen Verlauf die Debatte nimmt. Nunmehr wird in die Debatte eingetreten.

Als erster Redner erhält das Wort

Zubeil-Berlin: Ich kann nicht beurtheilen, ob Auer durch seine meisterhafte Rede viele Delegirte für seine Ansicht gewonnen hat. Vor vier Jahren hat Bebel in Köln eine ebenso glanzvolle Rede gegen die Betheiligung gehalten und heute liegt von ihm eine Resolution vor, die die gegentheilige Ansicht vertritt. Man sagt, die Taktik kann jederzeit geändert werden, ob das aber bei einer so grundlegenden Frage möglich ist, das wird uns Bebel nachher beantworten müssen. Vielleicht kommen wir noch dazu, daß uns ein Genosse empfiehlt, uns an den preußischen Kirchenwahlen zu betheiligen. (Heiterkeit.) Wird sind auf dem besten Wege dazu. (Lachen.) Wenn Auer gestern die Berliner Stadtverordneten-Wahlen zum Vergleich herangezogen hat, so möge er dafür sorgen, daß das Wahlrecht zum Abgeordnetenhause so geändert wird, daß die dritte Abtheilung ihre Abgeordneten selbst wählen kann. Dann würden wir uns jeden Augenblick bereit finden, mit aller Kraft trotz der öffentlichen Stimmabgabe uns zu betheiligen. (Sehr richtig!) Es ist sonderbar: von allen den hervorragenden Parteigenossen, die uns die Betheiligung an den Landtagswahlen empfehlen, macht nicht einer einen Vorschlag, der nicht dem des anderen gerade entgegengesetzt wäre. Die Resolution Bebel muß für jeden Delegirten unannehmbar sein. Uns preußischen Genossen muß die endgiltige Entscheidung überlassen werden. Sollte die Resolution Bebel angenommen werden, so würde ich sofort den Antrag stellen, daß alle Bundesstaaten gehalten sein sollen, sich an die Vorschriften der Resolution zu halten. (Sehr wahr!) Maßen wir Preußen uns denn an, über die Beschlüsse der sächsischen Landesversammlungen unsererseits zu beschließen? Unser alter Soldat Liebknecht hat den Nagel auf den Kopf getroffen: ich möchte den Genossen sehen, der agitatorisch thätig sein soll und der Erfolge erringen will, mit dieser Resolution bepackt! (Sehr wahr!) Haben wir nicht schon frühee eine starke radikale Opposition im preußischen Landtag gehabt? Und was hat das Proletariat damals von ihr erhalten? Nicht das Schwarze unter dem Fingernagel!

Oertel-Nürnberg: Wir Bayern wollen nur eine berathende Stimme hier zum Ausdruck bringen. (Bravo!) Liebknecht hat mich nicht überzeugt, noch weniger Zubeil. Ich sehe kein Aufgeben der Prinzipien, wenn die preußische Sozialdemokratie in einem Akt von Nothwehr sich an den Landtagswahlen betheiligt. Sonderbarerweise wird immer von den Erfolgen gesprochen; ist nicht sonst immer als Hauptwaffe im sozialdemokratischen Kampfe die agitatorische Thätigkeit betont worden? (Sehr richtig!) Wir Bayern haben praktische Erfahrungen; wir wählen, wenn auch unter einem freiheitlicheren Wahlgesetz wie in Preußen, aber es sind doch Klassenwahlen; und seit wir uns an diesen Wahlen betheiligen, ist unsere Agitation unzweifelhaft eine viel regere geworden. Ich bin aber gegen jeden Kompromiß. Die Gefahr, auf der schiefen Ebene herabzugleiten, ist nicht abzuweisen. Auer sagt: wir seien bescheidene Leute. Ja, aber schon jetzt kommen zweifellos viel mehr Stegmüllereien vor, als in der Oeffentlichkeit bekannt ist. Der Kompromiß führt nothwendigerweise zur politischen Demoralisation, das gilt auch heute noch. (Beifall.) Der Hinweis auf die Stichwahlen ist nicht berechtigt. Wir haben bei den Stadtverordnetenwahlen fortwährend den Kampf gegen den Freisinn zu führen, da würde nothwendigerweise eine Verwirrung die Folge sein, wenn wir den Freisinn bei den Landtagswahlen unterstützen. (Sehr wahr!) Ich meine, wir sollten allerdings in die Landtagswahlen eintreten, aber selbständig, ohne Kompromiß. Was erreicht wird, wird aus eigener Kraft erreicht und was nicht erreicht wird, sollen wir fahren lassen. Aus eigener Kraft ist stets die beste Politik. (Beifall.)

Börner-Berlin: Auer sagte gestern, bis zu einem gewissen Punkte sind wir reaktionär, wenn wir uns an den preußischen Landtagswahlen nicht betheiligen. Dann müßten wir ja immer reaktionärer werden, je mehr wir an Zahl zunehmen. Das hat ja die Fortschrittspartei immer gesagt; es ist aber nicht richtig. Auer hat sehr viel historisches Material beigebracht; wenn es uns in gleichem Maße zur Verfügung stände, könnten wir noch vielmehr historisches Material gegen die Betheiligung beschaffen.

Redner beschwert sich über die Berichterstattung des „Vorwärts" über die Versammlungen, in denen die Delegirten zur Provinzial-Konferenz gewählt wurden. Die Gegner der Betheiligung kamen ganz kurz weg, die Reden Auer's und Bebel's (Auer: Ich habe in den Versammlungen gar nicht gesprochen!*) wurden vier Spalten lang wiedergegeben. Dadurch wird au[illegible] Genossen im Lande gewirkt. Was nutzt es, daß wir zwölf Fo[illegible]litter mehr in den Landtag bringen. Die Regierung brau[illegible] den Nationalliberalen nur ein freundlicheres Gesicht zu machen, und sie hat wieder eine reaktionäre Mehrheit. Den Massen ist nicht begreiflich zu machen, daß wir heute schreien: Hoch Munckel! und morgen: Nieder mit Munckel! (Sehr gut.) Wir halten einen besonderen preußischen Delegirtentag für überflüssig, wir können die Sache sehr gut hier abmachen, wenn die anderen Delegirten sich der Abstimmung enthalten. Wir werden aber namentliche Abstimmung beantragen, um kontrolliren zu können, ob die nichtpreußischen Delegirten so viel Anstandsgefühl besitzen wie wir (Rufe: Oho!), sich in solchem Falle der Abstimmung zu enthalten.

Singer: Ich muß dem Redner sagen, daß er gar keinen Anlaß hat, irgend einem Delegirten weniger Anstandsgefühl zuzutrauen, als er selber besitzt. (Heiterkeit.)

Börner: Es war nicht so gemeint.

Stolle: Daß der Ausfall der sächsischen Landtagswahlen heute sehr ernsthaft diskutirt werden wird, war vorauszusehen. Der Zweck der Veränderung unseres Wahlrechts war ein neues Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie: Die Aufregung der Massen zu verhindern und zweitens die Sozialdemokratie aus dem Landtag auszumerzen. Der erste Zweck ist nicht erreicht worden; noch niemals bei den Reichstagswahlen hat sich der Massen eine solche Aufregung bemächtigt, wie diesmal bei den Landtagswahlen. Eine wahre Wuth hat die Massen ergriffen, als sie sahen, wie die zwei Drittel das eine Drittel überstimmten. Die Reaktion hat sich da gründlich verrechnet. Von diesem Gesichtspunkte aus würde ich auch den preußischen Genossen die Betheiligung an den Wahlen empfehlen. Ihren zweiten Zweck hat die Reaktion zum theil erreicht, wir haben eine Anzahl Mandate verloren. Das ist dadurch möglich geworden, daß ein Theil unserer Genossen uns den Arm gelähmt hat. Wären nicht die Leipziger abgeschwenkt, dann wären wir eine geschlossene siegreiche Phalanx gewesen wie seit 30 Jahren. Zuerst wurde in Leipzig ein Geschrei erhoben: Die Mandate niederlegen! Als die Fraktion dieser Forderung aus zwei Wahlkreisen nicht nachkam, da wurden uns gewinnsüchtige Absichten untergeschoben. Das war geradezu eine gemeine Handlungsweise. (Hört! hört!) Und als wir auch diesem Druck der Gemeinheit nicht nachkamen, griff man zu noch anderen Mitteln und machte Karrikaturen auf uns. (Hört! hört!) Alles das hat uns nicht veranlaßt, von unserem demokratischen Standpunkt abzugehen; als dann die große Mehrheit der Genossen sich für die Wahlbetheiligung erklärte, da wäre die Disziplin die Pflicht der Leipziger Genossen gewesen. (Sehr wahr!) Statt dessen errichtete man in Leipzig eine Wahlrechts-Liga. Mit Pauken und Trompeten wurde sie in die Welt gesetzt. Und was hatte man erreicht? Wo ist diese Wahlrechts-Liga mit Schoenlank an der Spitze geblieben? Es ging ihr wie den Blumen auf dem Felde: wenn der Wind weht, sind sie nicht mehr da. Man bildete sich ein, man kommt in ein Land und will da regieren, da muß erst die Landtagsfraktion beseitigt werden!

30 Jahre lang sind wir in Sachsen in geschlossener Phalanx in die Wahlen gegangen, jetzt ist ein Flügel abkommandirt worden. Wie soll eine Armee siegen, wenn ein Flügel sich nicht betheiligt? Dieses Abschwenken entmuthigte auch viele andere, die sich ihrer Solidarität erinnerten. Ich klage geradezu die Leipziger an, daß sie den Verlust mehrerer Wahlkreise verschuldet haben. Ich werde den Beweis dafür ziffernmäßig liefern. Wir haben in manchen Kreisen die Wahlmänner der zweiten Klasse mit 7 oder 8 Stimmen verloren.

Die Redezeit des Redners ist abgelaufen.

Vorsitzender Singer: Der Redner hat, als er von den Leipziger Genossen sprach, den Ausdruck „Gemeinheit" gebraucht. Ich nehme an, daß er gemeint hat, daß wenn der Vorwurf des Klebens an den Mandaten wahr wäre, würde das eine Gemeinheit sein. (Heiterkeit.) Hat er aber gemeint, jener Vorwurf sei eine Gemeinheit, so würde ich das zu rügen haben. Ich nehme an, daß er das erstere gemeint hat.

Im Laufe der Diskussion gehen fortwährend Amendements zu der Resolution Bebel ein. Ich habe bisher nicht die Gepflogenheit gehabt, Amendements in Druck zu geben, werde aber bei der Wichtigkeit der Sache von dieser Gepflogenheit abweichen. Ich spreche aber die Bitte aus, die Amendements noch im Laufe des Vormittags einzubringen.

Ulrich-Offenbach: Wir Hessen haben auf der Landeskonferenz beschlossen, dafür zu streben, daß der Parteitag den Kölner Beschluß aufhebt und so die preußischen Genossen in die Lage versetzt werden, selber zu entscheiden. Für den Punkt 1 der Bebel'schen Resolution werden wir also stimmen. Nun zur Sache: Ich bedaure mit meinem alten Lehrer und Freund Liebknecht nicht übereinstimmen zu können. Ich verkenne die Schwierigkeiten der Dreiklassen-Wahl nicht, aber die Entwicklung geht dahin, daß immer weitere Theile des Mittelstandes in unsere Kreise gerathen. So werden wir im Laufe der Zeit die zweite Wählerklasse gewinnen und so aus eigener Kraft siegen. Die Schwierigkeiten der öffentlichen Abstimmung, und Wahlmänner zu finden, die nicht wortbrüchig sind, haben wir in Hessen überwunden. Als wir vor sechs Jahren in Offenbach [illegible]setzten, konnten wir die nöthigen Wahlmänner zuerst nicht finden. Es gelang schließlich, aber es waren Leute darunter, von denen wir nicht genau wußten, ob sie Sozialdemokraten waren. Von den 63 fiel aber keiner um.

Wir wollen uns an den preußischen Landtagswahlen betheiligen doch nicht nur der schönen Augen der Fortschrittler wegen — was sind sie uns — sondern unserer selbst wegen. Die Situation hat sich seit 1893 verändert und sie wird sich noch mehr ändern, wenn die Masse bei den preußischen Wahlen gleichgiltig bleibt. Die Kraut- und Schlotjunker bereiten einen großen Fischzug vor. Betheiligen wir uns nicht an den Landtagswahlen, dann macht man in den Einzellandtagen das, was im Reiche nicht geht. Auch die Landesfragen sind von Wichtigkeit. Wenn es schwer wird, die große indolente Masse in Bewegung zu setzen in großen politischen Fragen, so leicht ist es, sie in Bewegung zu setzen, wenn wir über Schulfragen, Chausseefragen ꝛc. sprechen. (Bravo!)

Leid-Berlin: Das Opfer dürfen wir von unseren Genossen nicht verlangen, einen ganzen Tag im Wahllokale zu bleiben. Eine Massenbewegung bringen wir deshalb nicht zu stande. Wenn selbst die eifrigsten Befürworter der Wahlbewegung zugeben, daß aus eigener Kraft von uns keine Mandate erobert werden können, dann ziehen wir daraus die Folgerung, daß wir uns nicht betheiligen dürfen. Die Voraussetzung eines starken liberalen Bürgerthums ist in Deutschland garnicht gegeben. Alle wahrhaft liberalen Elemente sind längst zur Sozialdemokratie gekommen. Wie sehen denn die Freisinnigen als Beschützer der bürgerlichen Freiheit aus? Wäre es ihnen ernst mit diesem Schutze, dann hätten sie bei den Stichwahlen zum Reichstag für uns stimmen müssen. (Sehr richtig.) Dabei sind sie in wirthschaftlichen Fragen die reaktionärsten Gegner. Das Vereinsgesetz wäre zweifellos angenommen worden, wenn es sich ausschließlich gegen die Sozialdemokratie gerichtet hätte. (Sehr richtig!) Die Nationalliberalen fürchteten, daß auch sie getroffen werden könnten, wenn der Wind einmal gegen sie wehe. Hat doch Eugen Richter selbst erklärt: Wenn die Regierung alle bürgerlichen Parteien sammeln wollte, dann sei er auch dabei. Diese Leute können unsere Interessen nicht wahrnehmen. (Sehr richtig.) In der Parteipresse ist sogar gesagt worden: Es ist gleichgiltig, wie ein Arbeitervertreter ins Parlament kommt. Gegen solche Taktik, die den Klassenstandpunkt verwischt, müssen wir protestiren. Unsere Genossen sollen nicht durch solche Schmuggeleien, wie die Gegner, ins Parlament kommen. Zudem erreichen wir nichts bei dem Schacher. Der Preis ist zu theuer für solchen Erfolg. Wir dürfen nicht das Mitreden um jeden Preis als Ziel proklamiren. (Bravo!)

*) Und Bebel war zu jener Zeit in der Schweiz! Red. d. „V.")

Frau Zetkin: Ich gehöre mit zu denen, die darauf hinwirken möchten, daß sich unsere Partei auf die Ebene begiebt, die die schiefe genannt wird. Mir erscheint sie vielmehr als ein ausgedehntes Blachfeld für den Klassenkampf (Rufe: Oho!), wo wir neue proletarische Massen in die Gefechtslinie führen können. Wie lagen die Verhältnisse für uns in Köln? Wir haben die Frage so formulirt: Können wir uns mit Vortheil an den Landtagswahlen betheiligen? Unter Vortheil verstanden wir die Eroberung der Mandate. Anders liegen die Dinge heute. Wir müssen uns diesmal betheiligen, um schwerwiegende Nachtheile zu beseitigen (Sehr richtig!), die tief eingreifen in das alltägliche Leben einer großen Anzahl von Staatsbürgern. Wir sehen noch eine andere Erscheinung. Je mehr die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen auf grund des allgemeinen gleichen direkten Wahlrechts vorwärtsschreitet von Sieg zu Sieg, je mehr ihr Einfluß steigt, um so größer wird auch die Neigung der Gegner, wichtige, entscheidende Materien aus dem Reichstag abzuschieben in die Einzellandtage (sehr richtig!), weil dieselbe eine reaktionäre Macht sind, die zusammengesetzt ist durch Wahlsysteme, die den Schwerpunkt der Macht in die Hände der Besitzenden legen. Aber ganz besonders gilt das von dem preußischen Landtag, der unter der Vorherrschaft des Junkerthums steht. Ich bin der Ansicht: Macht kann nur durch Macht bezwungen werden. (Beifall.) Eine Macht aber, die dem Junkerthum entgegentritt, die kann heutzutage nur dadurch geschaffen werden, daß das Proletariat kämpfend auf der Bühne erscheint.

Und noch in anderer Beziehung hat sich die Situation geändert. Wir haben heute thatsächlich die Erscheinung, daß das Bürgerthum demokratische Anwandlungen hat. Ich trete durchaus nicht seiner Werthschätzung durch meinen Freund Bernstein bei; ich vergesse nicht, daß wir nicht eine Bourgeoisie haben, die eine gloriose Revolution durchgemacht hat, wie ihre französische, wie ihre englische Schwester, sondern eine Bourgeoisie, die aus Furcht vor den ersten intensiven Zuckungen des Proletariats mit dem Junkerthum paktirt hat, und ich vergesse nicht über der Opposition von heute den Verrath von gestern. Aber wenn ich auch nicht bereit bin, diese Opposition etwa einzuschätzen als den sonnendurchglühten, lichtdurchflutheten Sommer, sondern vielmehr als den bleichen Altweibersommer, und der dauert nicht lange — übersehe ich doch nicht, daß eine starke Opposition stattfindet in der Bourgeoisie, und daß wir beiwohnen einen Kampf zwischen befriedigten und unbefriedigten Appetiten. Und dieser Kampf wird gestärkt durch den Zickzack-Kurs, durch absolutistische Neigungen, die die Bourgeoisie nicht ertragen kann. Denn die Bourgeoisie — wenn wir absehen von Kapitalmagnaten wie Krupp und Stumm, die sich auch bei feudalen Zuständen wohl befinden und sich zu feudaler Beschränktheit zurückentwickelt haben — die Bourgeoisie braucht ein gewisses Mindestmaß von Freiheit, um ausbeuten zu können. Es ist Pflicht der Sozialdemokratie, dieses Mindestmaß von Freiheit mit erringen zu helfen, nicht der Bourgeoisie zu Liebe, sondern im eigenen Klasseninteresse (Beifall). Ich bin überzeugt, daß diese Oppositionsanwandlungen schwinden werden in dem Maße als der Klassenkampf sich zuspitzt. Aber wenn dem so ist, so sage ich, es ist eine Nothwendigkeit, daß das Proletariat in den preußischen Landtagswahlen aktiv auf die Bühne tritt und die Opposition stärkt, bis es schließlich die endgiltige Führung im Kampfe übernimmt. Denn vergleichen Sie doch die Haltung der bürgerlichen Opposition im preußischen Landtag und Reichstag; Sie werden finden, daß im Reichstag die bürgerliche Opposition, die dort mit der Abrechnung der Massen zu rechnen hat, eine weit schärfere ist, als im preußischen Landtag, wo die Herren hübsch unter sich bleiben.

Es wird behauptet, daß wir nicht im stande sind, die Massen für diesen Kampf zu interessiren; man hat die Schwierigkeit der Betheiligung angeführt. Ja, Genossen, ich frage sie, wann ist denn je die Schwierigkeit ein Grund gewesen, um Sozialdemokraten vom Kampfe zurückzuhalten? (Lebhafter Beifall.) Haben uns die Schwierigkeiten in der Gewerkschaftsbewegung abgeschreckt? Haben nicht unsere österreichischen Genossen, die unter ähnlichen Verhältnissen zu wählen haben, den Kampf aufgenommen? Wann, frage ich Sie weiter, haben wir den Schwerpunkt unserer Betheiligung an den politischen Wahlen auf die Eroberung von Mandaten gelegt? Der Schwerpunkt liegt darin, durch die positive Wahlarbeit die Massen zu revolutioniren (Lebhafter Beifall), und dazu haben wir bei den Landtagswahlen reichliche Gelegenheit bei einer Reihe von unmittelbaren Lebensinteressen, an die die Verhandlungen im Reichstag nicht heranreichen. Von dem Augenblick an, wo wir uns an den Landtagswahlen betheiligen, gewinnt das ganze politische Leben Preußens eine ganz andere Perspektive, einen ganz anderen Hintergrund; es rückt ein in die Arena des Klassenkampfes, und aus diesem Grunde halte ich die Betheiligung an den Landtagswahlen für nothwendig. Und weiter auch mit Rücksicht auf die Beseitigung des Dreiklassen-Wahlsystems. Kommen Sie nicht damit, wir werden dieses Wahlsystem vermittelst des Reichstages beseitigen. Ich bin überzeugt, daß vielmehr die Tendenz der politischen Entwickelung Deutschlands den anderen Weg gehen muß: Ersetzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts im Reichstag durch das Klassen-Wahlsystem. (Lebhafte Zustimmung.) Außerdem ist die Wahlenthaltung die schwächlichste jeder Protestaktion. (Sehr richtig!) Wenn wir den Protest beschließen, werden unsere Gegner sich ins Fäustchen lachen. Sie werden sagen, wir lassen euch sehr gern das billige Vergnügen, gegen uns zu protestiren, wir behalten die Macht, euch zu diktiren. (Lebhafter Beifall.) Und Genossen, eine äußerliche Demonstrationspolitik ist bei uns undurchführbar bei dem Charakter der Deutschen und unserer gesammten geschichtlichen Entwickelung. Das zeigt auch die Geschichte der Maifeier, und ich versichere Ihnen eins: Sie werden mich zu jeder Zeit bereit finden, meine Person einzusetzen in dem Klassenkampf; ich möchte aber nicht die Verantwortung übernehmen angesichts der gegenwärtigen hysterischen Nervosität der Herrschenden für eine solche rein äußerliche Demonstrationspolitik. Der wichtigste Protest bleibt die Wahlaktion, die Wahlbetheiligung (Beifall); und wenn wir nicht Erfolge erringen in Gestalt von Mandaten, so bin ich überzeugt, daß die Saat, die wir ausstreuen, üppig in die Halme schießt, daß wir sie einernten werden (Beifall); und auch, was Liebknecht aus Bosheit, aber mit seiner ganzen Opferfreudigkeit in Sachsen gesäet hat, er wird es bei den nächsten Reichstagswahlen für die Ernte reif finden. (Beifall.) Und wenn wir auch in Preußen diese Saat ausstreuen, bin ich überzeugt, heute wagen wir, über ein Weilchen schlagen wir! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Arons-Berlin: Der Umstand, daß zweifellos ein großer Theil unserer Wähler noch nicht Sozialdemokraten sind, ist meiner Ansicht nach durchaus ausschlaggebend dafür, daß wir gezwungen sind, uns an der gegenwärtigen — ich spreche ausdrücklich von der gegenwärtigen — preußischen Landtagswahl zu betheiligen. Denn wir haben alle gesehen, daß thatsächlich — Genossin Zetkin hat das ja in glänzender Weise ausgeführt — ein demokratischer Zug durch die Oppositionsparteien geht. Und betrachten wir die preußischen Landtagswahlen diesmal wieder von dem Standpunkte des reinen Protestes und reinen Gehen- und Geschehenlassens, dann werden wir folgendes erleben: die Liberalen werden sich als die eigentlichen Volks- und Freiheitsfreunde ausgeben, und von denjenigen Leuten, die sich bereits auf dem Wege der Entwickelung zur Sozialdemokratie befinden, werden eine ganze Reihe von ihnen ins Schlepptau genommen werden. (Sehr richtig!) Und dann kommt die weitere Folge: Wenn die Leute sehen, sie haben die Volksrechte gewahrt, indem sie für die Liberalen gestimmt haben, werden sie auch bei den Reichstags-Wahlen sagen, diesmal können wir auch lieber für die Liberalen stimmen, als daß wir alle Fährlichkeiten auf uns nehmen, die das Eintreten für den Sozialdemokraten mit sich bringt. Es ist gesagt, wir dürfen unsere Taktik nicht auf diese minderwerthigen Elemente zuschneiden. Das wollen wir auch nicht. Der richtige Sozialdemokrat weiß ja genau, was wir wollen, wenn wir einmal für einen bürgerlichen Kandidaten eintreten; für uns ist es aber wichtig, die, die noch nicht durchgebildete Sozialdemokraten sind, festzuhalten, nicht um durch ihre Hilfe Mandate zu erringen, wohl, um nicht ein Agitationsmaterial an ihnen zu verlieren. Deshalb ist es nothwendig, daß wir diesmal in die Wahl eintreten. Wir haben ihnen in den Versammlungen und Flugblättern gerade bei dieser Wahl den ganzen Sündenzettel der Liberalen vorgetragen. Wir werden ihnen sagen können: Diese Leute, die wir auch heute zu wählen empfehlen, sie haben diese und jene Verbrechen auf ihrem Konto, und ich glaube, kein einziger unserer Agitatoren wird in der Versammlung in bezug hierauf in Verlegenheit kommen. Es ist als eine große Schwierigkeit betont worden, daß Reichstags- und Landtagswahlen bald auf einander folgen. Ich möchte sagen: Das betrachte ich gerade als einen Vortheil; denn in dem Moment, wo wir den Leuten sagen: hier bei den Landtagswahlen müssen wir die Liberalen unterstützen, denn hier kommt es darauf und darauf an, aber nachher bei den Reichstagswahlen werden wir mit ihnen abrechnen, lassen wir über die wirkliche Sachlage keinen Zweifel. Wir haben nicht nöthig, das eine Mal in den Himmel zu heben und das andere Mal herunterzureißen. (Sehr wahr!) Ich glaube, das ist überhaupt nicht die Art der Agitation, wie wir sie zu betreiben haben. (Lebhafter Beifall.) Wir sollen eben nicht sagen: Herr Munckel, diese Leuchte! — und nachher: Munckel, dieser Schuft! (Beifall), sondern: Herr Munckel als Liberaler will das, deshalb geben wir ihm unsere Stimme; nachher bei der Reichstagswahl handelt es sich um ganz andere Aufgaben, da werden wir ihn bekämpfen.

Und nun einige Worte über das „Wie" der Betheiligung. Ich stehe, wie Sie wissen, schon seit vier Jahren auf dem Boden: Wir müssen uns an den Landtagswahlen betheiligen im Interesse der Agitation. Aber über das Wie habe ich hin und her geschwankt bis in die letzten Wochen, und ich weiß nicht, ob ich bis zu den Wahlen meine gegenwärtige Ansicht nicht noch ändere. Deshalb wäre ich dafür, daß wir uns auf dem Parteitag auf das Prinzipielle beschränken. Das hat auch einen praktischen Werth: es ist mißlich, in eine Agitation mit gebundenen Händen hineinzugehen. (Sehr richtig!) Je größer unsere Aktionsfähigkeit bis zum letzten Moment ist, desto besser für uns und desto gefährlicher für unsere Gegner. Deshalb würde ich es lieber sehen, wenn wir uns auf die Annahme der ersten beiden Absätze der Bebel'schen Resolution beschränken würden. Aber die Bebel'sche Resolution ist im großen ganzen so gefaßt, daß wir uns doch bis zu gewissen Grenzen etwas freier bewegen können, und um die Einmüthigkeit nicht zu stören, möchte ich bitten, sie anzunehmen.

Es ist hier vielfach von einem Handel gesprochen worden. Nun, ich meine, auf einen Handel würde es gar nicht herauskommen. Wir würden in keine Verhandlungen mit den Parteien einzutreten brauchen, sondern einfach sagen: wir wählen bürgerliche Oppositionsleute, die in ganz bestimmten Punkten in ihrem eigenen Klasseninteresse gewisse Forderungen vertreten müssen, die auch wir für wünschenswerth halten. Ich erinnere an die Frage der Freizügigkeit, die jeder Industrielle nothwendig haben muß, der Agrarier aber beseitigen will; ich erinnere an die Schulfrage, wo es im Interesse der Industrie liegt, daß wenigstens ein gewisses Maß von Bildung auch der Arbeiter hat, den sie ausbeutet, während der Agrarier das Interesse hat, daß die Schulzeit möglichst kurz ist, erstmal, damit er die Kinder länger ausbeuten kann, und dann weil er sich sagt, wenn der Kerl etwas gelernt hat, ist er nicht mehr derselbe. Wir können also, ohne erst zu verhandeln, einfach sagen: Wir wählen oppositionelle Leute, wir haben bei den Wahlen garnichts mit ihnen zu thun.

Aber auch wenn wir Wahlmänner aufstellen, wo wir das Zünglein an der Waage sind — ich nenne Königsberg, Breslau, Frankfurt, — wenn wir an solchen Orten erklären: wählt ihr im ersten Wahlgang unseren Kandidaten — denn in den meisten Wahlkreisen Preußens wählen dieselben Wahlmänner zwei oder drei Abgeordnete — dann wählen wir im folgenden den Liberalen, so wäre das ein gangbarer Weg. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Singer-Berlin: Wenn die von Arons vorgetragenen Grundsätze für die Partei jemals maßgebend werden sollten, dann würde man viel besser thun, mit den Parteien, die Arons meint, ein gemeinsames Programm zu machen (Sehr gut!), nicht nur ein gemeinsames Wahlprogramm, sondern auch ein gemeinsames Kampfprogramm. Davon kann natürlich niemals die Rede sein. Die Arons'schen Ausführungen beweisen, wohin man kommt, wenn man als ein à tout prix (um jeden Preis) zu erreichendes Ziel die Betheiligung an den Landtagswahlen hinstellt. Arons hat in dankenswerther Weise diejenigen, die noch zweifelhaft waren, bewegen sich ihre Schlußabstimmung reiflich zu überlegen. (Sehr richtig!)

Mit Zubeil bin ich nicht darin einverstanden, daß die Entscheidung Sache der preußischen Delegirten sei. Die Frage steht doch nicht nur so, ob wir uns betheiligen sollen, sondern wie wir uns betheiligen sollen, und an dem „Wie" hat die gesammte deutsche Partei ein gleiches Interesse (Sehr richtig!) und sie muß daher das Recht der Entscheidung haben. In andern Ländern bestehen Wahlgesetze, die es uns ermöglichen, aus eigener Kraft in den Landtag zu kommen. (Sehr wahr!) Hier aber soll das erste Mal der Versuch gemacht werden, unter einem Wahlgesetz zu kämpfen und Erfolge zu erringen mit Hilfe anderer Parteien, ohne deren Hilfe das nicht möglich ist. Das ist keine preußische Frage, sondern eine, über die die Gesammtpartei zu entscheiden hat.

Nun hat Auer in durchaus objektiver Weise seine Anschauung vertreten, aber das eine geht doch daraus hervor: er verspricht sich große politische Vortheile durch die Aufhebung des Kölner Beschlusses und durch die Betheiligung. Nein, diese Erfolge sehe ich nicht. Was haben wir denn für Hoffnungen zu setzen auf eine, sagen wir, etwas weniger regierungsfreundliche Majorität im preußischen Landtage. Denn daß die Majorität auch im Abgeordnetenhause nimmer regierungsfreundlich sein wird, lehren alle bisherigen Erfahrungen. Die Vorgänge in den 60er Jahren sind kein Beweis für das Gegentheil, denn damals handelte es sich nicht um den wirthschaftlichen Kampf, sondern um den Kampf um politische Freiheit. Heute aber steht der wirthschaftliche Kampf wenn nicht höher, so doch mindestens eben so hoch, wie der politische, und in diesem Kampf wird sich im preußischen Abgeordnetenhause nie eine Majorität finden, die auch nur annähernd einigermaßen vernünftige Anschauungen vertritt. (Sehr richtig!) Es ist eine Illusion, sich das Gegentheil einzureden. Und sitzt denn nicht neben dem Abgeordnetenhause das Herrenhaus und die Regierung? (Sehr richtig.) Gewiß haben wir auch neben dem Reichstage einen Bundesrath, aber dort liegen die Verhältnisse doch ganz anders.

Man redet davon, daß es möglich sein wird, durch eine Betheiligung an den Landtagswahlen den Kampf gegen das Dreiklassen-Wahlsystem zu führen, aber bei ruhiger und objektiver Ueberlegung muß man zu der Ansicht kommen, daß wir durch eine solche Aktion die Dreiklassenwahl niemals beseitigen werden. Das ist nur möglich, wenn sich im Reichstage eine Majorität findet, die die einzelnen Landtage zwingt, ihre Wahlgesetze zu ändern. Nun hat namentlich die Genossin Zetkin mit der gewohnten flammenden Begeisterung darauf hingewiesen, daß durch die Wahlbetheiligung ein neues Kampffeld für uns sich eröffnet. Gründe dafür sind aber nicht angeführt. Wenn es sich nur darum handeln würde, sich an eine durch außerordentlich schöne Bilder geschmückte Rede zu begeistern, dann würde die Rede der Genossin Zetkin den gewünschten Erfolg haben, aber wir sind doch nicht Leute, die blos schöne Reden halten, sondern die ruhig und klar überlegen, was zu thun ist. Das sagt jeder: davon ist keine Rede, daß wir aus eigener Kraft einen Kandidaten durchbekommen. Genossin Zetkin sagt, wir betheiligen uns nicht der Mandate, sondern der Agitation wegen. Ist das richtig, dann darf sie nicht für die Resolution Bebel stimmen, denn darin werden Mandate verlangt, und das ist auch der richtigere Standpunkt. Unsere Partei ist jetzt groß genug, sie braucht nicht ein neues Gebiet als Verbreitungsfeld für ihre Ideen, wir können über alle die einschlägigen Fragen auch verhandeln, ohne daß wir Wahlversammlungen für den Landtag einberufen. Selbst also können wir nicht in den Landtag kommen, und deshalb sollen Kompromisse geschlossen werden. Da muß ich doch sagen: was Bebel in Köln ausgeführt hat, trifft heute noch zu. Was hat sich denn geändert, daß das, was vor vier Jahren zur Demoralisation geführt hätte, heute als erstrebenswerth bezeichnet wird? Es ist eine Reihe reaktionärer Gesetzesvorschläge gekommen, aber es ist nichts eingetreten, was die Partei zwingen könnte, ihre Todfeinde zu unterstützen und ihre Kräfte der Bourgeoisie zur Verfügung zu stellen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen). Es ist Utopisterei, wenn man glaubt, daß Aenderungen eingetreten sind, und deshalb muß ich mich auf das bestimmteste gegen Kompromisse erklären.

Arons hat seinen früheren Vorschlag selbst zurückgezogen und kommt nun mit einem neuen Vorschlage. Aber für diesen Handel mit den bürgerlichen Parteien danke ich. Die bürgerlichen Oppositionsparteien müßten ja Narren und Esel sein, wenn sie uns auch nur ein Mandat dafür geben, daß wir in einem anderen Wahlgange für sie stimmen. Was sollen denn sozialdemokratische Wahlmänner, wenn sie gewählt sind, anderes machen, als gegen die Reaktion zu stimmen? Die bürgerliche Opposition hat das volle Recht, uns zu sagen: Ihr müßt um Euer selbst willen für uns stimmen, weil Ihr es nicht zulassen dürft, daß die Reaktion gestärkt wird, gleichviel ob wir Euch nachher unsere Stimme geben oder nicht. Es bleibt also für mich beim Kölner Beschluß. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.)

Dr. Quarck-Frankfurt a. M.: Aus der Rede Singer's ist mir so recht klar geworden, welches die Unklarheit ist, die uns noch trennt. Es dreht sich darum, festzustellen, ob die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen ein Aufgeben des Klassenkampfes bedeutet. Ist dies der Fall, so haben wir uns fernzuhalten, wenn nicht, so besteht kein Grund, uns nicht zu betheiligen. Nun bedeutet m. E. die Wahlbetheiligung für uns sogar die Eröffnung des Klassenkampfes auf einem neuen von uns noch nicht praktisch bearbeiteten Gebiete. Man darf nur den Begriff des Klassenkampfes nicht so eng fassen, wie die Gegner der Betheiligung. In dem politisch weit hinter allen westeuropäischen Kulturstaaten zurückgebliebenen Preußen kämpft noch das oppositionelle Bürgerthum als nicht herrschende Klasse gegen das herrschende, im mittelalterlichen Feudalismus wurzelnde Junkerthum. Es kämpft neuerdings heftiger als je gegen diesen Feind, der auch unser Klassenfeind ist. Die Neigung zum Absolutismus und der Zickzackkurs haben thatsächlich auch das Bürgerthum in Preußen aufgerüttelt. Unser Wahlmißerfolg in Wiesbaden ist zum Theil auch darauf zurückzuführen, daß der Freisinn nicht ungeschickt mit diesem frischen Winde segelte. Diese frische Bewegung im Bürgerthum ist aber revolutionär im Sinne des Kommunistischen Manifests, sie richtet sich gegen Absolutismus und Feudalismus, will das parlamentarische Regime einführen, und das ist in den zurückgebliebenen preußischen Verhältnissen ein Fortschritt. Wir unterstützen diesen Kampf der Bourgeoisie gegen mittelalterliche Staatsformen, wenn wir uns an den Landtagswahlen betheiligen. Ich denke, wir brauchten uns gar nicht zu schämen, offen und nackt zu sagen: in der Hauptsache kommt unsere Wahlbetheiligung auf eine Unterstützung des Freisinns hinaus; in bezug auf eigene Mandate denke ich nämlich ziemlich pessimistisch. Aber auch das ist in diesem Falle Proletarierpolitik, Proletarierpolitik mit Eugen Richter als Kanonenmutter. Denn es ist ja nicht richtig, daß wir kompromisseln, daß die Freisinnigen mit uns auch handelten oder wir mit ihnen. Eugen Richter lädt uns nicht als freundlicher Wirth ein, wie es das Bild des „Kladderadatsch" darstellt, das eben im Saale herumgeht. Umgekehrt: wir kommen zu den Freisinnigen als nachdrängende Hilfstruppe, die dem zögernden Vormarsch der bürgerlichen Opposition nicht immer sehr angenehm ist. Für die Ausführung der Betheiligung wäre mir der bekannte Auer'sche Vorschlag als der liebste und nützlichste erschienen. Ich bedaure, daß ihn Auer nicht mehr energisch aufrecht erhält. Dann giebt es auch keine Enttäuschungen und Verwirrungen. Zur Landtagswahl schicken wir die freisinnige Opposition hoffentlich verstärkt oder wenigstens im Rückgrat gestärkt vor, um uns zu helfen, dem Junkerthum in Preußen die Herrschaft zu entreißen. Zu den Reichstagswahlen stellen wir unsere eigenen Kandidaten auf, damit sie als Abgeordnete die Truppe bilden, welche später auch dem bürgerlichen Regime noch die Herrschaft entreißt. In diesem Verhalten liegt nicht der mindeste Widerspruch. Im Gegentheil: Wir setzen damit auf einem neuen Gebiet an stelle der revolutionären Phrase die praktische, den Umständen angepaßte, und deshalb wirksame revolutionäre That! (Vereinzelter Widerspruch.)

Hoch-Hanau: Für mich ist der Satz in 4b der Bebel'schen Resolution, „eventuell für einen sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen" ganz unannehmbar. Was heißt eventuell? Entweder nichts oder es liegt darin ausgesprochen, daß wir uns in einen Handel einlassen. Das geht nicht. Der liberale Kleinbürger würde als Wahlmann gar nicht die Konrage habe, öffentlich für einen Sozialdemokraten zu stimmen. Wenn wir aber keinen Kompromiß schließen, liegt gar kein Grund vor, uns nicht an der Wahl zu betheiligen. Wir müssen eingreifen und zwar mit Rücksicht auf unsere Agitation. Die Protestagitation ist, wie die Erfahrung zeigt, gar nicht möglich. Wirkliche Agitation läßt sich nur bei Betheiligung erzielen. Die Frage, ob wir ein Mandat erobern, können wir getrost der Zukunft überlassen.

Schmitt-München: Nehmen Sie unseren Antrag 91 an. Es ist entschieden Sache der Genossen des betreffenden Landes, darüber zu entscheiden, ob sie sich betheiligen sollen oder nicht. Bei den komplizirten preußischen Verhältnissen ist es den außerpreußischen Genossen unmöglich, sich ein klares Bild zu machen. Die preußischen Genossen müssen endgiltig allein entscheiden.

Pens-Dessau: Ich bedaure, daß die Anschauungen der Genossen in solcher Schärfe zum Ausdruck kommen. Vielleicht ist der Wunsch, in glänzenden Antithesen zu sprechen die Ursache. Besonders habe ich mich gewundert, daß Singer mit solchem Aplomb aufgetreten ist. Wurden doch gegen die Berliner Stadtverordnetenwahlen dieselben Gründe geltend gemacht, wie gegen die Betheiligung an den Landtagswahlen. Der Kölner Beschluß war verkehrt, denn es ist nichts nach ihm geschehen. Wir müssen uns aber immer mehr um alle Verhältnisse kümmern. Nehmen Sie die Resolution Bebel an. Es kommt darauf an, daß wir überhaupt etwas thun. Unsere Genossen setzen so oft ihre Existenz für uns aufs Spiel, da wird die öffentliche Stimmabgabe kein unüberwindliches Hinderniß sein. Es lebt so viel Idealismus in der Partei. Wir können von unseren Genossen verlangen, Farbe zu bekennen: sie sollen sich nicht schämen, Sozialdemokraten zu sein. Die Agitation für die Landtagswahlen wird vorläufig der größte Gewinn für uns sein; später wird es anders kommen. Gegen Kompromisse möchte ich mich bei der bevorstehenden Wahl doch entscheiden. Ob es später, wenn wir mächtiger sein werden, nicht geschehen wird, bleibe dahingestellt.

Emmel-Saarlouis: Die Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen ist von allen Seiten als Zweckmäßigkeitsfrage behandelt worden. Das halte ich auch für richtig. Ein einziger Sozialdemokrat im Landtage kann auf die Bergarbeiter, die Eisenbahn-Arbeiter viel mehr wirken, als alle sonstige Agitation. Schon dieser eine Umstand veranlaßt mich, unter allen Umständen ob mit, ob ohne Kompromiß für die Betheiligung einzutreten. Die kopfschen werden,

sind überhaupt keine Sozialdemokraten, sondern unklare Mitläufer, an denen uns nichts liegen kann. Was gegen die Betheiligung an den Landtagswahlen gesagt wird, kann man auch gegen die Betheiligung an den Reichstagswahlen einwenden. Der einzige ernsthafte Einwand dagegen ist der Hinweis auf die Schwierigkeiten, aber wir sind der Schwierigkeiten immer Herr geworden! (Beifall.)

Meist-Köln: Ueber die Urheber der Frontveränderung in Sachen der Landtagswahlen konnte ich mir zuerst nicht klar werden. Da hörte ich, daß es Bebel war. Ich war einigermaßen überrascht, hatte ich doch kurz zuvor eine Rede über die preußischen Landtagswahlen gehalten, zu der ich als Material Bebel's Schrift gegen die Betheiligung benutzt hatte. (Heiterkeit.) Mögen die nichtpreußischen Delegirten bei der Abstimmung wohl berücksichtigen, daß das preußische Dreiklassen-Wahlsystem ganz abweicht von den Wahlrechten zu den übrigen Landtagen. Die Frage der Betheiligung an den preußischen Landtagswahlen muß daher von einem ganz anderen Gesichtswinkel aus betrachtet werden. Vor allem müssen wir berücksichtigen, daß wir die Massen nicht zu dem Opfer der öffentlichen Stimmabgabe bringen werden. (Sehr richtig.) Ich bin aber mit dem Auftrage hierher geschickt worden, für die Aufhebung des Kölner Beschlusses zu stimmen. Wir haben uns den Gründen nicht verschlossen, die unsere Theoretiker dafür geltend gemacht haben. Es ist gut, daß die Bebel'sche Resolution den Wahlkreisen die Entscheidung darüber giebt, ob eine Wahlbetheiligung möglich ist. Auch ihr letzter Absatz ist von wesentlicher Bedeutung. Er verhindert, daß man, wenn man sich auf die schiefe Ebene des Kompromisses begiebt, nicht gar zu faule Kompromisse abschließt. Die Reichs- und Landtagswahlen liegen diesmal sehr nahe bei einander. Es wird Sache der Kreise sein, darüber zu entscheiden, ob Verwirrung entsteht, wenn man für die Freisinnigen eintritt. In meinem Wahlkreise Lemnep-Mettmann haben die Freisinnigen beim letzten Wahlkampfe Flugblätter verbreitet, die alles enthalten, was das Schimpflexikon der ödesten Impotenz auf die Beine bringen kann. (Heiterkeit.) Wird aus der Bebel'schen Resolution Punkt 4b weggelassen, der den Kuhhandel offen zum Ausdruck bringt (Heiterkeit), so bin ich bereit, für sie zu stimmen, weil sie den einzelnen Kreisen die selbständige Entscheidung läßt, und die ist diesmal besonders nothwendig. (Beifall.)

Die weitere Debatte wird auf die Nachmittagssitzung vertagt.

(Fortsetzung im Hauptblatt.)

Lokales.

Parteigenossen des vierten Berliner Reichstags-Wahlkreises, Süd-Osten! Die Stadtverordneten-Wahlen rücken mit jeder Woche näher heran. Ebenso haben wir uns zu rüsten für die im nächsten Jahre stattfindenden Reichstags-Wahlen, um unseren Gegnern mit einer stattlichen Zahl Vertreter des arbeitenden Volkes auf beiden Stellen aufwarten zu können. Es ist deshalb dringend nöthig, daß wir uns für diese Kämpfe vorbereiten. Wo ist aber der beste Ort dafür? Antwort: Das sind unsere Organisationen und als politische Organisation der Wahlverein. Hier ist Gelegenheit zu dieser Pflichterfüllung bei so äußerst geringen Opfern, daß es jedem möglich ist, den belehrenden Vorträgen und Diskussionen beizuwohnen. In verständlicher Weise werden die Verhältnisse der Arbeiter beleuchtet, wie sie sind und wie sie sein sollten. Den schönen Versprechungen unserer Gegner dürfen wir nicht vertrauen, denn dem Arbeiter hilft niemand, er hat es selbst zu thun. Drum tretet Mann für Mann in unsere Organisationen ein und stärkt diese. Denn geschlossen sind wir eine Macht, mit der unsere Gegner zu rechnen haben. Neuaufnahmen und Beiträge für den Wahlverein werden auf folgenden Zahlstellen entgegengenommen: Erbe, Cuvrystr. 25. Enz, Falckensteinstr. 7. Tolksdorf, Görlitzerstr. 58. Dierberg, Forsterstr. 17. Beyer, Wrangelstraße 181. Gottfried Schulz, Admiralstr. 40a. Meyer, Lübbenerstr. 30. Seidler, Ratiborstr. 16. Brödenfeld, Manteuffelstr. 69. Golz, Grünauerstr. 3. Streit, Naunynstraße 86. Th. Metzner, Oranienstr. 184, Carl Scholz, Wrangelstr. 27, und Bachmann, Eisenbahnstr. 35. Außerdem nehmen Aufnahmen und Beiträge entgegen: Fritz Thiel, Zeitungs-Spedition, Skalitzerstr. 35, Schilling, Manteuffelstr. 83, und Gesche, Cigarrenhandlung, Wrangelstr. 58, und in der am 12. Oktober stattfindenden Versammlung bei Brüder, Waldemarstraße 75.

Die Parteigenossen und Genossinnen des zweiten Wahlkreises werden auf die am Sonntag, den 10. Oktober, bei Zubeil, Lindenstr. 106, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, in der Genosse O. Kneder einen Vortrag „Astronomische Streifzüge" halten wird. Um zahlreichen Besuch bittet Die Vertrauensperson.

Statistisches aus dem städtischen Arbeitshause in Rummelsburg. Im Durchschnitt betrug im Berichtsjahre die Ausgabe für die Ernährung der Anstaltsinsassen für die Gesundenkost täglich rund 28½ Pfennig, also auf den Kopf und das Jahr 104 M., für die Krankenkost täglich 68¼ Pfennig oder jährlich 249 M., und im Gesammtdurchschnitt täglich 34⅓ Pfennig oder jährlich 125 M. Indessen gelten vorstehende Angaben nur für die Ernährung. Die gesammten Ausgaben für die ganze Anstalt — Arbeitshaus und Hospital — einschließlich der Besoldungen u. s. w. — belaufen sich auf 641 080 M. (täglich für den Kopf 101½ Pf.), die Einnahmen der Anstalt aus dem Arbeitsbetriebe und anderem auf 162 000 M. (täglich 25½ Pf.). Die Aufwendungen für die Hospitaliten, welche alt und siech, zur Einnahme so gut wie nichts beitragen, waren 1,13 M. und 1,58 M. für die Lazarethverpflegung täglich für den Kopf; für Korrigenden betrugen die Kosten der gesammten Verpflegung und Beaufsichtigung unter Anrechnung des Arbeitsverdienstes, durch welchen nach § 38 des Gesetzes vom 8. März 1871 die Haftkosten theilweise zu decken sind, noch täglich 52 Pf. auf den Kopf.

Die Potsdamer Brücke im städtischen Etat. Um einen Stillstand in der Bauausführung der Potsdamer Brücke nicht eintreten zu lassen, hat das Magistratskollegium beschlossen, da durch die beschleunigte Bauthätigkeit die auf vorläufig 300 000 M. festgestellte Baurate bereits aufgebraucht ist, noch 150 000 M. zu bewilligen und wird hierzu die Genehmigung der Stadtverordneten-Versammlung nachsuchen.

Dem von der Firma Siemens u. Halske vorgelegten Projekte einer elektrischen Stadtbahn vom Potsdamer Platz bis zur Schillingsbrücke, welche unter der Voß- und Mohrenstraße bis zum Hausvogteiplatz als Untergrundbahn, von letzterem Punkte ab aufsteigend über den Spittelmarkt und sodann an der Spree bis zur Schillingsbrücke als Hochbahn ausgeführt werden soll, werden nunmehr die zuständigen Behörden insofern näher treten, als dieselben behufs Besprechung dieser Angelegenheit zu einer anberaumten Konferenz in den Räumen des Polizei-Präsidiums auf Dienstag, 12. d. M. zusammentreten werden.

Zirkus Busch ist am Donnerstag Abend eröffnet worden. Dies Ereigniß hatte Tausende von Leuten nach der Musenminsel gelockt, wo so nahe bei einander vornehme und vulgäre Kunst ihre Pflegestätte haben. Der bis auf den letzten Platz gefüllte Zirkus bewies auch diesmal wieder seine Anziehungskraft für die große Masse; kein Maler, kein Schriftsteller kann sich rühmen, daß er so leidenschaftlich das große Publikum zu interessiren vermag, wie die zwei- und vierbeinigen Künstler, die in dem kleinen Raume der Manege ihre mühselige Arbeit verrichten. Man muß es dem Direktor Busch lassen, daß er meisterhaft die Masse zu fesseln versteht. Wie anders war die Zirkuskunst, als Direktor Renz in diesem Fache unbestrittener Gebieter war! In seinem Walten lag eine gewisse zurückhaltende Sicherheit; man bewunderte die schwierigen Leistungen der Menschen und Thiere, ohne daß man zu irgendwelcher Aufregung Gelegenheit hatte; was verrichtet wurde, wurde ruhig, solide verrichtet. Wohin solche Prinzipien in der Gegenwart führen, hat die, wenn auch nur für kurze Zeit erfolgte Auflösung des Renz'schen Unternehmens gezeigt. Es gab nichts für die Nerven in der Karlstraße und daher war es dort in den letzten Jahren gähnend leer, während der Zirkus Busch glänzende Geschäfte machte.

Die vorgestrige Eröffnungsvorstellung bewies, daß der Direktor in der letzten Zeit nicht müssig war. Ein nicht allein verschwenderisch sondern auch geschmackvoll ausgestattetes Ballet, von wohl über hundert Damen getanzt, leitete die Vorstellung ein. Dann erschien der Direktor auf dem Plan, es vollzogen sich die üblichen lauten Begrüßungen und sodann kamen die ebenfalls üblichen kolossalen Blumen- und Kranzspenden; die Reichshauptstadt läßt es sich nun einmal nicht nehmen, in so finniger und zartduftender Weise über die ihr dargebrachten Herrlichkeiten zu quittiren. Und hierauf wickelte sich ein Programm ab, das, soweit der rein „equestrische" und der derbkomische Theil in betracht kommt, Bewunderung, in seinen forschen Bravournummern aber selbst in der doch auf Sensation gefaßten Zuschauerschaft zuweilen gelindes Grauen erweckte. Ging der wilde Husarenritt über lichterloh brennende Zunder hinweg noch an, so rief ein Sensationsstück, das der Reiter Corradini vollführte, Angst und Schrecken hervor. Roß und Reiter ließen sich auf einem Trittbrett, das an Drahtseilen befestigt war, in die Höhe winden. Hoch oben brannte Herr Corradini ein Feuerwerk ab, und nun sollte es nach dem Programm „mit Windesschnelle" wieder in die Tiefe gehen. Da wird das Pferd unruhig, es macht einen Fehltritt, und auf ein Haar stürzen Roß und Reiter fünfzig Fuß tief in die Manege hinab. Zum Glück war das Thier mit dem einen Fuß im Drahtseil hängen und auf der Seite liegen geblieben, so daß unter ganzer Kraftanstrengung des Reiters das Furchtbarste verhütet wurde. Das Publikum gab, nachdem der Augenblick entsetzlicher Angst vorüber war, laut sein Mißfallen über das gefährliche Spiel zu erkennen. Hoffentlich heißt es in bezug auf diese Nummer: Einmal und nicht wieder. Bis zur Gefährdung von Menschenleben sollte die Sensationshascherei denn doch nicht gehen.

„Monumental", so schreibt treffend die „Nordd. Allg. Ztg.", ist das Lieblingswort einiger Berliner Berichterstatter; jedes nur halbwegs imposante Bauwerk wird von ihnen mit diesem Prädikat ausgezeichnet, jüngst lasen wir auch von der Monumentalität eines in Formen und Gedanken recht bescheidenen Bildwerks. Was kann nun noch monumental genannt werden? fragten wir uns. Da lesen wir heute sogar in den Blättern, daß aus dem städtischen Kunstfonds für den Berliner Stadtverordneten-Vorsteher eine „monumentale Präsidentenglocke" angeschafft worden sei. Die nach Professor Dr. Doeplers d. J. Entwurfe vom Hofgoldschmied Schaper ausgeführte Glocke ist — 50 Zentimeter hoch; bei dieser Dimension von „monumental" zu sprechen, ist wohl der Gipfel monumentalen Unsinns.

Im Fall „Rothenburg" hat die Staatsanwaltschaft das frühere Testament des Vaters der Frau Rothenburg, Rentiers Reckher, welches bei dem hiesigen Amtsgericht deponirt war, dort amtlich öffnen lassen. In diesem Testament war nämlich früher Frau Rothenburg und ihre Descendenz gleichsam zu Universalerben eingesetzt, während sie in einem späteren, von den Angehörigen veranlaßten Testament auf deren Betreiben fast völlig enterbt, dagegen das, mit diesen Angehörigen klirrte Frl. M. Reckher nunmehr zur Universalerbin des ganzen Vermögens eingesetzt wurde. Die Umstoßung des früheren Testaments und die Enterbung der Frau Rothenburg geschah während ihrer Internirung in den hiesigen städtischen Anstalten. Die amtliche Eröffnung des früheren Testamentes hat nun ergeben, daß die betreffenden Anträge der Frau Rothenburg in jeder Beziehung begründet sind, so daß man hoffen kann, daß nunmehr endlich durchgreifende Klarheit in dieser merkwürdigen Angelegenheit amtlich geschafft wird!

In dem Ueberfall auf den Schutzmann Schloch vom 58. Revier über den wir kürzlich berichteten, wird mitgetheilt, daß es gelungen ist, den Verbrecher, der dem Beamten drei schwere Messerstiche versetzte, in dem 21 Jahre alten Arbeiter Franz Carow, genannt Schier, festzunehmen. Er wurde in einer in der Seestraße belegenen Kaschemme unter großen Schwierigkeiten festgenommen.

Ein schwerer Unfall stieß gestern Nachmittag um 3 Uhr einem Wäschewagen der Gesellschaft „Ideal" am Schöneberger Ufer zu. Während er im scharfen Trabe dahin fuhr, verlor er plötzlich in der Nähe der Flottwellstraße das linke Vorderrad, brach zusammen und fiel um. Der Begleiter Wilhelm Wurzel sprang noch rechtzeitig ab, der Kutscher Wilhelm Felchow und eine Begleiterin Anna Häusler wurden auf das Pflaster hinabgeschleudert und geriethen unter den umfallenden Wagen. Der Kutscher zog sich erhebliche Verletzungen an den Beinen und an der linken Hand zu, das Mädchen klagte über Schmerzen in der Brust. Der Wagen war unbrauchbar geworden und mußte durch einen anderen ersetzt werden.

Proletariers Ende. Im Grunewald, auf dem Wege zwischen der Domäne Ruhleben und den Pichelsbergen, ist von Spaziergängern die Leiche eines Mannes, an einer Kiefer hängend, aufgefunden worden. Diese wenigen Zeilen bilden den Schluß eines Lebensromans, der alten Geschichte, die doch ewig neu bleibt. Der also aus dem Leben Geschiedene, welcher freiwillig dieser schönen Welt ade gesagt hat, ist der in Berlin in der Exerzierstraße wohnhaft gewesene Ernst H., 45 Jahre alt, seines Zeichens ein Vogelkäfigbauer. Andauernde Beschäftigungslosigkeit hat ihn das bitterste Elend durchmachen lassen. Und als nun noch vor kurzem seine Frau starb, da stand er allein und verlassen in dieser Welt, da er Verwandte oder Freunde in der Noth nicht besaß, — ein einsamer Mann! Da haben, wie aus einem hinterlassenen Schreiben hervorgeht, Gram und Verzweiflung ihn gepackt, und um allem seinem Jammer und seinem Elende zu entgehen, hat er sich selber den Tod gegeben. In den Kleidern des Unglücklichen wurde noch ein — Strafmandat über drei Tage Haft wegen Bettelns vorgefunden!

Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt worden ist die Leiche des 28 Jahre alten Zuschneiders Max Baier aus der Dunckerstraße 73, der am Montag Morgen um 6 Uhr auf der Treppe zu seiner Wohnung bewußtlos aufgefunden wurde und am selben Tage mittags in seiner Wohnung starb. Baier, der eine Wittwe mit zwei Kindern hinterläßt, hatte sich schon zwei Tage unwohl gefühlt.

Einigen Berliner Arbeitern, die sich vor kurzem in Bartenstein, Ostpreußen, auf Montage befanden, ist dort schlimm mitgespielt worden. Als sie am Sonntag aus einem Wirthshause aufbrachen und nach Hause gingen, wurden sie von einer Anzahl Strolche überfallen und so übel zugerichtet, daß einer von ihnen, der in der Linienstraße wohnhafte Monteur Bär, nach Berlin zurückkehren und sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Die Raufbolde sollen ergriffen worden sein.

In nicht geringen Schrecken wurden gestern Abend gegen ½11 Uhr die Passagiere eines Omnibusses der Linie Wörtherplatz—Anhalter Bahnhof versetzt. In der Nähe der Linienstraße jagte eine Droschke I. Klasse, in welcher fünf Zuhälter saßen, in den Omnibus hinein; auf dem Bock der Droschke saßen zwei der Rowdies, welche die Zügel führten und wie toll auf das Pferd losschlugen, während der Droschkenkutscher im Fond des Wagens mit drei anderen Burschen saß. Bei dem Zusammenstoß jagte das Droschkenpferd auf den Perron des Omnibus, kam dann zu Fall, so daß weiteres Unheil vermieden wurde. Wagen und Pferd wurden stark beschädigt. Die Rowdies, welche nach diesem Unfall, unterstützt von einigen in einer zweiten Droschke folgenden „Kollegen", Exzesse verübten, wurden schließlich festgenommen und nach der Wache geschafft.

Als geisteskrank wurde am gestrigen Tage der Bierfahrer K. in die neue Charitee eingeliefert. Er war früher in der Brauerei Hohen-Schönhausen angestellt und bis vor etwa zehn Wochen in einer Brauerei in Weißensee beschäftigt. Seines eigenartigen Wesens wegen wurde er jedoch entlassen und nun spielte er seinen früheren Unternehmern allerhand tolle Streiche. Unter fingirtem Namen bestellte er u. a. bei der Brauerei Hohen-Schönhausen telegraphisch mehrere Tonnen Bier, dann wieder kaufte er für die Brauerei Pferde u. s. w. Seit acht Tagen trieb sich der Geisteskranke in der Umgebung Berlins umher, verübte allerhand Unfug und schlief Nachts auf den Feldern. Vergeblich fahndeten die Behörden nach K., bis er gestern Morgen in Hohen-Schönhausen ergriffen wurde. Der Bierfahrer verfiel sofort in Tobsucht und es mußte daher sein Transport nach der erwähnten Anstalt mittels telephonisch requirirten Krankenwagens stattfinden.

Zusammengebrochen ist gestern Vormittag 11 Uhr auf dem Molkenmarkt der voll besetzte Omnibus Nr. 160 der „Allgemeinen Berliner Omnibus-Gesellschaft"; das rechte Hinterrad ging vollständig aus dem Leim. Die Felgen erwiesen sich als angefault. Die Fahrgäste erhielten durch den Kondukteur ihr Fahrgeld zurück.

Ein junger Lebemann. Als vermißt wurde vor einigen Tagen der Sohn einer Gastwirthin aus der Gneisenaustraße, Oswin Wilmsen, gemeldet. Gestern fand man den Verschwundenen am Schiffbauerdamm als Leiche in der Spree. Der junge Mann war Obersekundaner der 6. Realschule. Mehr als seinen Schularbeiten aber widmete er sich — Kneipereien in Wirthschaften mit weiblicher Bedienung. In der letzten Zeit verkehrte er viel in einem Café in der Friedrichstraße, wo er sich in eine Kellnerin verliebte. Dem Mädchen erzählte er, daß er in einem Bankgeschäft angestellt sei. Seine Zeche hatte er stets bezahlt bis zum Sonntag vor acht Tagen. Damals reichte sein Geld nicht und er ließ daher seine Uhr zum Pfande. Am Tage vorher hatte er in der Schule wieder ein schlechtes Zeugniß bekommen, auf das er nicht versetzt wurde. Er hatte die Absicht geäußert, sich das Leben zu nehmen. Nachdem er sich von einem Freunde 10 M. geborgt hatte, war er abends weggegangen. Wo er sich die Nacht aufgehalten hat, ist nicht bekannt; nach Hause kam er nicht wieder. Am Sonntag folgte er der genannten Kellnerin und nahm von ihr Abschied. Thränenden Auges erzählte er ihr, daß er, nachdem er seine „Millionen" durchgebracht, seine Mutter mit wenigen tausend Mark zurücklassen müsse. Am folgenden Tage sah die Kellnerin ihren Anbeter noch auf der Weidendammer Brücke stehen, sprach ihn aber nicht an. Seitdem war der junge Mann verschwunden.

Selbstmord begangen hat der Feldwebel Arthur Krause von der ostafrikanischen Schutztruppe, der sich gestern Nachmittag am Karpfenteich im Treptower Park erschossen hat. Krause, der 30 Jahre alt war und aus Danzig stammte, hatte Urlaub, weil er unter häufigen Fiebererscheinungen an der Lunge litt. Er wohnte hier seit einigen Wochen bei seinem Bruder. Am 1. Oktober meldete er sich bei dem Kommando der Schutztruppe nach Danzig ab, um dort seine Mutter zu besuchen. Am Dienstag ließ er sich in Danzig von einem Stabsarzt untersuchen und am Mittwoch kehrte er nach Berlin zurück. Wie er hier erzählte, hat der Stabsarzt ihm Vorwürfe gemacht, daß er bei seinem Zustande eine so weite Reise gemacht habe. Hiernach ist der Selbstmord wohl auf das körperliche Leiden Krause's zurückzuführen.

Der Verein für Kaninchenzucht theilt uns mit, daß ein „Kaninchen mit einem Rüssel, wie solcher dem Elephanten eigen ist", nebst anderen interessanten Sachen am Sonntag anläßlich des in der Alexanderstraße 30 von 12 bis 2 Uhr mittags stattfindenden Kaninchenmarktes zur Besichtigung ausgestellt sein wird. Zutritt ist für jedermann frei.

Feuerbericht. Innerhalb der letzten 24 Stunden hatte die Berliner Feuerwehr verhältnißmäßig Ruhe, da sie in dieser Zeit nur dreimal alarmirt wurde. Donnerstag Abend gegen 8 Uhr war Chausseestr. 28 ein Schornsteinbrand zu löschen, was mittels eines Rohres geschah. Freitag Nachmittag kurz nach 1 Uhr wurde die Wehr nach Swinemünderstr. 110 gerufen, wo Möbel in einer Wohnstube in Brand gerathen waren. Das Feuer wurde zwar bald beseitigt, hatte aber doch nicht unerheblichen Schaden angerichtet. Abends 7½ Uhr brach Leipzigerstr. 51 in der im 3. Stock des Quergebäudes befindlichen Putzfedern-Fabrik von Friebel und Lapinsky Feuer aus, das jedenfalls auf Unvorsichtigkeit zurückzuführen ist. Obgleich Zug 17 schnell zur Stelle war und Wasser gab, ging doch ein großer Theil der im Korridor und in einem Lagerzimmer aufgestapelten Federn in Flammen auf, wobei auch das Haus beschädigt wurde.

Theater. Im Schiller-Theater wird heute Nachmittag das Grillparzer'sche Lustspiel „Weh dem, der lügt" als Frei-Vorstellung gegeben. Wir werden ersucht, besonders darauf aufmerksam zu machen, daß über alle Plätze des Hauses bereits verfügt wurde. In der heutigen Abend-Vorstellung wird Blumenthal's Schauspiel „Ein Tropfen Gift" wiederholt. — Die Direktion des Luisen-Theaters hat die Erstaufführung von „Der große Wohlthäter" auf Montag den 11. d. M. verlegt, dafür gelangt am Sonnabend „Preciosa" zur Darstellung.

Restaurateur Herr H. Finger, Reichenbergerstr. 103, sendet uns neuerdings eine weitere Berichtigung, unsere Notiz in Nr. 156, „Eine nicht sehr rühmenswerthe Position" betreffend. Herr Finger erklärt in seinem Schreiben, daß er bei jener Gelegenheit, da er sich eines Vergehens nicht bewußt (es handelte sich um das Schließen der Thüren am Sonntag) nur deshalb auf seine Kollegen berufen habe, um nicht nur seine eigenen Interessen, sondern die des Gastwirthsgewerbes überhaupt wahrzunehmen. Auch seien sämmtliche in dieser Sache erlassenen Strafmandate laut gerichtlicher Entscheidung zu unrecht erfolgt. Das letztere aber gerichtlich feststellen zu lassen, seien die einzigen Beweggründe seines Vorgehens gewesen, er habe niemand in böser Absicht denunziren eventuell zu einem Strafmandat verhelfen wollen. —

Wir müssen gestehen, daß uns auch diese Art, lediglich ein Exempel zu statuiren, nicht sehr geschickt vorkommt.

Aus den Nachbarorten.

Steglitz und Friedenau. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß die Versammlung des Arbeiterbildungs-Vereins am Dienstag, den 12. d. M., abends 8½ Uhr in Steglitz bei Schellhase, Ahornstraße 15a stattfindet. Genosse Leimbach wird referiren. Ferner steht die Wahl eines Schriftführers auf der Tagesordnung. Um recht rege Betheiligung ersucht der Vorstand.

Herr Albert Schwarz, der neue Oekonom der Viktoria-Säle zu Rixdorf, sendet uns folgende Zuschrift: Ihre werthe Zeitung bringt unter „Lokales" die Nachricht, daß die in Rixdorf gelegenen, seit dem 1. d. M. von mir bewirthschafteten Viktoria-Säle seitens der Lokalkommission von Rixdorf gesperrt sind. Ich halte diese Sperre für vollständig unberechtigt, denn ich habe der Lokalkommission gegenüber ausdrücklich erklärt, daß ich die Säle zu allen politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen gratis zur Verfügung stelle, und diese Erklärung halte ich auch heute noch aufrecht. Wenn ich verlangt habe, daß bei Vergnügungen meine Musik beschäftigt werden muß, so überlasse ich es der Oeffentlichkeit, zu beurtheilen, ob dieses Verlangen berechtigt ist oder nicht. Ich habe eine Zivilkapelle von ca. 60 Mann, für die ich Beschäftigung suchen muß, und hauptsächlich aus diesem Grunde die Oekonomie der Viktoria-Säle übernommen. Man wird es mir daher nicht verdenken, wenn ich das obige Verlangen gestellt habe, zumal meine Kapelle vielfach bei Arbeiterfesten gespielt hat, und ich bisher nicht gehört habe, daß man mit meiner Musik unzufrieden war. — Herr Schwarz würde gut thun, sich mit der Lokalkommission in Rixdorf wegen des strittigen Punktes zu einigen.

Ein regelmäßiger ärztlicher Wachdienst soll in Rixdorf auf Anregung der dortigen Aerztevereinigung eingerichtet werden. Da sich dort öfter ein Mangel an ärztlicher Hilfeleistung bemerkbar gemacht hat, so haben sich jetzt zwölf Rixdorfer Aerzte zusammengethan, von denen täglich zwei verpflichtet sind, dem Publikum beständig zur Verfügung zu stehen. Eine Liste dieser Aerzte soll im Amtshause ausliegen.

Dreißig Anschlagsäulen sollen demnächst in Rixdorf zur Aufstellung gelangen. Die Gemeindevertretung des Ortes hat in ihrer letzten Sitzung die Offerte einer Rixdorfer Firma angenommen, welche beansprucht, daß ihr diese Säulen auf 15 Jahre als Monopol übertragen werden. Nach Ablauf dieser Frist sollen sie dann in das Eigenthum der Gemeinde übergehen.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 9. Oktober 1897.

Etwas wärmer, vielfach heiter, zeitweise wolkig, bei mäßigen südwestlichen Winden, keine erheblichen Niederschläge.

Berliner Wetterbureau.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Zum Ausstand der Berliner Eisenformer und zu dem Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht

nahmen am Donnerstag zwei große öffentliche Metallarbeiter-Versammlungen Stellung.

Die Versammlung in Keller's Festsälen tagte unter dem Vorsitz von Massatsch. Referent war Litfin. Er schildert das Verfahren vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts und legt dar, daß sich durch die dort erfolgten Aussagen der Borsig'schen Former über die Ursachen des Streikausbruchs diese doch nicht als solche erwiesen haben, um gut zur öffentlichen Parole für einen großen Ausstand gemacht werden zu können. Moralisch seien die betreffenden Kollegen aber vollständig gerechtfertigt; man müsse, um den Ausbruch des Streiks zu begreifen, die langjährige Verbitterung bedenken, die sich bei den Metallarbeitern gegen ihre Arbeitgeber angesammelt habe. Der Direktor Dorn habe vor Gericht erklärt, noch am Dienstag mit drei von ihm selbst ernannten Formern verhandeln zu wollen. Diese sind jedoch, als sie erschienen, aufgefordert worden, am Mittwoch wiederzukommen; am Mittwoch wurde ihnen dann erklärt, die Firma wolle nicht in Verhandlungen über die einzelnen Punkte eintreten, bevor nicht die Arbeit wieder aufgenommen sei; am Sonnabend wolle man ihnen Bescheid geben, wieviel Arbeiter wieder eingestellt werden können. Litfin hat sich, um vor Aufnahme der Arbeit eine Verständigung bei Borsig herbeizuführen, Donnerstag Morgen zu Herrn Assessor v. Schulz begeben und diesen gebeten, im Interesse der Arbeiter bei Borsig zu interveniren. Dieser habe es abgelehnt, zu Borsig hinaus zu fahren, weil es als eine amtliche Handlung erscheinen könne, zu der er nicht befugt sei. Herr von Schulz habe jedoch telephonisch bei der Firma angefragt, wie sie sich die weitere Regelung der Sache denke, und habe den Bescheid erhalten, daß sich die Firma genau an die vereinbarten Punkte zu halten gedenke und die während des Streiks aus der schlesischen Filiale nach Berlin beorderten Former in die Heimath zurückschicken und die alten Arbeiter nach Bedarf wieder einstellen wolle.

Der Redner geht dann auf die Situation ein, in der sich die Arbeiter dem allen gegenüber befinden. Einen großen Theil der Schuld an dem Mißerfolg der Arbeiter trage es, daß sie nur zu einem Bruchtheil organisirt seien. Gerade solche Unorganisirte seien am leichtesten geneigt, die Kräfte des Gegners zu unterschätzen. In der Generalversammlung des Verbandes Berliner Metallindustrieller sei am Montag der Beschluß gefaßt worden, falls vor dem Einigungsamt kein Vergleich zu stande komme, die Werkstätten zu schließen und sämmtliche 27 000 Berliner Metallarbeiter auszusperren. Einen solchen Kampf sei die Metallarbeiter-Organisation mit den gegenwärtigen Mitteln nicht in der Lage, siegreich durchzufechten. Dies sei eine Lehre für die Zukunft; die Parole müsse lauten: Organisation und Ansammlung von Kapitalien. Man müsse sich wappnen, denn solche Vorkommnisse würden infolge des provozirenden Verhaltens der Unternehmer sicher wiederkehren. Bei der heutigen Lage der Verhältnisse bleibe den Arbeitervertretern aber pflichtgemäß kein anderer Weg, als die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen. — Die folgende (bereits in der Donnerstag-Nummer des „Vorwärts" abgedruckte) Resolution werde zur Annahme empfohlen:

„Die Versammlung erklärt sich mit der Thätigkeit der Arbeitervertreter vor dem Einigungsamt einverstanden. Trotzdem die vorgeschlagenen Einigungsbedingungen keineswegs geeignet sind, einen dauernden Frieden im Gewerbe zu garantiren, beschließt die heutige Versammlung, den Ausstand der Former und Gießerei-Arbeiter für beendet zu erklären."

Falls diese Resolution angenommen werde, würde am Freitag durch eine Kommission in sämmtlichen Gießereien angefragt werden, wieviel Arbeiter wieder eingestellt werden können. Am Montag werde dann die Arbeit jedenfalls wieder beginnen können. Man glaubt, daß die Arbeiter bald alle wieder eingestellt sein werden, weil sehr viel Arbeit vorhanden ist. — Ueber verschiedene interne Fragen bezüglich des Ausbruchs von Streiks werde man später Abrechnung halten; ähnliche Vorkommnisse, wie diesmal, müßten für die Zukunft vermieden werden.

In der Diskussion ist Quast für die Annahme der Resolution; jedoch können seiner Meinung nach über die Wiederaufnahme der Arbeit nur die Former allein beschließen, allgemeine Metallarbeiter-Versammlungen seien dazu nicht befugt. — Der Vorsitzende legt dar, daß die Metallarbeiter schon aus dem Grunde mitzusprechen haben, weil von ihnen ja auch die Aufbringung der Mittel verlangt werde. — Kleinschmidt (streikender Former) ist für Annahme der Resolution. Die Borsig'schen Former haben uns eine Schlappe versetzt, die sie nicht verantworten können. Sie hatten uns nicht vollständig über die Ursachen des Streiks, so wie sie vor dem Gewerbegerichte festgestellt worden sind, unterrichtet. — Rohrlack verweist auf die englischen Maschinenbauer, die jetzt in der Lage seien, kraftvoll für den Achtstundentag einzutreten, weil sie ein Vierteljahrhundert lang hohe Beiträge angesammelt haben. Das sei der Nutzen des Ausstandes, daß jetzt allgemein eingesehen werden müsse, daß man hinfort eine Mark zahlen müsse, wo bisher ein Groschen gezahlt worden sei. Man müsse die moralische Ohrfeige dieses „Vergleichs" einstecken mit dem Vorsatz, es in Zukunft besser zu machen. — Kohen ist der Meinung, daß es nicht nur am mangelnden Gelde, sondern vor allem am mangelnden Klassenbewußtsein der Arbeiter liege, wenn sie keine Siege erfechten. — Litfin bestreitet, daß von einer moralischen Ohrfeige gesprochen werden könne. Der moralische Erfolg sei sicher auf seiten der Arbeiter, wenn auch nicht der materielle. Die Herren Unternehmer würden viel darum geben, wenn vor dem Gewerbegericht von unserer Seite manches ungesagt geblieben wäre. Den Ausführungen von Quast gegenüber bemerke er, daß die Metallarbeiter in ihrer Gesammtheit nicht nur deshalb mitzureden haben, weil sie die Mittel aufbringen müssen, sondern aus deswegen, weil mit jedem Tage der Dauer des Ausstandes auch andere Metallarbeiter arbeitslos werden. Eine einzelne Branchengruppe dürfe nicht über die Existenz von vielen Tausenden entscheiden.

Die obige Resolution wird darauf gegen eine schwache Minorität angenommen und damit die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Im Kösliner Hof referirte Näther. Mit dem ersten und zweiten Punkt der Einigungsvorschläge könne man ohne weiteres einverstanden sein, denn es werde darin ein Zustand, der schon früher bestanden hat, aufs neue festgelegt, was immerhin einen Fortschritt gegenüber den augenblicklichen Verhältnissen bedeute. Punkt 3, der den Streikenden die Wiedereinstellung bei Bedarf zusichert und möglichst, bevor auswärtige Former angenommen werden, könne zu Bedenken keinen Anlaß geben. Da ein Theil der Ausständigen abgereist und Arbeit in Berlin genug vorhanden sei, da andererseits die Unternehmer sich verpflichtet hätten, keinem Streikenden den Arbeitsschein auf dem Nachweis vorenthalten zu lassen, so liege kein Grund zu der Befürchtung vor, daß ein Theil der Streikenden gemaßregelt werden solle. Wenn die Wiedereinstellung von der Verpflichtung abhängig gemacht werde, daß die Arbeiter ihre nicht am Streik betheiligt gewesenen Kollegen weder beleidigen noch belästigen dürfen, so habe dieser Passus für die Unternehmer nur deshalb Bedeutung, weil 101 Arbeiter sich den Streikenden nicht angeschlossen hätten. Die „Vossische Zeitung" spreche jetzt wieder in einem Leitartikel davon, daß der Streik frivol vom Zaune gebrochen sei, und gegen den Willen der betheiligten Arbeiter von deren Führern geschürt werde. Das sei durchaus unzutreffend. Die Borsig'schen Arbeiter hätten ja eine Ungeschicklichkeit begangen. Redner wolle deshalb keinen Stein auf sie werfen, denn selbstverständlich könne nicht jeder Arbeiter ein geschickter Taktiker sein. Dadurch, daß die Unternehmer wie immer, so auch in diesem Falle, den Vertretern der Arbeiterorganisation die Einmischung versagt haben, sei es den letzteren unmöglich gemacht worden, sich über die wahren Ursachen des Konflikts zu unterrichten und denselben beizulegen. Die Schuld an dem Ausstand trügen also diejenigen, welche nur mit „ihren" Arbeitern verkehren wollen und die Vertreter der Organisation zurückweisen. Die Vereinbarung der Borsig'schen Arbeiter mit der Firma sei bis jetzt noch nicht erfolgt. Direktor Dorn habe zwar einige Arbeiter empfangen, ohne ihnen indeß eine bindende Erklärung zu geben bezüglich der aufgestellten Forderungen. Da die Vertreter der Arbeiter vor dem Einigungsamt die Wiederaufnahme der Arbeit ausdrücklich von der vorherigen Regelung der Differenzen mit der Firma Borsig abhängig machten, ohne diese Bedingung ins Einigungsprotokoll aufnehmen zu lassen, so hätte man wohl erwarten sollen, Direktor Dorn wäre so loyal gewesen, diese Regelung vor Aufnahme der Arbeit herbeizuführen. Der Vergleich vor dem Einigungsamt sei allerdings kein Sieg der Arbeiter, ebensowenig könne man aber von einer Niederlage reden. Ein Erfolg sei es immerhin, daß sich die Unternehmer veranlaßt sahen, mit den von den Arbeitern in Versammlungen gewählten Vertretern vor dem Gewerbegericht zu verhandeln. Was dabei erreicht worden sei, damit könne man unter den gegebenen Verhältnissen zufrieden sein.

Eine Fortsetzung des Kampfes sei nicht rathsam. Die Arbeiten, welche den Anlaß zum Streik bei Borsig gaben, seien längst fertig und somit die Ursache des Konflikts aus der Welt geschafft. Die später und zwar nur für die Borsig'sche Gießerei aufgestellten Forderungen hätten keine so große Bedeutung, daß sich um deretwegen ein längerer Kampf lohne. Es sei zu bedenken, daß, wenn der Kampf fortgesetzt werde, sehr bald die Former in Leipzig, Chemnitz, Magdeburg und Hannover wegen Verweigerung der Berliner Arbeiten mit in den Ausstand getrieben werden. Einige Berliner Fabriken hätten schon jetzt wegen Mangels an Guß die Arbeitszeit der Metallarbeiter herabgesetzt. Für den Fall, daß die Einigung nicht angenommen werde, hätten die Unternehmer beschlossen, sämmtliche Verbandswerkstätten zu schließen. Durch die Ausführung dieses Beschlusses würden 27 000 Arbeiter auf die Straße gesetzt. Um einen Kampf von so ungeheuren Dimensionen aufzunehmen, dazu sei die Organisation der Arbeiter denn doch noch nicht stark genug. Aus diesen Gründen könne den Arbeitern nur empfohlen werden, daß sie sich mit dem kleinen Erfolg, den sie jetzt zu verzeichnen haben, zufrieden geben und vor allem die Organisation stärken, um für die Zukunft gerüstet zu sein. (Beifall.)

Hartig erklärt sich mit den Einigungsvorschlägen einverstanden; er fordere aber diejenigen, welche dieselben mit Murren entgegengenommen haben, auf, sich zu äußern. Herburg betont, daß vor Aufnahme der Arbeit die Regelung bei Borsig erfolgen müsse. Plath und Zernicke empfahlen in längeren Ausführungen die Wiederaufnahme der Arbeit unter den vom Einigungsamt aufgestellten Bedingungen. Spielermann führte aus, sein Herz sei zwar nicht für Annahme der Einigungsvorschläge, sein Verstand rathe ihm jedoch dazu. Klix will weder für, noch gegen die Resolution Näther sprechen und es jedem überlassen, wie er sich dazu stellen wolle. Poullion bemerkte unter anderem, man solle nicht dem Beschluß: Verweigerung der Borsig'schen Arbeit in allen Werkstätten, die Schuld an der Ausdehnung des Streiks geben. Wäre dieser Beschluß nicht gefaßt worden, dann hätten wahrscheinlich die Fabrikanten alle Former solange ausgesperrt, bis die Borsig'schen Arbeiter wieder angefangen hätten. Stegemann empfahl die Annahme der Resolution Näther, während ein anderer Redner sein Bedenken gegen Punkt 3 der Einigungsvorschläge geltend machte. Müller sprach gleichfalls für Wiederaufnahme der Arbeit und betonte besonders, daß, entgegen den Behauptungen bürgerlicher Blätter, keiner der Streikenden abgefallen sei. Nach einem Schlußwort Näther's wurde die von ihm eingebrachte, bereits in der gestrigen Nummer mitgetheilte Resolution gegen etwa 20 Stimmen angenommen. Den Streikenden wurde empfohlen, für jede Gießerei eine Kommission aus ihren Reihen zu wählen, die wegen Wiederaufnahme der Arbeit mit den Unternehmern in Verbindung zu treten hat, so daß möglichst am Montag die Arbeit wieder beginnen kann.

Kunst und Wissenschaft.

— „Equality", der neue Roman Eduard Bellamy's, macht in Amerika ungeheueres Aufsehen. Die erste, ungewöhnlich hoch bemessene Auflage war innerhalb dreier Tage vergriffen.

— **Untersuchungen im tiefen Skagerak.** Ueber die Wirksamkeit der dänischen biologischen Station im vergangenen Sommer und insbesondere über die Untersuchungen im tiefen Skagerak veröffentlicht der Vorsteher dieser Station Dr. phil. C. G. Petersen interessante Mittheilungen. Im nördlichen Jütland, dem Hauptplatz der Butten- oder Schollenfischerei, herrscht allgemein die Anschauung, daß, wenn die Goldbutten (pleuronectes platessa) im Kattegat aufgefischt worden sind, aus den Tiefen des Skagerak neuer Ersatz kommt. Diese Auffassung ist, wie die Untersuchungen dieses Sommers ergaben, verkehrt; im tiefen Skagerak kommt die Goldbutte gar nicht vor. Theils um dies festzustellen, theils um zu untersuchen, welche Fischarten im Skagerak leben, sind von Dampfschiffen aus Tieffischereien vorgenommen worden mit einem zu diesem Zwecke von Dr. Pertersen angefertigten Apparate, einer Kombination des hier gebräuchlichen Aalgarnes und des neuen englischen Patents Trawl. Mit Hilfe dieses Geräthes wird festgestellt, daß die Goldbutte im Skagerak tiefer als 100—120 Meter nicht vorkommt und daß das Skagerak von einer besonderen Fischfauna bevölkert ist, deren Vertreter den Fischern so gut wie unbekannt sind, denn in einer Tiefe von 350—550 Metern fischt man nicht, und nur selten werden Fische aus solchen Tiefen von Strömungen ans Land getrieben. Eine Anzahl von Zügen auf 350—550 Meter förderte eine Art langhalsige, mehrere Fuß lange Dorsche (macrurus) zu tage, ferner Schleienaale, kleine Rochen, Chimären, Goldlachs, andere merkwürdige Lachsarten, Seebarsche und verschiedene kleinere Fische, alle sehr selten in unseren Gewässern. Von anderen Seethieren fand man eine Art großer eßbarer Garnelen (Palaemon), die roth waren, ehe sie gekocht wurden, hummerähnliche Krebsthiere, Seesterne und Tiefwasserkorallen. Der Meeresboden bestand überall, wo gefischt wurde, aus braunem, weichem Schlamm, ohne Spur von Pflanzenwuchs. Dr. Petersen ist

Ein Triumphzug der Sozialdemokratie.

Hamburg, 7. Oktober 1897.

Ein wonniger sonniger Oktober-Nachmittag; auf den geschäftigen, von Fahrzeugen aller Art wimmelnden Hamburger Hafen lacht der freundliche Sonnenschein und über die bewegten Wellen streicht ein frischer Nordwestwind. An der St. Pauli-Landungsbrücke liegt der kleine Dampfer „Union", er harrt der Gäste, die einzeln und in Gruppen langsam sich einfinden. Das leuchtende rothe Banner, das mit der goldenen Inschrift: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" vom Verdeck herabflattert, weist ihnen den Weg: Hamburgs sozialdemokratische Arbeiterschaft hat das deutsche Arbeiter-Parlament zu einer Rundfahrt durch den Hafen geladen! Um 2 Uhr setzt sich der Dampfer unter den Klängen der Marseillaise in Bewegung und hunderte von Arbeitern rufen ihnen vom Ufer den Abschiedsgruß nach — Tücherwehen, Hüteschwenken, brausende Hochrufe!

Der vielarmige Hafen in seiner riesigen Ausdehnung, mit seinen hunderten und tausenden von Jollen, Kähnen, Segelschiffen, Motor- und Dampfbooten in allen Formen und Größen ist eine einzige arbeitserfüllte Werkstelle. Unwillkürlich schweifen die Gedanken einige Monate zurück, als alle diese ungeheuren Hafenstraßen von schwerbeladenen Schiffen starrten und in unheimlicher Ruhe stille lagen!! Ein großes Todtenfeld der Industrie! Hamburg's Hafenarbeiter lagen im Kriege mit dem brutalen Unternehmerthum, das die bescheidenen und allgemein als ebenso bescheiden wie gerecht anerkannten Forderungen der seit Jahren immer mehr und mehr gedrückten Arbeitssklaven rundweg abgelehnt hatte, abgelehnt nicht etwa deshalb, weil die reichen Rheder diese Forderung nicht erfüllen konnten, sondern blos deshalb, weil die vom Unternehmerhochmuth erfüllten Millionäre sie nicht erfüllen wollten. Die reichste Unternehmergruppe Deutschlands wollte die tüchtigste Arbeiterschaft Deutschlands demüthigen, ihre Organisation, ihre Widerstandskraft, ihre politische Selbständigkeit brechen. Ein monatelanges, heldenhaftes Ringen — die Allbezwinger Hunger und Elend kamen der Brutalität der Ausbeuter zu Hilfe, wehr- und waffenlos, auf Gnade und Ungnade mußten sich die Arbeiter ergeben und unter das kaudinische Joch hindurch in die alten Kerker der Ausbeutung zurückkehren! Besiegt, aber nicht unterworfen!

Heute zeigten Hamburgs Hafenarbeiter, wie wenig sie unterworfen, wie ehrenvoll ihre Niederlage war! Und sie zeigten demonstrativer, unwiderleglicher Weise, daß die Besiegten von gestern die Sieger von heute, die Herrscher von morgen sind. Zu hunderten lenkten die Ewerführer die schwerbeladenen Kähne durch die wogenden Wellen in schwerer, harter Arbeit — und wo sie dem mit den Delegirten des Parteitags beladenen Dampfer begegneten, da legten sie einen Augenblick das Ruder bei Seite und begrüßten mit Tücher- und Mützeschwenken und freudigem Zurufe die freigewählten Vertreter des Arbeiter-Parlaments!

Was sich wohl die Hamburger Unternehmer bei dieser Huldigung gedacht haben mögen!

Wenige Monate vorher hatten sie aus ganz Deutschland die Arbeitslosen zusammengeholt, um diejenigen niederzuwerfen, deren jahrelange, mühevolle, schlechtgelohnte und gefahrenvolle Arbeit ihnen ungeheure Gewinne in den Schooß geworfen hatte!

Leute, die in ihrem Leben nie ein Ruder in der Hand gehabt, nie ein Boot bestiegen hatten, wurden zu Arbeiten gezwungen, für welche ihnen all und jede Vorkenntniß, jede Vorschulung fehlte! Wohl nie zuvor hat schamlose Profitgier mit Menschenleben ein so gewissenloses Spiel getrieben wie hier im Hamburger Hafen zur Zeit des großen Ausstandes! Wie viele dieser Streikbrecher, wie viele dieser Aermsten haben in den Wellen ihr Grab gefunden, wie viele haben mit zerschmetterten, zerbrochenen, verstümmelten Gliedmaßen in die Krankenhäuser geschafft werden müssen, aber der Profit, der Profit war gereitet! Und niemand hat gelesen, daß diese Gewissenlosigkeit der Unternehmer eine Sühne gefunden hätte! Zu Dutzenden wurden Arbeiter wochen- und monatelang ins Gefängniß geworfen, wenn der gerechte Zorn über das Verhalten der Streikbrecher ihnen „Drohungen" oder Schimpfworte über die Lippen gejagt hatte!

Heute haben die Arbeiter Hamburgs die Antwort darauf ertheilt. Zu einer Vergnügungsfahrt waren die Delegirten eingeladen, und ein Triumphzug der Sozialdemokratie ist diese Dampferfahrt geworden. Kein Mächtiger dieser Erde, nicht der Höchstgestellte wird je einen solchen jubelnden Empfang bereitet erhalten. Von allen Schiffen, von allen Lagerhäusern, von allen Quais wurde der Dampfer mit brausendem Hipp, hipp, Hurrah! empfangen. Fischer hatten auf ihre Masten rasch rothe Taschentücher befestigt und grüßten so das leuchtende rothe Banner auf der „Union"! Aus den Raaen, von den Masten, aus den Maschinenräumen jubelten Hunderte und Tausende ihren Willkommengruß! Tausende von Arbeitern, die all' die unzähligen Schiffe ihrer kostbaren Lasten entfrachteten, legten plötzlich die Arbeit bei seite und zeugten in begeisterter Huldigung für ihre sozialdemokratische Gesinnung. Was kümmerte es sie, ob die Kapitäne, die Beamten neben ihnen standen — da waren die Verfechter ihrer Interessen, die Vorkämpfer ihrer Forderungen: sie stellten sich zusammen und schwenkten ihre Arbeitswerkzeuge, ihre Mützen, ihre Taschentücher — der ganze, weite, wimmelnde Hafen ein einziger jubelnder Heerhaufen der Sozialdemokratie!

Und in welch' naiver, herziger, rührender und begeisternder Art kam diese vom Augenblick geborene Huldigung zum Ausdruck! Da lag die große „Phönicia" vor Anker und ließ ihre Schiffswände frisch streichen! In wenigen Minuten hatten die Maler mit rother Farbe die Worte an die Schiffswand gepinselt: „Sie leben hoch!" Dort hatten die Arbeiter schnell mit Kreide an eine Planke die Worte geschrieben: „Hoch die Sozialdemokratie!", hier wieder hatten die Arbeiter, welche ein Getreideschiff entleerten, auf ein Brett, das sie jubelnd den Delegirten entgegenhielten, den Schlachtruf geschrieben: Proletarier aller Länder vereinigt Euch!

So ging es durch all' die dichtgefüllten Wasserstraßen des Hafens entlang, eine volle Stunde lang!

Und als der Dampfer den Hafen verließ und die Elbe hinunter nach Blankenese steuerte, da wurde er von den Arbeitern Altonas, die in den am Fischmarkt, in den großartigen Mühlen, in den Kaffee-Schäl- und Sortir-Häusern beschäftigt waren, mit gleicher Begeisterung, mit gleichem Jubel begrüßt.

Und angesichts einer solchen spontanen, übermüthig hervorbrechenden Demonstration giebt es Thoren, welche glauben, einer solchen Arbeiterbevölkerung könne man mit Gewaltmaßregeln beikommen! Vor wenigen Tagen noch wiederholte das Organ des alten Reichsnörglers im Sachsenwald die alte wahnwitzige, blutgierige Forderung, die Unterdrückung der Sozialdemokratie als eine militärische Angelegenheit anzusehen, heute hat ihm die Arbeiterschaft Hamburgs in stolzem Kraftbewußtsein ihre siegesbewußte Verachtung über diesen schamlosen Aberwitz ausgedrückt. Und selbst dem bornirtesten und brutalsten Vertreter des deutschen Unternehmer-Terrorismus, selbst einem Stumm müßte ein Zweifel darüber aufgestiegen sein, ob seine Schimpf- und Drohreden, sein sinnloses Wüthen und Toben gegen die Arbeiterklasse fürder noch ernst genommen werden müsse, wenn er diese Kundgebung hätte sehen können.

Die Drachensaat des Kapitalismus hat die Eisenmänner der Sozialdemokratie gezeitigt.

Der begeisterte Empfang seitens der Hamburger Hafenarbeiter hatte die Herzen der Delegirten der deutschen Sozialdemokratie hoch geschwellt: der Tag wird in der Erinnerung aller Theilnehmer bleiben als einer der schönsten und stolzesten ihres Lebens. Mögen Wetterwolken aufziehen, mögen Gefahren welche immer dräuen; die Arbeiter Deutschlands wissen sich einig mit den Hamburger Arbeitern, die in so ruhmreicher Weise das Dichterwort erfüllt haben:

Ihr hemmt uns, doch Ihr zwingt uns nicht,
Unser die Welt trotz alledem!

* * *

Glänzend brach ab und zu der Mond durch die Wolken, als am Abend der Dampfer die Elbe herauf von Blankenese nach Hamburg zurückkehrte; die glänzende Kundgebung des Nachmittags trat den Delegirten von neuem vor Augen, als sie vom Dampfer durch die menschenerfüllten Straßen nach den riesigen Sagebiel'schen Sälen und in das Kongreßlokal eilten, zum Kommers, den die Hamburger Parteigenossen veranstaltet hatten und der wie die Demonstration des Nachmittags zu einer machtvollen glänzenden Demonstration der Hamburger Sozialdemokratie sich gestaltete.

der Ueberzeugung, daß in dem hier verwandten Apparat ein Geräth gefunden worden sei, das von großer Bedeutung für künftige Tiefwasser-Untersuchungen werden wird. —

— **Herstellung von Stahlguß mit harten und weichen Theilen.** Durch Verwendung der Fliehkraft sind in der gewerblichen Technik früher sehr umständliche Vorgänge außerordentlich vereinfacht worden, wie z. B. das Entrahmen der Milch durch die Milchschleuder. Neuerdings hat nun P. Huth in Gelsenkirchen die Fliehkraft zur Herstellung von Stahlguß mit harten und weichen Theilen benutzt. Die Industrie verlangt oftmals von dem Techniker Eisentheile mit harter Oberfläche und weicherem und elastischerem Kern. Bei Eisenrädern z. B. muß, um die schnelle Abnutzung des Spurkranzes zu verhindern, dieser hart sein, während das Radgestell zweckmäßiger aus weicherem Stahl gefertigt wird. Beide Stücke wurden getrennt gegossen, und der Spurkranz sonach heiß auf das Radgestell aufgezogen. Diesen Vorgang hat nun P. Huth durch Anwendung der Fliehkraft vereinfacht. Wird in die in Drehung versetzte Form eines Eisenbahnrades zuerst ein harter Stahl vergossen, so stellt sich dieser an dem Umfang der Form auf, weil er spezifisch schwerer ist, nachher vergossener weicher Stahl füllt die Form, und man erhält ein Rad, dessen Körper, aus weichem Stahl bestehend, ein hartes Band trägt. Die Abgrenzung beider Metalle ist deutlich erkennbar. Die Härte geht in der ganzen beliebig zu wählenden Stärke gleichmäßig durch. Besondere Vortheile bietet der Schleuderguß dadurch, daß die Gußstücke dicht ausfallen und selbst dünne Maschinentheile scharf ausgegossen werden, so daß auch Gegenstände mit harten Randzacken und -Zähnen, -Spitzen und -Schneiden herzustellen sind. Walzringe von Mühlen lassen sich auf diese Weise mit harten Mahlflächen bei sehr weichem Körper gießen, während die Flächen, die bearbeitet werden müssen, aus weichem Stahl bestehen können. —

Gerichts-Zeitung.

Der deutsche Metallarbeiter-Verband hielt am 10. Juli im Schloß Weißensee sein alljährlich stattfindendes Sommerfest ab. Um 12 Uhr nachts inhibirte die Behörde von Weißensee den Tanz. Die Gendarmen hatten einige Leute ausfindig gemacht, welche vom Büffetier des Etablissements Billets gekauft hatten. Die Beamten waren daher der Meinung, daß das Vergnügen ein öffentliches sei, wozu die Genehmigung der Polizei nothwendig wäre. Der Vorsitzende Genosse Litfin wurde von den Beamten aufgefordert, Feierabend zu gebieten, was derselbe aber ablehnte. Darauf erhielt Litfin ein Strafmandat in Höhe von 3 M. Gegen dieses Strafmandat legte er Berufung ein. In der vor einigen Tagen vor dem Schöffengericht stattgehabten Verhandlung bestritt der Angeklagte zunächst, daß das Vergnügen ein öffentliches war; die ganze Veranstaltung war so getroffen, daß nur die Mitglieder mit ihren Familien und deren Gästen Zutritt erhalten sollten. Wenn dennoch von diesen oder jenen Billets verkauft wären, so sei das gegen seinen Willen geschehen und könne er nicht dafür verantwortlich gemacht werden. Das Schöffengericht schloß sich dieser Auffassung an; durch die Beweisaufnahme sei der Nachweis nicht erbracht, daß der Angeklagte um den Verkauf der Billets gewußt habe. Dieser Nachweis sei aber erforderlich und daher müsse Freisprechung erfolgen. Die Kosten trägt die Staatskasse.

Berechtigte Interessen des Redakteurs. Die Frage, ob die Wiedergabe beleidigender Zeitungsstellen in dem Berichte über die betreffende Gerichtsverhandlung ebenfalls eine strafbare Beleidigung darstelle, ist von den Gerichten verschieden beantwortet worden. Interessant sind die Gesichtspunkte, die gestern vor dem Reichsgerichte geltend gemacht wurden. Das Landgericht Halle a. S. hat am 19. Juni den Redakteur des „Volksblattes", unsern Parteigenossen Louis Salomon, von der Anklage der Beleidigung freigesprochen. Sein Vorgänger war wegen Beleidigung von Offizieren durch einen Brüsewitz-Artikel verurtheilt worden. Zur Zeit der betr. Verhandlung war Salomon verantwortlicher Redakteur. Er veröffentlichte in seinem Blatte einen ausführlichen, sachgemäßen Bericht über diese Verhandlung und gab zum Verständniß des ganzen darin auch einen Auszug aus dem inkriminirten Artikel. Hierdurch soll er sich seinerseits der Beleidigung preußischer Offiziere schuldig gemacht haben. Das Landgericht begründete die Freisprechung folgendermaßen: Der Angeklagte ist sich der Beleidigung nicht bewußt gewesen und will auch nicht die Absicht der Beleidigung gehabt haben. Er behauptet, mit der Veröffentlichung des Berichts nur in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt zu haben. Der Schutz des § 193 wurde ihm auch zugebilligt, denn es lag in seinem Interesse, den Lesern mitzutheilen, weshalb der frühere Redakteur des Blattes verurtheilt worden war. Er hat über alle Theile der Verhandlung ein objektives Referat gegeben, sodaß die Absicht der Beleidigung weder aus der Form, noch aus den Umständen hergeleitet werden kann. — Gegen dieses Urtheil hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt, und zwar rügte er Verletzung des § 193. — Der Reichsanwalt, welcher die Revision nicht vertrat, bemerkte folgendes: Man wird nicht behaupten können, daß Wiederholungen von Beleidigungen anläßlich der Berichterstattung über Gerichtsverhandlungen rechtsgrundsätzlich unter dem Schutze des § 193 stehen. Man wird aber auch nicht den gegentheiligen Satz aufstellen, daß in einem solchen Falle niemals der § 193 Anwendung zu finden habe. Es kann vielmehr je nach Beschaffenheit des einzelnen Falles der Schutz des § 193 eintreten. Allerdings ist der erste Grund, den das Landgericht anführt, nämlich, daß die wiederholte Veröffentlichung im Interesse des Leserkreises lag, kaum haltbar, zutreffend aber ist der zweite Grund, daß es im Interesse des Blattes selbst lag, den Wortlaut zu wiederholen. Dann kann man auch sagen, daß der jetzige Angeklagte Anspruch auf den Schutz des § 193 hatte, weil er vermöge seiner Stellung als verantwortlicher Redakteur berufen war, die Interessen des „Volksblattes" wahrzunehmen. Wenn er dies gethan hat und auch weder aus Form noch Umständen die Beleidigungsabsicht hervorgeht, so kann von einer strafbaren Beleidigung keine Rede sein. — Das Reichsgericht verwarf daraufhin die Revision des Staatsanwalts.

Wegen einer eigenartigen „Bedrohung" ist der Former Bergmann vom Schöffengericht in Dresden zu einer Woche Gefängniß verurtheilt worden. Derselbe war in der Fabrik von Maurer beschäftigt, in welcher es wegen der Maifeier zu einem Streik kam. Bergmann soll nun einen Streikbrecher von der Arbeitnahme in der Fabrik dadurch abzuhalten versucht haben, daß er jenem bedeutete, daß, wenn er weiterarbeiten würde, er in der Zeitung bekannt gemacht werden würde. In dieser Aeußerung erblickte das Gericht eine „Bedrohung", welche mit einer Woche Gefängniß zu sühnen sei.

Ein Jugenderzieher. Der Mißhandlung im Amte und Ueberschreitung des ihm zustehenden Züchtigungsrechtes in zwei Fällen angeklagt, hatte sich der städtische Lehrer Wilhelm Langmann aus Biesenthal vor der Strafkammer Eberswalde zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, den Knaben Georg Meier aus Biesenthal bei den Ohren erfaßt, sie herumgedreht, ihn daran in die Höhe gezogen, den Kopf des Knaben dann zwischen seine Knien geklemmt, diesen sodann geduckt und mit einem Rohrstock schließlich verhauen zu haben. Die Beweisaufnahme ergab als erwiesen die Thatsache, daß Langmann am 11. November 1895 den Knaben derartig an den Ohren gerissen, daß die hintere Haut des rechten Ohres durch einen langen Riß vom Kopfe getrennt wurde, die Wunde heftig blutete und aus der Ohröffnung ergoß sich Blut. Langmann sah sich genöthigt, den Verletzten durch zwei Mitschüler nach dem Brunnen auf dem Schulhofe geleiten und dort das Blut abwaschen zu lassen. Im November des Jahres 1896 wurde derselbe Knabe von demselben Lehrer in ähnlicher Weise mißhandelt. Einige Wochen nach diesem Geschehnisse floß wieder Blut aus dem Ohr des gemißhandelten Knaben. Dieser fing an zu klagen über Schmerzen im Ohr und im Kopfe, und dann verschlimmerte sich sein Zustand derartig, daß er auf ärztliches Anrathen in eine Berliner Klinik gebracht wurde. Hier wurde eine Operation vorgenommen, doch starb der Knabe kurze Zeit darauf. Die Sektion der Leiche ergab als Todesursache Eiterung im Ohr, welche in das Gehirn getreten war und von dort aus die Lunge ergriffen hatte. Dieses Ohrenleiden soll nun schon vor den angeführten Mißhandlungen bestanden haben. Es wurden diese demzufolge nicht als direkte Todesursache angesehen, diese dem Langmann weiterhin auch nicht zur Last gelegt. Wohl aber hielt der Staatsanwalt denselben der Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes in zwei Fällen für schuldig und beantragte vier Monate Gefängniß. Der Gerichtshof erachtete den Lehrer Langmann nur in einem (dem von 1895) Falle für schuldig und verurtheilte den modernen Jugenderzieher zu vier Wochen Gefängniß.

Ein diebischer Polizist. Der Schutzmann Schmidt, welcher unter dem Verdachte, einem festgenommenen Taschendiebe 100 Mark gestohlen zu haben, vor längerer Zeit verhaftet und vom Amte suspendirt worden war, ist nunmehr wegen dieses begangenen Diebstahls von der Strafkammer in Mainz zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden.

Versammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den fünften Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstag bei Röllig, Rosenthalerstraße, seine ordentliche Generalversammlung ab, in der zunächst Genosse Grempe über Kolonialpolitik referirte. Eine Diskussion über den beifällig aufgenommenen Vortrag fand nicht statt. Die Abrechnung vom letzten Quartal ergab inkl. dem Bestand vom 1. Juli eine Einnahme von 410,70 M., eine Ausgabe von 175,70 M. Mithin verbleibt ein Bestand von 235 M. Die Mitgliederzahl ist auch in diesem Quartal um mehr als 50 gestiegen. Die Abrechnung wurde seitens der Revisoren als richtig bestätigt und dem Kassirer einstimmig die Decharge ertheilt. Den Geschäftsbericht erstattete der Genosse Sassenbach, der bei dieser Gelegenheit zu einer nachhaltigen Agitation für den Verein, zu einer regeren Betheiligung an den Versammlungen sowie an den geselligen Zusammenkünften, die jeden Sonntag bei Röllig stattfinden, aufforderte und sein Bedauern aussprach, daß noch eine große Anzahl Genossen, die sogar bei den Stadtverordneten-Wahlen sozialdemokratisch gestimmt haben, leider dem Verein fernstehen. Die hierauf vorgenommenen Neuwahlen des Vorstandes ergaben folgendes Resultat: 1. Vorsitzender Sassenbach, 2. Vorsitzender Dr. Weyl, 1. Kassirer Zeise, 2. Kassirer Riedel, 1. Schriftführer Mager, 2. Schriftführer Pietzsch. Als Hilfsmänner wurden die Genossen Schulz, Klein, Ziesewitz und Butziger gewählt. Die Wahl des Hilfsmannes für die zweite Abtheilung wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Zu Revisoren wurden die Genossen Glösenkamp, Brand und Nelkowsky bestimmt. Beschlossen wurde noch, dem Reichstags-Abgeordneten Genossen Rob. Schmidt 100 Mark zur Agitation zu überweisen. Nach einer längeren resultatlosen Diskussion über die Thätigkeit der einzelnen Abtheilungen erfolgte der Schluß der Versammlung.

Rixdorf. In einer gut besuchten Versammlung der Möbelpolirer referirte am Montag Stramm über das Thema: „Kritik des Spiritismus". Von den eingeladenen Werkstellen waren leider nur die Kollegen von Willers erschienen. Zum Schluß wurden die Kollegen noch ersucht, sich mehr der politischen Organisation anzuschließen, sowie auch unser Kampforgan, den „Vorwärts", mehr zu berücksichtigen. Nachdem der Vorsitzende noch auf die am 18. Oktober bei Keller, Koppenstraße 29, stattfindende Generalversammlung aufmerksam gemacht hatte, erfolgte Schluß der Versammlung.

Charlottenburg. Am Mittwoch, den 6. d. M., fand hier im Lokal Bismarckshöhe eine öffentliche Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg statt, in welcher der Genosse Richard Calver-Charlottenburg einen mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrag über „die Flottenpläne" hielt und die Genossen am Schlusse zur regen Agitation für die kommenden Reichstagswahlen anfeuerte. Zur Diskussion äußerte sich nur der Genosse Görke im Sinne des Referenten. Es wurde sodann beschlossen, in der zweiten Hälfte des Monats November das diesjährige Stiftungsfest des Wahlvereins stattfinden zu lassen und dem Vorstande anheimgegeben, alle nöthigen Arrangements hierzu zu treffen. — Betreffs der im November d. J. stattfindenden Stadtverordnetenwahlen giebt der Vorsitzende bekannt, daß eine Aenderung dahin eingetreten ist, daß die dritte Abtheilung nicht nur 10, sondern 11 Stadtverordnete zu wählen habe, darunter 4 Hausbesitzer, und wir daher gezwungen wären, der Oeffentlichkeit eine neue Kandidatenliste vorzulegen. Sodann wird der Versammlung mitgetheilt, daß der diesjährige Urania-Besuch einen Ueberschuß von 179 M. und das Sommerfest einen solchen von zirka 145 M. gebracht haben, welche uns zu allen bevorstehenden Wahlen sehr zu statten kämen. Die Vereinsmitglieder werden vom Genossen Bleeck wiederholt darauf aufmerksam gemacht, ihre eventuellen Wohnungsänderungen schleunigst dem Kassirer Genossen Dörre anzuzeigen, damit die Arbeit bei einer Flugblattverbreitung flott geleistet werden kann; auch wünscht er seitens des Vorstandes in letzterer Hinsicht eine bezügliche Notiz im „Vorwärts". Nachdem der Vorsitzende dem nachkommen versprochen hat, nimmt er Veranlassung, auf die Flugblattverbreitung am kommenden Sonntag hinzuweisen und macht gleichzeitig bekannt, daß für den 6. und 7. Wahlbezirk am Dienstag, den 12. d. Mts., eine Bezirksversammlung bei Bredlow, Augsburgerstr. 78, stattfinden wird. Er ersucht um rege Agitation hierzu und hofft, daß es uns möglich werden möchte, den 6. Bezirk den Freisinnigen abzunehmen. Genosse Siegerist richtet noch an die Anwesenden den Appell, auch gegnerische Wählerversammlungen zu besuchen, damit wir auch da unseren Standpunkt klarlegen können.

Schöneberg. Die am 4. Oktober stattgehabte Generalversammlung des Arbeiter-Bildungsvereins beschäftigte sich mit der Neuwahl des gesammten Vorstandes, Bericht des Vorsitzenden über im letzten Jahre angenommene Anträge, Bericht des Kassirers und des Bibliothekars. Letztere wurden einstimmig entlastet. Ein Antrag, den § 7 des Statuts dahin zu ändern, die Vorstandswahlen halbjährlich vorzunehmen, wurde zur nächsten, am 18. Oktober stattfindenden Versammlung zurückgestellt.

Arbeiter-Bildungsschule. Zykelstr. 10, v. 2 Tr. Der Unterricht beginnt in Nationalökonomie (Grundbegriffe der Nationalökonomie: Dr. Conr. Schmidt) am Mittwoch, den 13. Oktober; in Geschichte (Die vorgeschichtliche Zeit und die ersten geschichtlichen Ueberlieferungen: Dr. Georg Eppler) am Donnerstag, den 14. Oktober; in Gesetzeskunde (Arbeitsvertrag, die sozialpolitische Gesetzgebung, Strafrecht, gewerbliches Konzessionswesen, Eherecht, Mietsrecht, Erb- und Vormundschaftsrecht, öffentliches Recht, Rechtsanwalt Wolfgang Heine) am Freitag, 15. Okt., abends 8½—9½ Uhr. Die Bibliothek ist von 8 Uhr geöffnet. Mitgliedsbeitrag monatl. 25 Pf., Kursus (10 Abende) 1 M. pro Fach. Theilnehmer werden aufgenommen in folg. Stellen: Gottfr. Schultz, Edwinstr. 40a; Neul, Lausitzstr. 42; Schüler, Rosenthalerstr. 67; Gleinert, Müllerstr. 7a; Paul Mücke, Mantteuffelstr. 128; H. Königs, Dieffenbachstr. 30. Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden Paul Mücke jr., SO. Manteuffelstr. 128, Geldsendungen an den Kassirer H. Königs, S. Dieffenbachstr. 30, zu senden.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und der Umgegend. Vorsitzender P. Gent, Dresdenerstr. 107/108. Alle Zuschriften, den Vereinskalender betreffend, sind an H. Wendig, Alexandrinenstraße 100, zu richten.

Arbeiter-Rauscherbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstraße 90, 2. Hof.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brunnenstr. 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Karium, Manteuffelstr. 80, v. 2 Tr.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 10. Oktober, vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57, Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Am 11 Uhr vormittags, ebendaselbst, Vortrag des Herrn Wilhelm Bölsche: „Der Baum der Erkenntniß."

Vergnügungsverein Amor. Sonntag, den 10. Oktober, Scheringstr. 10: Sitzung 4—6 Uhr. Probe.

Theaterverein Thalia. Sonnabend Sitzung und Probe Küstriner Platz 9.

Vermischtes vom Tage.

— Der humoristische Schriftsteller Gustav Schumann („Ulenchen") in Leipzig ist gestorben. —

— Nach einer Mittheilung des Prof. Wilfarth-Bernburg soll zur Zeit im Deutschen Reiche eine Menge Saccharin verbraucht werden, die 800 000 Zentnern Zucker entspricht. —

— Nach einer Nachricht aus Lipine (Ober-Schlesien) wurden auf der Aschenhalde der Mathilde-Grube Westfeld zwei Männer todt vorgefunden. Die Armen hatten für die Nacht einen Unterstand gesucht; sie sind durch Kohlengase ums Leben gekommen. —

— **Schiffsunglück.** Cuxhaven, 8. Oktober. Die Kopenhagener Bark „Waterqueen", von Rio de Janeiro nach Hamburg fahrend, wurde in der vergangenen Nacht um 12¼ Uhr bei dem ersten Elbfeuerschiffe von dem, wie es heißt, Königsberger Dampfer „Sparta" übersegelt, sank in einer Minute und ist vollständig verloren. Der Kapitän Dreyer und drei Mann werden vermißt; dieselben sind vermuthlich ertrunken. Fünf Mann wurden gerettet und heute Vormittag 11 Uhr hier gelandet. —

—y. **Ein kurioser Handel** wurde in Rödding bei Haderdleben abgeschlossen: Eine Gig wurde für 105 Paar Holzschuhe verkauft. Die Holzschuhe wurden wieder mit 30 Mark Aufschlag gegen ein Füllen vertauscht. —

— Im Wiederaufnahme-Verfahren wurde vom Schwurgericht zu Bochum ein Bauer freigesprochen, der 1895 wegen Sittlichkeitsverbrechens zu drei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden war. Diese Strafe hatte der Mann bis auf sechs Monate verbüßt. —

—y. **Von einem Windmühlenflügel erschlagen** wurde in Burgsdorf (Hannover) das Töchterchen eines Mühlenbesitzers. —

— Zwischen München und Starnberg ist ein Radfahrer durch eine Wildsau verunglückt. Das Thier rannte zwischen die beiden Räder der Maschine, warf den Radler auf einen Steinhaufen und stürmte mit dem Rade auf dem Rücken in den Wald hinein. —

— **Einer, der Wort hält.** Ein Gastwirth in Bonnland (Bayern), der auf einem Anwesen eines Bauern in Hundsfeld eine größere Hypothek stehen hatte und längere Zeit keine Zinsen erhielt, mußte vor dem Ankauf des Truppenübungsplatzes durch den Staat das Anwesen übernehmen. Er ließ den früheren Besitzer als Pächter darauf und versprach ihm den Mehrerlös, wenn das Gut vom Staate gekauft würde. Der Fall trat ein. Der Gastwirth zog von der Kaufsumme sein Guthaben, Kapital und Zinsen, ab und händigte den Rest seinem gegebenen Worte getreu seinem Schuldner ein. Der Rest betrug rund — 20 000 M. —

— Auf dem Jahrmarkt in Lille ist ein Karoussel zusammengestürzt. Zwanzig Kinder wurden schwer verletzt. —

— In Yalta (Rußland) ist die Gasanstalt niedergebrannt. Die Stadt ist ohne jede Beleuchtung. —

— Aus Halifax wird gemeldet: Die britische Brigantine „St. Peter" berichtet, daß sie einen furchtbaren Orkan durchgemacht habe und daß gleichzeitig ein eisernes Schiff mit vier Masten, das wahrscheinlich 50 Mann an Bord hatte, mit der ganzen Mannschaft untergegangen sei. —

— Aus den letzten genauen Meldungen über das Buschfeuer bei Ottawa (Kanada) erhellt, daß 800 Quadratmeilen Boden verwüstet, und 2000 Personen ihrer Wohnungen beraubt sind. —

Achtung! Achtung!

Töpfer!

Arbeitslose Kollegen, die gewillt sind, an der Verbreitung eines Flugblattes mitzuwirken, werden gebeten, Montag früh 8 Uhr bei **Schiller**, Rosenthalerstraße 57, sich einzufinden. 194/5

Der Vertrauensmann **H. David**, Warschauerstr. 7.

Verband der Möbelpolirer!

Montag, den 11. d. M., abends 8½ Uhr, Swinemünderstraße 42:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Die Lage und Kampfesweise der Arbeiter vor und nach dem Streik. Referent: Koll. **Händel.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Die Kollegen, welche zum Militär eingezogen werden, werden gebeten, sich bei **H. Schulz**, Memelerstr. 60a, zu melden. — Die Generalversammlung findet am Montag, den 18. d. M., abends punkt 8 Uhr, bei **Keller**, Koppenstr. 29, statt. [148/13] **Der Vorstand.**

Steinarbeiter!

Sonntag, den 10. Oktob., mittags 12 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht und Abrechnung. 2. Wahl der Vertrauenspersonen. 3. Verschiedenes. [207/10] **Der Vertrauensmann.**

Leder- und Galanterie-Arbeiter.

Montag, den 11. Oktober cr., abends pünktlich 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Roll, Adalbertstraße 21:

Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Völker** über: „Natur- und Kunstgenuß". 2. Die Urabstimmung. 3. Verschiedenes. 28/9

Kollegen, agitirt für diese Versammlung.

Die Vertrauensleute.

Achtung! Achtung!

Montag, den 11. Oktober cr., abends 8 Uhr:

4 Mitglieder-Versammlungen der Orts-Krankenkasse der Tischler u. Pianoforte-Arbeiter Berlins.

Bezirk A des Kassirers **Scholz** (Westen): im Lokale des Herrn **Zubell**, Lindenstraße Nr. 106.
Bezirk B des Kassirers **Kröhn** (Norden): im Lokale „**Kolberger Salon**", Kolbergerstraße Nr. 23.
Bezirk C des Kassirers **Post** (Süd-Ost und Süden): im Lokal „Süd-Ost", Waldemarstraße Nr. 7b.
Bezirk D des Kassirers **Schulze** (Osten): im Lokale des Herrn **Steckert**, Andreasstraße Nr. 21.

Tages-Ordnung in allen 4 Versammlungen:
Bericht und Stellungnahme zu den bevorstehenden Delegirtenwahlen. Aufstellung von Kandidaten. 300/3

Zahlreiches Erscheinen der Kassenmitglieder erforderlich.

Der Vorstand. J. A.: **O. Klinger.**

Achtung! Rixdorf! Achtung!

Dienstag, den 12. Oktober, abends 8½ Uhr, in Hoffmann's Festsälen, Bergstraße 151—152:

General-Versammlung des sozialdemokratischen Vereins „Vorwärts".

Tages-Ordnung:
1. Bericht des Kassirers. 2. Bericht des Vorstandes und des Bibliothekars. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Vortrag: Ist Religion Privatsache? Ref.: Genosse **Adolf Hoffmann.** 5. Diskussion. 6. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 235/1

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht **Der Vorstand.**

R. Hohlwein's Keglerschlösschen, viertes Lokal, Treptow, hinter der Verbindungsbahn.

Schöner Garten. Glas Bier 10 Pf. Große Weiße 20 Pf. Kaffeekochen à Liter 60 Pf. 29632* **R. Hohlwein.**

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 9. Oktober.

Opernhaus. Der Prophet. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. König Lear. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Agnes Jordan. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. König Heinrich. Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Ein Sommernachtstraum. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Sapho. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Aschermittwoch. Vorher: Lieb' im Spiel. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Die Einberufung. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Ein Tropfen Gift. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3½ Uhr: Weh dem, der lügt.
Unter den Linden. Pariser Leben. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Preciosa. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Das Krokodil. Anfang 7½ Uhr.
Ostend. Jugendbronnen. Anfang 8 Uhr.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7½ Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Das Zeichen des Kreuzes. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Das Liebesdrama einer Sängerin. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Indisches Dorf.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Sonnabend, nachmittags 3½ Uhr: Frei-Vorstellung: **Weh dem, der lügt.** Abends 8 Uhr: **Ein Tropfen Gift.**
Sonntag, nachmittags 3 Uhr: **Am Tage des Gerichts.** Abends 8 Uhr: **Bürgerlich und Romantisch.**
Montag, abends 8 Uhr: **Die Kreuzelschreiber.**

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Preciosa.
Schauspiel in 4 Aufzügen v. P. A. Wolff. Musik von Carl Maria von Weber.
Morgen, Sonntag, 10. Oktober, nachmittags 3 Uhr: **Volks-Vorstellung zu halben Preisen** unter Regie von **Julius Türk:**
Wilhelm Tell.
Abends 8 Uhr:
Geschwister Fiebig.
Billets à 60 Pf. zu der Sonntag-Nachmittags-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. C. Weiß.
Zum 23. Male:
Jugendbronnen.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag Nachmittag Volksvorstellung:
Die Lieder des Musikanten.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonnabend, den 9. Oktober 1897:
Emil Thomas a. G.
Zum 36. Male:
Berliner Fahrten.
Burleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 6 Bildern von Julius Freund und Wilhelm Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage: **Berliner Fahrten.**

Gebrüder Herrnfeld's
I. Original-
Budapester
Possen- u. Operetten-Theater in
Kaufmann's Variété
erzielt nach wie vor täglich **ausverkaufte Häuser** mit den Sensations-Novitäten
Im Atelier
und
Ein Abend im Wintergarten.
Stimmen d. Publikums und der **Presse bestätigen** die konkurrenzlose, **einzig** in ihrer Art dastehende Originalität und den berechtigten grossen Lach- und Kassenerfolg!
Anfang ½8 Uhr. Kassenöffnung ½7 Uhr. Vorzugskarten gelten. Vorverkauf 11—5 Uhr.

Maehr's Theater
Oranienstrasse 24.
Täglich
Gr. Elite-Vorstellung
Novitäten-Programm.
Anf. Sonntags 6 Uhr, Woche 8 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.
Entree auf Bons 15 Pf. Nachzahlung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
(Verwaltungsstelle Berlin).

Sonnabend, den 16. Oktober,
in der Brauerei Friedrichshain (früher Lips), am Königsthor:
Vokal- u. Instrumental-Konzert
ausgeführt von **Zivilberufsmusikern** unter Leitung des Herrn **Waldemar Guttmann,** sowie dem **Berliner Männerquartett „Harmonie".** 181/2
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.**
Herren, welche an demselben theilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Anfang punkt ½9 Uhr. Billets 25 Pf.
Alles Nähere besagt das Programm, welches beim Eintritt zur Ausgabe gelangt.
Billets sind in allen Zahlstellen, bei den Kassirern, sowie im Verbands-Bureau zu haben.
An der Kasse wird kein Billet verkauft.
Die Vertrauensleute müssen bis Mittwoch, den 13. Oktober, mit den Kassirern abgerechnet haben, andernfalls gelten die in ihren Händen befindlichen Karten als verkauft und sind demgemäß zu bezahlen. **Die Ortsverwaltung.**

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Miss
Marie Halton,
englisch-französische Sängerin.
Ferner:
Rodo Leo Rapoli.
Flip, Flap, Flop!!
Große Pantomime, dargestellt von der **Joseph Pholtes-Troupe.**
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anf. 7½ Uhr.

Urania
Taubenstrasse 48—49.
Naturkundl. Ausstellung täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstrasse No. 57/62:
Täglich (ausser Sonntags und Mittwochs) abds. 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
Näheres die Tagesanschläge!

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle des Maestro Liberti, 5 Herren, 2 Damen.

Passage-Panopticum.

Letzte Woche!
Indisches Dorf
mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt
Moung Toon.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich (außer Privatfestlichkeiten):
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Badekuren.
Lustspiel in 1 Aufzuge von Putlitz.
Ein Wort zu rechter Zeit.
Schwank in 1 Akt von Stand.
Das gestörte Mittagessen.
Posse mit Gesang und Tanz von G. Friedrich.
Jeden **Sonntag, Dienstag** u. **Donnerstag** nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Größt. Vergnügungslokal Berlins.
Direktion:
Winkler und Fröbel.
Fidele Droschkenfahrt.
Circus Nelly. — Neues Programm.
Um 8½ Uhr:
Richard Winkler
und
Wilhelm Fröbel
in der Berliner Gesangs-Posse:
'Ne wilde Sache.
Neue Spezialitäten.
Anfang 7½ Uhr. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Die Kreuzenburg.
Bilder aus dem Berliner Volksleben von L. Ely.
Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 7½ Uhr. — Entree: Sonntags 30 Pfg., Wochentags 20 Pfg.

Freie Volksbühne.

I. Abtheilung: **Sonntag, 10. Oktober,** nachm. 3 Uhr,
II. „ „ 17. „ „ 3 „
III. „ „ 24. „ „ 3 „
Zur Aufführung gelangt im **Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater:**
Die Hexe
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Arthur Fitger unter Mitwirkung folgender Gäste:
Thalea: **Seraphine Detschy,**
Allmuth: **Emma Thouret,** [290/4
Xaver: **Richard Oeser** vom Deutschen Theater.
Die erste und zweite Abtheilung ist geschlossen.
Zur III. Abtheilung können nur noch wenige Mitglieder aufgenommen werden. Für eine vierte Abtheilung kann erst dann eine Vorstellung arrangirt werden, wenn dieselbe mindestens ⅔ gefüllt ist. Da am 12. Oktober der Termin abläuft, bis zu welchem für eine IV. Abtheilung im **Lessing-Theater** Vorstellungen bestellt werden können, liegt es im Interesse des Vereins und aller Mitglieder, für die schleunigste Einrichtung der IV. Abtheilung zu sorgen. Zu diesem Zweck liegen Aufnahme-Scheine in den Zahlstellen aus, in welchen sich diejenigen Freunde der Volksbühne, welche Mitglieder werden wollen mit ihren Familien, gegen vorläufige Hinterlegung des Eintrittsgeldes von 60 Pf. einzeichnen können.
Am Montag, den 25. Oktober, findet die General-Versammlung, am 27. November das Winterfest des Vereins mit künstlerischem Programm in der Brauerei Friedrichshain statt.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler.

Louis Keller's Festsäle, Koppenstr. 29.
Sonntag, den 17. Oktober cr., mittags 12 Uhr:
9. Novitäten-Matinée.
12 neue Chöre, ausgeführt von **12 Gesangvereinen: Gemischter Chor Liedertafel** (Dirigent P. Kresse); **Berliner Damen-Chor und Gemischter Chor Berlin-Stralau** (Dirigent O. Buchsdorf); Männerchöre **Collegia, Vorwärts-Rummelsburg, Oranienburger Vorstadt. Liedes-Echo** (Dirigent O. Appelt); **Allegro. Borag. Edelweiß. Solidarität und Unverzagt** (Dirigent R. Lange); unter gütiger Mitwirkung der Solokräfte: Fräulein **Marie Schmidt** (Sopran); Herr **P. Lippert** (Tenor); **R. Kaun** (Baß); Frau **Camilla Blobel** (Sopran) und Herr **R. Blobel** (Tenor). — **Instrumental-Vorträge des Neuen Berliner Konzert-Orchesters** (Dirigent R. Tietz).
Programm **25** Pf., im Vorverkauf **20** Pf. — Liedertexte **10** Pf.

Zentral-Verband der Zimmerer
(Filiale Charlottenburg).
Sonnabend, den 9. Oktober, abends 8 Uhr,
im Lokale **Bismarckshöhe, Wilmersdorferstr. 39:**
V. Stiftungs-Fest.
Vokal- und Instrumental-Konzert
unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins **„Morgenroth".**
Komische Vorträge. Ueberraschungen. [255/4
TANZ für Herren 50 Pf., für Damen 25 Pf.
Um zahlreiche Betheiligung ersucht **Das Comité.**

Alcazar
Variété-Theater I. Ranges.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage)
Annenstraße 42/43.
Direktion **Richard Winkler.**
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Heute:
Novität! Novität!
Die Rosen aus dem Süden.
Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 1 Akt von W. Gericke.
Neu! Vorher: Neu!
Die fidelen Skatbrüder.
Posse mit Gesang in 1 Akt von L. Ely.
Auftr. eines durchweg neuen glänzenden Spezialitäten-Personals
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Entree 30 Pf.
Gutscheine haben an den Wochentagen zu allen Plätzen Gültigkeit.

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Sonnabend, 9. Oktober, abds. 7½ Uhr:
Parade-Gala-Abend.
Das neue sensat. Programm.
11. u. 12 ungar. Fuchshengste, neu dress. u. vorgef. v. Dir. **Busch.** Die Dogcartfahrt, mit eigens dazu dress. Schulpferde, ausgef. v. Mme. **Maria Doré. Der Apfel des Paris,** eine Schönheits-Konkurrenz. **Aus fredericianischer Zeit,** gr. Quadrille, ger. in historischen Kostümen. **Nach der Sintfluth,** ein lebendes Bild. Die unübertrefflichen Geschw. **Cottrell.** Auftr. der excentr. musical. Clowns Gebr. **Price.** Das **Ballonpferd Blondel,** vorgeführt von **Sign. Corradini,** das sensationellste aller Reiterkunststücke.
Morgen: 2 Vorstellungen. Nachmittags 4 Uhr und abends 7½ Uhr. Nachm. 1 Kind frei, weitere Kinder zahlen auf allen Plätzen halbe Preise.

Treptow.
Restaurant Jägerheim
Köpenicker Landstraße.
Schattiger Garten, 4 Kegelbahnen, Kaffeeküche empf. **Felix Blachowsky.**

American-Theater.
Dresdenerstr. 55.
Sonnabend, den 9. Oktober 1897:
Kolossaler Erfolg! Stürm. Beifall!
Berlin
wie's näht und trennt.
Volksstück m. Gesang in 2 Abth. v. L. Ely.
Musik von M. Schmidt.
Der Traum von Bayreuth.
Parod. Traumbild.
Hugo Schulz als Seemann. **Wally Smolim,** Excentrique-Soubrette.
Emmy und **Ernst Rebentisch** als Zukunfts-Ehepaar.
Paul Bendix, Humorist.
Anfang der Vorstellungen:
Sonntags 7½, Wochentags 8 Uhr.

Theater der Reichshallen
Leipzigerstrasse 77.
Das grosse Spezialitäten-Programm.
Martin Reuter, der aktuelle Humorist. **Serpentintanzende Hunde!** (Effektvolle Novität.) **Trio Natta! Der neue Kinetograph! Clara Antoni,** Soubrette.
22 erstklassige Nummern.
Anfang des Konzertes 7½ Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Im Parterre-Saal:
2 Kapellen.

Achtung! Neu eröffnet!
Restaurant und Bierverlag
von 3134L*
Paul Zimmermann,
Marsiliusstr. 8, früh. Grüner Weg 19.

Nonnenberg's Restaur.,
Treptow, Parkstrasse. *
Jeden **Sonntag: Frei-Konzert.** Schöner Garten. Gr. Saal. Kaffeeküche.

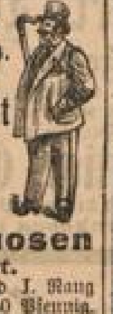
Unserem Sangesbruder 11205
Paul Tschachschall
zu seiner heutigen Eheschließung die besten Wünsche bietet
Gesangverein „Alpenröslein".

Allen lieben Verwandten und Bekannten, insbesondere aber dem Herrn Chef und den Kollegen der Firma C. F. Stärke, sowie dem Metallarbeiter-Verband für die innige Theilnahme und die reichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes
Ernst Kippel
meinen herzlichsten Dank. 11236
Ww. Helene Kippel.

Ich mache Freunden und Kollegen bekannt, daß der auf Station Jungfernhaide verunglückte Modelltischler
Gottfried Jepp
Sonntag, den 10. d. M., nachmittags 2 Uhr, vom Krankenhause in Charlottenburg, Kirchstraße, nach Plötzensee beerdigt wird. [1124] **P. Jepp.**

Ehrenerklärung. 1131b
Ich nehme die Beleidigung gegen Herrn **Kühne** zurück und erkläre ihn als Ehrenmann. **Frau Kast.**

Die Beleidigung gegen Frau **Seyder** bereue ich und nehme ich zurück. [1119] **Pabst.**

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen,
sowie Gastspiel des
Piston-Virtuosen
Müller-Lipart.
Anfang 8 Uhr. Loge und I. Rang Balkon 1 Mk., Sperrsitz 50 Pfennig. Entree und II. Rang 30 Pf.

Dr. Simmel Moritzplatz, I. Hand v. Aschinger
Spezialarzt f. Haut u. Harnleiden.
10—2, 5—7. Sonntags 10—12, 2—4.

Zahn-Atelier.
Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mitt. Cocaïn, Cloräthyl, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigen umsonst; Ratenzahlung gestattet, Woche 1 M. *
Guckel, Lausitzer Platz 2, Elsasserstraße 12, Steglitzerstraße 71.

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr.
*] Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Berlin".
Sonntag, d. 10. d., Tour n. Pfaueninsel, Mittag in Nowawes. Abf. früh 9 Uhr. Nachm. 1 Uhr Kais. Wilh. Gedächt.-Kirche.

Saal frei
für Vereins-Festlichkeiten
3213L* **Bergstrasse 12.**

Leder-Hosen

Schlosser-Blousen	Blau gestreifte Regatta-Stoffe	1 Mk. 75
Gestreifte Leder-Hosen	Mittelstarker Moleskin	2 Mk. 50
	Sehr fester Moleskin	3 Mk. 75
	Dickes festes Leder	4 Mk. 75
	Prima Leder	6 Mk. 25
Einfarbige Leder-Hosen	Mittelstarker Moleskin	2 Mk. 50
	Sehr fester Moleskin	3 Mk. 50
	Dickes festes Leder	4 Mk. 50
	Prima Leder 9,—, 7,50 bis	6 Mk.

22082]
Als Maass genügen Leibweite und Schrittlänge.
Baer Sohn
Chausseestr. 24a Brückenstr. 11
Gr. Frankfurterstr. 16.
Aufträge von Mk. 20,— an franco. — Preisliste gratis.
Obige Preise gelten für normale Figuren.

Wo? machen wir unsere Herren-Partie hin? nach **Pichelswerder „Zum alten Freund",** da sind wir stets willkommen. [2961L*

Konkursmassen-Ausverkauf.
Die Vorräthe **eleganter Herren-Garderobe** der **Bernhard Braunspan'schen Konkursmasse,** bestehend aus **Pellerinen-Mänteln, Paletots, Havelocks, Jaquet- und Rock-Anzügen,** einzelnen **Hosen** und **Westen** werden in dem bisherigen Geschäftslokal
Oranien-Strasse 198
mit anderen Waaren täglich von **9—1 Uhr** vormittags und **3—8½ Uhr** nachmittags zu **billigsten Taxpreisen** ausverkauft. [11185
Sonntags-Verkaufszeit: 8—10, 12—2 Uhr. **Der Verwalter.**

Achtung! **O. J. Engelke, Neue Jakobstraße 26,** echten alten Nordhäuser Liter M. 1,—, ½ L. M. 0,50, * extra alte Waare „ 1,40, „ „ 0,70. **Kleinverkauf von 10 Pfg. an.**

Jeden Sonnabend **Gänse-Ausspielen bei Voelz.** Breslauerstr. 9.

Allen Freunden und Genossen theile hierdurch mit, daß ich am 1. d. M. ein
Weiß- und Bairisch-Bierlokal
eröffnet habe. Zu regem Besuch ladet ein **W. Hillebrecht,** Stummerstr. 15.

Für 36 Mark
fertige feinen Winterpaletot n. Maaß, für 36 M. f. Anzug nach Maaß, für 8—12 M. f. Winterhosen nach Maaß.
Man überzeuge sich im Riesenstofflager *
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Muschelmöbel spottb. verk. Rosenthalerstr. 4, III, l.

Lanolinseife!
macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefere ich f. 10 Pf. p. Woche. Handtuch-Verleih-Inst. **L. Figner,** * **Neue Königstr. 17.**
Fernsprech-Amt VII. Nr. 2087.

Darlehen ohne Bürgsch. gewährt d. **„Sparkasse" d. Schles. Cred.- u. Hyp.-Bankgesch. Korallus. Breslau.** Statut geg. 40 Pf. *

Strickwolle-Ausverkauf. *
Reste in Zephyr und Rockwolle zu Fabrikpr. Holzmarktstr. 60, H. l. 1 Tr.

Möbel
verliehen gewesene und neue, staunend **billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 2917L*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

„Kaschol" — was ist das wohl?

Hut- u. Mützen-Verkauf
zu Engrospreisen.
Grüner Weg 112, parterre.

Herren-Hüte,
welche von M. 1,40, steife von M. 1,75 an empfiehlt **G. Klietmann's Fabriklager,** nur Mariannenstr. 33 pt. (f. Lad.).

Möbel, Nachlässe, Schuhwaaren, wie sämmtl. Partiewaaren kauft zu hohen Preisen **Schlesinger, Anklamerstr. 32.**

Grünkramgesch. m. Rolle (alt. Gesch.) billig verkäuflich. Baer, Linienstr. 49.

Kegelbahn, f. Vereinsz., neu renov., n. einige Tage frei, Swinemünderstr. 58.

Schlafst., sof. od. 15. Nov. zu verm., Louisen-Ufer 51, nahe der Gitschinerstraße, Quergeb. III. r. Dölling. 1125b

Möbl. Schlafst., sep., Pücklerstr. 8, H. III. l.

Arbeitsmarkt.

Tüchtige selbständige Schlosser für bessere Eisenkonstruktionen verlangt sofort 1117b
Ed. Puls,
SW., Tempelhofer Ufer 10.

Tüchtige Barockvergolderinnen werden verlangt bei
Neumann, Hennig & Co.,
Zeughofstr. 21. 1128b

Grundirer verl. Goldleisten-Grundiranstalt Weißensee, Streustr. 42, Büssow.

Tüchtige
Blechspanner und Schlosser
nur exakte, bei hohem Lohn sofort gesucht von der Industriebahnen-Fabrik **Arthur Koppel, Bochum i. W.**

Uhren — Gold-, Silber- und Alfenidewaaren verkauft nur gute Fabrikate zu den bekannten billigen Preisen **H. Gottschalk**, Admiralstr. 37, nahe dem Kottbuser Thor.

F. Nahrstedt

40/41 Wrangelstr. 40/41.

Kleiderstoffe, reichhaltige Auswahl in den neuesten Mustern.

Ganz besonders mache ich auf den Artikel

Mühlhauser Warp aufmerksam.

Gardinen. Tisch- u. Steppdecken. Teppiche. Portièren.

Fertige Betten sowie **Bettfedern** in allen Preislagen.

Ganze Wäsche-Ausstattungen in sauberster Ausführung.

Wollene Westen und Tricotagen. [*

Arbeitsanzüge für Mechaniker, Bildhauer, Maler, sowie für jeden Beruf pass.; auch nach Maaß ohne Preisaufschlag.

Regenschirme und Herren-Cravatten.

Die allseitig bekannte

Große Berliner Hosen-Fabrik

Germanstraße 2, 1 Treppe,

Ecke Rosenthaler- und Weinmeisterstraße,

zeigt hiermit ihren **tausenden von Kunden** an, daß sie jetzt zu Beginn der Herbstsaison

neue großartige Qualitäten

bei bester Ausführung zu **fabelhaft billigen Preisen** in **Stoff-, Leder-** und **Zwirnhosen** bringt. [3287Y*

Preis-Liste

von

Carl Stier

Fabrik

für Herren- u. Knaben-Garderobe

Berlin

168 Oranien-Straße 168.

Potsdam

23 Brandenburger Straße 23.

Zur Herbst-Saison

empfehle meine durchweg **sauber gearbeiteten** und **elegant** sitzenden Fabrikate zu nachstehenden **billigen Preisen:**

A. Joppen.

Joppe von Loden ohne Futter	5,—	Mk.
Joppe von Loden mit Futter	6,50	„
Joppe von Loden mit warmem Futter	8,50	„
Joppe von Loden mit karrirtem Futter	10,50	„
Joppe von feinem Loden	12,—	„
Joppe von feinem Diagonal- u. Beigeloden mit Lamafutter	15,—	„
Joppe von prima Loden oder Kameelhaar-Loden 22,50, 20,—,	18,—	„

B. Paletots.

Paletot von Double mit karrirtem Futter, blau oder braun	15,—	Mk.
Paletot von Eskimo, blau oder braun	18,—	„
Paletot von Flocconné, braun oder mode	22,50	„
Paletot von Eskimo mit feinem warmen Futter	27,—	„
Paletot von Cheviot, elegant und dauerhaft	30,—	„
Paletot von Krimmer, braun oder blau, sehr elegant	30,—	„
Paletot von feinem Diagonal, schwarz, braun, blau	33,—	„
Paletot von feinem Eskimo, sehr solide, elegante Qualität	33,—	„
Paletot von feinem Krimmer oder Cheviot	33,—	„
Paletot von schwerem Eskimo, schwarz, braun, blau, sehr elegant	36,—	„
Paletot von feinen Neuheiten, mit bestem Woll- oder seidenem Steppfutter 50, 48, 45, 42—	46,—	„

C. Mäntel.

Pelerinen-Mantel von Loden mit karrirtem Futter	22,50	Mk.
Hohenzollern-Mantel, grau, hell od. dunk. m. hellgrauem F.	25,—	„
Pelerinen-Mantel von Loden mit feinem Futter	27,—	„
Pelerinen-Mantel von feinem Loden	33,—	„
Hohenzollern-Mantel in hell oder dunkelgrau	30,—	„
Hohenzollern-Mantel in schwarz, blau oder grau	36,—	„
Pelerinen-Mantel v. feinst. Loden, sehr eleg. Mantel 45 u.	39,—	„
Hohenzollern-Mantel von feinem Tuch oder Düffel in allen modernen Farben 65, 54 u.	46,—	„

D. Schlafröcke.

Schlafrock von Double mit Tuchbesatz und Quaste	9,—	Mk.
Schlafrock v. schwer. Double mit Tuch- od. Sammetbesatz	12,—	„
Schlafrock von schwerem Velour	15,—	„
Schlafrock von bestem Double, sehr schwer und elegant	19,—	„
Schlafrock v. prima Velour m. karrir. Rückf. 33, 30, 25, 22,50,	18,—	„
Schlafrock in Phantasiestoff, hochelegant 33, 27, 22,50,	18,—	„

E. Knaben- und Einsegnungs-Anzüge.

Knaben-Anzüge für das Alter von 3—8 Jahren in schönen, neuen Mustern, helle oder dunkle Farben von 4,— Mk. an.
Knaben-Anzüge für das Alter von 7—12 Jahren „ 7,50 „ „
Jünglings-Anzüge „ 12,— „ „
Einsegnungs-Anzüge in Satin, Kammgarn, Cheviot ꝛc. von 30—12 Mk.

Knaben- u. Jünglings-Mäntel

zu sehr billigen Preisen.

Die festen Preise sind an jedem Gegenstand deutlich angegeben. Handel ausgeschlossen.

In meiner Abtheilung für Maaßanfertigung befindet sich ein außerordentlich reichhaltiges Stofflager mit allen Neuheiten ausgestattet.

Muster- und Maaßanleitung sende ich nach außerhalb und garantire für tadellose Ausführung und eleganten Sitz.

Mampe mit Pomeranzen.

Feinste Likörmischung.

In 3800 Berliner Geschäften zu haben.

Champagnerflasche M. 1.25.

Herren-Hüte 65 Pf.

Bessere Hüte enorm billig, verkauft aus der Fabrik im Komptoir 2956Y*

nur Barnim-Straße 4/5.

Sonntags geöffnet.

Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.

Jede Uhr repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur **1 Mark 50 Pf.** außer Bruch, kleine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pincenez.

* **Carl Lux, Uhrmacher,**
35 Chaussee-Straße 35.

Räthsel der ganzen Welt!

Neu eingetroffen:

Weicher Herrenhut

hochelegant! 3234Y*

fabelhaft nur 2,30 M.

Gottmann,
Gr. Frankfurterstraße 130.

Für 10 Mark

liefere Stoff zu einem ff. Herren-Winterpaletot, für 5 M. liefere Stoff zu einem kompletten Herrenanzug, für 8—10 feinen, für 12 M. guten Kammgarnstoff oder Cheviot. Reste zu Knabenanzügen sehr groß 2—3 M.

Man überzeuge sich im Riesenstofflager Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Hut-Engros-Lager.

Einzelverkauf **Hüte, Mützen, Pelzwaaren, Schirme, Stöcke** zu billigen Preisen; gewähre meinen Kunden einen Rabatt von **5 Prozent** pro Mark.

Robert Teipelke,
Hutmachermeister, **Admiralstr. 16.**

Möbel

unter Garantie guter Arbeit. Theilzahlung gestattet. 3063Y*

H. Brandt, Alte Jakobstr. 65.

• Brunhilde! • | **Roland Cheviot!**

Unverwüstliche u. **echtfarbige** Spezialitäten der Firma

Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. No. 11

Weberei und Versand-Geschäft.

Unsere **reichhaltige** Kollektion von **Damen-** und **Herrenstoffen** sowie **Portièren** steht auf Wunsch **franko** zur Verfügung.

Zahlreiche, uns unverlangt zugegangene Anerkennungsschreiben bezeugen die **Vorzüglichkeit** unserer Stoffe.

Johannisbeerwein

1/10 Liter Weinglas **10 Pf.**

Eugen Neumann & Co.,

Obst- und Beerenweinkelterei.

Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar

Kommandantenstr. 67.

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren.
Compl. Wohnungs-Einrichtungen.

Franz Tutzauer, Tischlermeister, [2358Y*
Berlin SW., Blücherstr. 14.

Parteigenossen!

Schirme, Stöcke, Kravatten nur mit

Hüte Kontrollmarke

Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Skalitzerstraße.

M. Schulmeister

Schneidermeister,

Dresdenerstrasse 4, Kottbuser Thor,

empfiehlt zu außerordentlich billigen Preisen nachstehende Spezialartikel: 3178Y*

Hohenzollern-Mäntel	mit einer **5 Mtr. weiten Pellerine** in schwarz, grau, blau u. modefarben . . . von Mk.	25 an.
Winter-Paletots	aus Eskimo-, Flocconné- u. Krimmer-Stoffen, schwarz, blau, braun u. modefarb., 1- u. 2reih., mit Lama gefüttert, M.	16–40
Jaquet-Anzüge	in gediegenen wollenen Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig . . . . . „	16–24
Jaquet-Anzüge	in glatten Diagonal-, Kammgarn-, Satin- u. Cheviotstoffen, 1- u. 2reih., „	20–35
Jaquet-Anzüge	modernster Farb., in Satin- u. engl. Cheviot-Stoffen, eleg. Ausführung „	22–36
Rock-Anzüge	in guten, wollenen, schwarz. Kamm- u. Satinstoffen, modern. Façons . . „	25–38
Rock-Anzüge	modernster Farben, elegante Schnitt-Façons . . . . . „	30–42
Gehrock-Anzüge	von feinen Satin-, Tuch- u. Kammgarn-Stoffen, dreihig . . . . . „	30–45

Sport- u. Radfahrer-Anzüge. Loden-Mäntel v. 9 M. an.

Beinkleider in dauerhaften, woll. Stoffen, verschiedenen Farben, Kammgarn und Cheviot, von Mk. 5–10

Knaben-Paletots u. -Anzüge, kleidsame Façons in gr. Auswahl.

Schul-Anzüge in Cheviot, Velour- und dauerhaften Zwirn-Stoffen, 1- und 2reihig . von 5 Mk. an.

Arbeitersachen für sämmtliche Gewerbe zu den billigsten Preisen.

Bestellungen nach Maaß von englischen, französischen und deutschen Stoffen werden in eigener Werkstatt unter meiner persönlichen Leitung gut und billig ausgeführt.

Begründung des Geschäfts 1878. — Telephon Amt IV 447.

Erklärung!

Die **Restbestände** des seit 12 Jahren bestehenden bestrenommirten

Herren- und Knaben-Garderoben-Geschäfts

von **Benno Ferester**

sollen in **kürzester Zeit ausverkauft werden.**

Winter-Paletots, früher 14, 18, 24, 30, **jetzt 9, 12, 15, 18 Mk.**
„ **Joppen,** früher 8, 10, 12, 15, **jetzt 5, 7, 8, 9 Mk.**
„ **Hohenzollern-Mäntel,** früher 25, 29, 33, 40, **jetzt 17, 22, 25, 28 Mk.**
„ **Knaben-Mäntel,** früher 4, 5, 6, 8, **jetzt 2, 3, 4, 5 Mk.**
Jaquet-Anzüge, früher 15, 19, 24, 30, **jetzt 10, 12, 16, 19 Mk.**
Rock-Anzüge, früher 22, 26, 30, 38, **jetzt 15, 18, 21, 24 Mk.**
Burschen-Anzüge, früher 9, 12, 15, 19, **jetzt 5, 7, 9, 10 Mk.**
Knaben-Anzüge, früher 4, 5, 6, 8, **jetzt 2, 3, 4, 5 Mk.**
Stoff-Hosen, früher 3, 4, 5, 9, **jetzt 2, 3, 4, 6 Mk** 3177Y*

62 Reinickendorferstr. 62

am Nettelbeckplatz. an der Stadtbahn.

Steife und weiche Hüte v. 2 M. an: in hochelegant. Ausstattung: **2,80—3.— M.**

H. Böhm, Weißenburgerstr. 73. v.

Reell und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitschke,** gegründet 1872, **Skalitzerstr. 13.** Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. *

Neu eröffnet!

134. Dresdenerstraße 134.

Hüte und **Pelzwaaren**

eigener Fabrik

in grosser Auswahl.

P. Grund, 1. Geschäft: **Brunnenstraße 180.** 2. Geschäft: **Dresdenerstr. 134,** am Kottb. Thor. Etablirt 1872.

„Fortuna"

Größtes Herren- u. Knaben-Garderoben-Geschäft des Nordens

93 Kastanien-Allee 93, Ecke der Oderbergerstraße,

empfiehlt in großer Auswahl 1/14*

Winter-Paletots, guter Qualität von	12 M. an	
Hohenzollern-Mäntel	„ 20	„ „
Jaquet-Anzüge	„ 13	„ „
Rock-Anzüge	„ 18	„ „
Gehrock-Anzüge	„ 27	„ „

Großes Stofflager zur Anfertigung nach Maaß in eigener Werkstatt.

Hosen von reinwollenem Stoff . von 3,50 M. an
Winter-Joppen . . . . „ 6,— „ „
Knaben-Anzüge u. -Paletots in großer Auswahl . . . „ 3,— „ „
Arbeiter-Bekleidung in großer Auswahl zu **ausnahmsweis billigen** Preisen.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.